

# **Digitales Brandenburg**

**hosted by Universitätsbibliothek Potsdam**

**"Kontinuität und Wandel der deutschen Führungsschicht**

**Bürklin, Wilhelm**

**Potsdam, 1996**

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4752**

Universität Potsdam  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Lehrstuhl Politisches System der Bundesrepublik / Innenpolitik  
Prof. Dr. Wilhelm Bürklin  
DFG-Forschungsprojekt „Elitenintegration und -zirkulation im vereinten Deutschland“

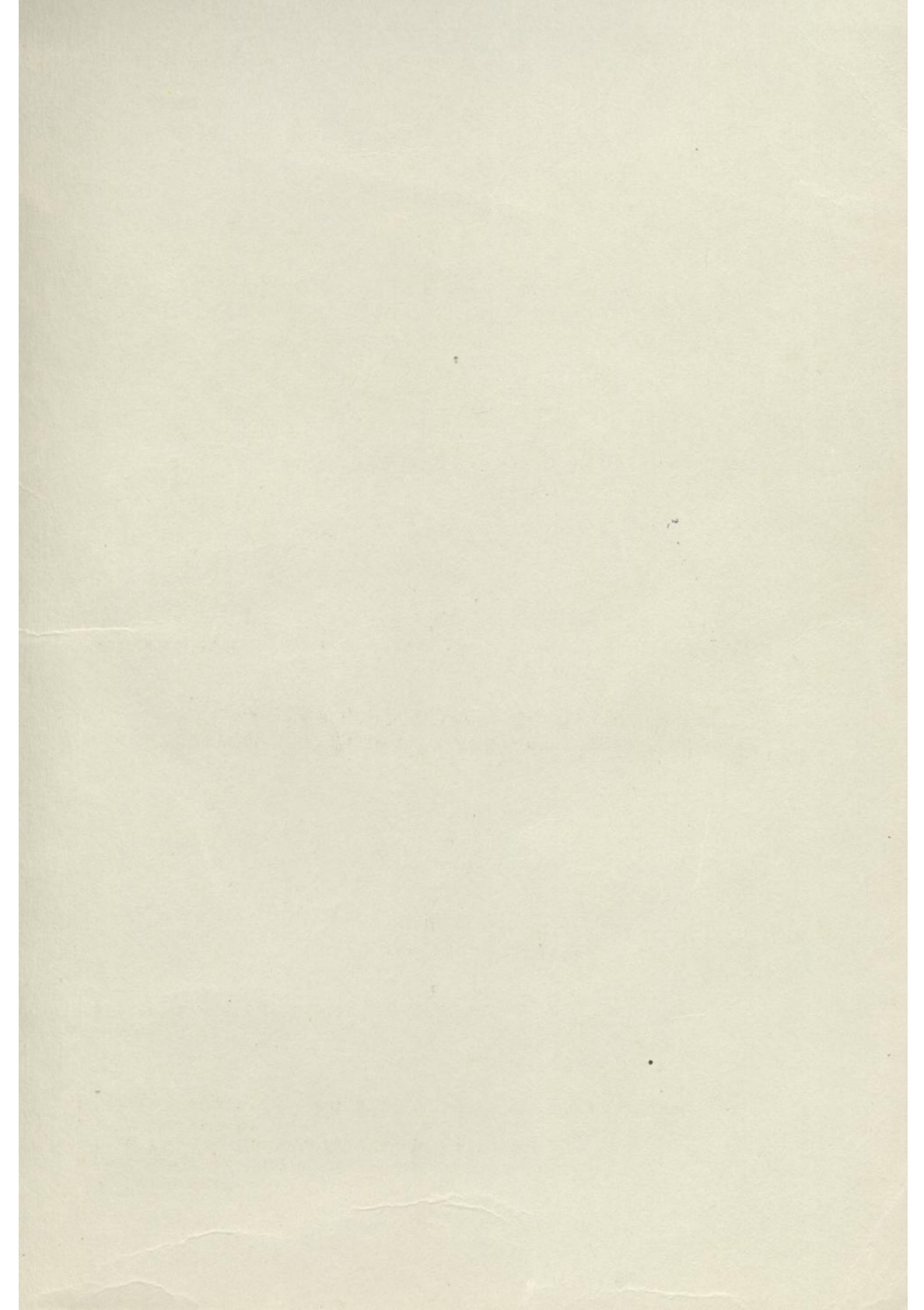


**„Kontinuität und Wandel der deutschen Führungsschicht.  
Ergebnisse der Potsdamer Elitestudie 1995“**

Zusammenstellung der Vorträge des Symposions vom 11. Oktober 1996 an der Universität Potsdam

MS  
1480  
KON  
55335.

1996



Universität Potsdam  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Lehrstuhl Politisches System der Bundesrepublik / Innenpolitik  
Prof. Dr. Wilhelm Bürklin  
DFG-Forschungsprojekt „Elitenintegration und -zirkulation im vereinten Deutschland“

**„Kontinuität und Wandel der deutschen Führungsschicht.  
Ergebnisse der Potsdamer Elitestudie 1995“**

Zusammenstellung der Vorträge des Symposions vom 11. Oktober 1996 an der Universität Potsdam

# INHALT

<b>EINFÜHRUNG</b>	<b>2</b>
<i>Wilhelm Bürklin</i>	
<b>KARRIEREN: VOM ARISTOKRATISCHEN AUSWAHLPRINZIP ZUR FUNKTIONSELITE</b>	<b>5</b>
<i>Hilke Rebenstorf</i>	
<b>DURCHSETZUNGSFÄHIGKEIT UND KOOPERATIONSPOTENTIAL VON ELITEN ALS BAUSTEINE DER INTEGRATION</b>	<b>16</b>
<i>Martina Sauer</i>	
<b>OSTDEUTSCHE IN DER ELITE. - DIE BLOCKIERTE DDR-INTELLIGENZ ?</b>	<b>25</b>
<i>Christian Welzel</i>	
<b>SOZIALSTRUKTURELLE ZUSAMMENSETZUNG VON ELITE UND BEVÖLKERUNG - VERTEILUNG VON AUFSTIEGSCHANCEN IN DIE ELITE IM ZEITVERGLEICH.</b>	<b>31</b>
<i>Kai-Uwe Schnapp</i>	
<b>ELITENINTEGRATION DURCH KOMMUNIKATION. EINE ANALYSE DER KONTAKTMUSTER BUNDESDEUTSCHER ELITEN.</b>	<b>44</b>
<i>Martina Sauer / Kai-Uwe Schnapp</i>	
<b>MEHR STAAT IM OSTEN - WENIGER STAAT IM WESTEN: EINSTELLUNGEN ZUM UMFANG STAATLICHER VERANTWORTUNG</b>	<b>51</b>
<i>Jörg Machatzke</i>	
<b>WERTORIENTIERUNG IM ELITEN-BEVÖLKERUNGSVERGLEICH: AVANTGARDE VS. KOLLEKTIVISMUS</b>	<b>58</b>
<i>Victoria Kaina</i>	
<b>VOM REPRÄSENTATIVEN ZUM PLEBISZITÄREN FÜHRUNGSPRINZIP. EINE NEUE GENERATION IN DER FÜHRUNGSSCHICHT?</b>	<b>67</b>
<i>Wilhelm Bürklin</i>	
<b>LITERATUR</b>	<b>77</b>

# EINFÜHRUNG

*Wilhelm Bürklin*

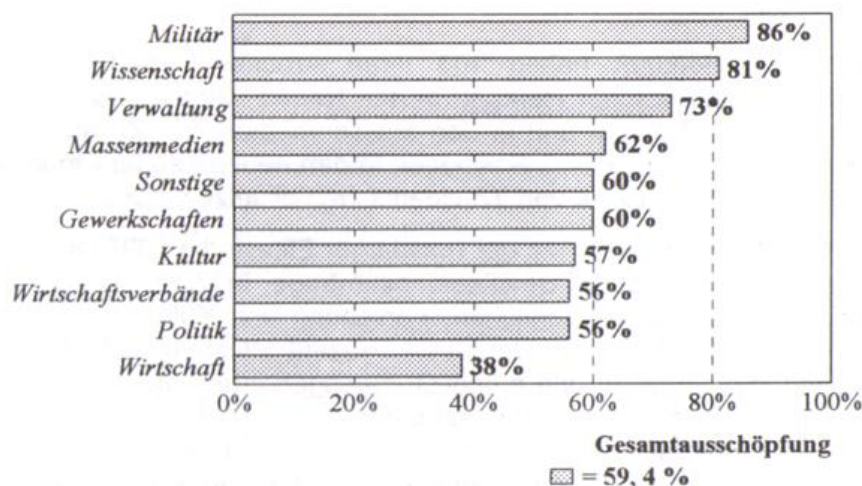
Die „Potsdamer Elitestudie“ von 1995 ist die erste ihrer Art nach der deutschen Vereinigung im Jahr 1990. Sie knüpft an die bundesdeutsche Tradition der empirischen Eliteforschung an, die mit der Untersuchung der nationalen Führungsschicht von 1968 ihren Anfang nahm und in den Studien von 1972 und 1981 ihre Fortsetzungen fand. In der „Mannheimer Elitestudie“ von 1981 war als eine der Grundlagen für das Funktionieren der bundesdeutschen Demokratie eine Elitestruktur identifiziert worden, in der die verschiedenen gesellschaftlichen und parteipolitischen Konfliktlinien repräsentiert, gleichzeitig aber in einem kooperativen Netzwerk mit gemeinsamen demokratischen Werten integriert waren (vgl. Hoffmann-Lange 1987, 1992). Vor dem Hintergrund der deutschen Vereinigung richtet sich das analytische Interesse der „Potsdamer Elitestudie“ von 1995 primär auf die Einbindung der Eliten der neuen Länder in das Gesamtsystem und deren Unterscheidbarkeit von den westdeutschen Führungsgruppen. Schwerpunkte der sektorübergreifend und unter gesamtdeutscher Perspektive angelegten „Potsdamer Elitestudie“ sind Rekrutierung, Zirkulation, politische Einstellungen, Wertorientierungen und Problemwahrnehmung der Eliten in den neuen und alten Bundesländern sowie Kontaktmuster zwischen verschiedenen Elite-Sektoren. Erhoben wurden die Daten über weitgehend standardisierte, mündliche Interviews in einer Feldzeit zwischen April und Juli 1995. Die Feldarbeit lag bei INFRATEST BURKE, München.

Angestrebt war eine Vollerhebung, deren Grundgesamtheit zuvor mit Hilfe des Positionsansatzes identifiziert wurde. In den Sozialwissenschaften wird der Begriff Elite in der Regel verwendet, um einen Personenkreis zu beschreiben, der regelmäßig Einfluß auf gesamtgesellschaftlich wichtige Entscheidungen nehmen kann. In modernen Gesellschaften ist Macht institutionalisiert, das heißt, an Ämter gebunden. Daher erfolgte eine Auswahl der Inhaber jeweils höchster Führungspositionen zentraler Institutionen und Organisationen aus den Hauptsektoren Politik, Verwaltung, Wirtschaft (einschließlich Finanzwirtschaft), Wirtschaftsverbände (einschließlich Landwirtschaftsverbände), Gewerkschaften, Massenmedien, Wissenschaft, Militär und Kultur. Im Sektor „Sonstige“ wurden unter anderen Führungspositionen in der Justiz, den Kirchen, dem Bereich der Neuen Sozialen Bewegungen, der Berufsverbände, Institutionen der Europäischen Union und Kommunalen Spitzenverbände ausgewählt (zum Verfahren vgl. Machatzke 1995).

Von der Grundgesamtheit der auf diese Weise ermittelten 3941 Elite-Mitglieder beteiligten sich 2341 Positionsinhaber an der Befragung. Das entspricht einer Gesamtausschöpfungsquote von 59,4 Prozent. Die Teilnahmequoten innerhalb der einzelnen Sektoren fielen jedoch sehr unterschiedlich aus. Wie aus Abbildung 1 deutlich wird, haben sich die Führungskräfte im Sektor Militär (86,0 %), der Wissenschaft (81,2 %) und Verwaltung (73,4 %) überdurchschnittlich stark an der Befragung beteiligt. Mit der niedrigsten Teilnahmequote fällt der Sektor Wirtschaft aus dem allgemeinen Rahmen: Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Wirtschaftsunternehmen nahmen mit weit unterdurchschnittlichen 38,2 Prozent an den Interviews teil. Die verbleibenden Sektoren variieren in der Nähe der Gesamtquote von knapp 60 Prozent.

<sup>1</sup> Es handelt sich dabei um das an der Universität Potsdam durchgeführte und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierte Projekt „Elitenzirkulation und -integration im vereinten Deutschland“. Primärforscher ist Wilhelm Bürklin.

Abbildung 1: Teilnahmequoten nach Hauptsektoren



Da sich in der Positionsmethode zur Identifizierung der Elite-Mitglieder die regionale Herkunft eines Positionsinhabers nicht auswirkt, muß die Repräsentation Ostdeutscher in der gesamtdeutschen Führungsschicht nachträglich ermittelt werden. Vergleichsgrundlage ist der mit ca. einem Fünftel bemessene Anteil der ostdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Von ostdeutscher Herkunft sind insgesamt 272 Positionseliten<sup>2</sup>. Das ist ein Anteil von 11,6 Prozent in der Gesamtpopulation, womit die Ostdeutschen, gemessen am Bevölkerungsanteil (ca. 20 %), in der Führungsschicht der Bundesrepublik unterrepräsentiert sind. Von diesen 272 Ostdeutschen sind 33 in den alten Bundesländern einschließlich Westberlins bzw. im Ausland tätig. Die anderen haben Positionen in den neuen Bundesländern inne. Das Bild einer Unterrepräsentation Ostdeutscher verändert sich jedoch, wenn die Verteilung der Positionseliten ostdeutscher Herkunft über die einzelnen Sektoren betrachtet wird (Tabelle 1). Mit 58,8 Prozent sind die Ostdeutschen vor allem im Sektor Politik anzutreffen (Westdeutsche: 16,4 %). Sie stellen knapp ein Drittel (32,1 %) aller Befragten in diesem Sektor und sind damit deutlich überrepräsentiert.

Tabelle 1: Verteilung der regionalen Herkunft auf die Sektoren

Sektor	Gesamt (N)	Ost- deutsche (n)	Ostquote im Sektor in %	Verteilg. Ost auf Sektoren in %	West- deutsche (n)	Westquote im Sektor in %	Verteilg. West auf Sektoren in %
Politik	499	160	32,1	58,8	339	67,9	16,4
Verwaltung	474	12	2,5	4,4	462	97,4	22,3
Wirtschaft	249	1	0,4	0,4	248	99,6	12,0
Wirtschaftsverb.	173	14	8,1	5,2	159	91,9	7,7
Gewerkschaften	97	12	12,4	4,4	85	87,6	4,1
Massenmedien	281	33	11,8	12,1	248	88,2	12,0
Kultur	101	13	12,9	4,8	88	87,1	4,3
Wissenschaft	164	12	7,3	4,4	152	92,7	7,3
Militär	135	0	0,0	0,0	135	100,0	6,5
Sonstige	168	15	8,9	5,5	153	91,1	7,4
davon: Justiz	42	0	0,0	0,0	42	100,0	2,0
<b>Gesamt</b>	<b>2.341</b>	<b>272</b>	<b>11,6</b>	<b>100</b>	<b>2.069</b>	<b>88,4</b>	<b>100</b>

<sup>2</sup> Alle Personen, die angaben, zwischen dem Bau der Mauer 1961 und ihrem Fall 1989 in der DDR gelebt zu haben, wurden als Ostdeutsche klassifiziert, da davon ausgegangen werden kann, daß sie politisch und kulturell in der DDR sozialisiert wurden. Befragte mit einem Geburtsort im Gebiet der späteren DDR, die noch vor dem Mauerbau in den Westen übersiedelten, sind als Westdeutsche klassifiziert worden (3,4 %). Ein Befragter, der angab, zwischen 1961 und 1989 in den Westen übergesiedelt zu sein, wurde ebenfalls als Westdeutscher eingeordnet, da er bereits 1962 in die Bundesrepublik wechselte (vgl. Bürklin 1996).

Von den Positionseliten westdeutscher Herkunft haben 163 ihren Arbeitsort in den Neuen Bundesländern (7,2 %). Führungskräfte westdeutscher Herkunft in den Neuen Ländern nehmen vor allem Positionen im politisch-administrativen Bereich und in den Massenmedien ein. Zusätzlich zu diesen Befunden ist zu vermerken, daß von den 402 Elite-Positionen in den neuen Ländern mehr als die Hälfte von Ostdeutschen (59,5 %) und 40,5 Prozent von Westdeutschen besetzt werden.

Ergänzend zur Befragung der Positionsinhaber im Rahmen der Potsdamer Elitestudie 1995 wurde bei INFRATEST BURKE, München eine repräsentative Bevölkerungsumfrage in Auftrag gegeben. Dieses Zusatzprojekt wurde vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg gefördert. Befragt wurden 2908 Personen, davon 64 Prozent West- und 36 Prozent Ostdeutsche. Die ebenfalls weitgehend standardisiert und mündlich durchgeführten Interviews in der repräsentativen Bevölkerungsumfrage umfassen eine Zusammenstellung der Fragen aus dem Fragenprogramm der Elitestudie, die politische Einstellungen und Wertorientierungen zum Gegenstand haben, einschließlich von Fragen zur Elitenperzeption, der Standarddemographie und einigen Zusatzfragen zur subjektiven Schichtzugehörigkeit.

Die hier vorgelegten Beiträge wurden auf dem am 11. Oktober 1996 an der Universität Potsdam veranstalteten Symposium „Kontinuität und Wandel der deutschen Führungsschicht. Ergebnisse der Potsdamer Elitestudie 1995“ präsentiert. Im Interesse einer raschen Publikation wurden sie in ihrer Form als Vortragsmanuskripte belassen. Die ausführlichen Analysen erscheinen im Frühjahr 1997 im Verlag Leske+Budrich.

Potsdam, im Oktober 1996

Wilhelm Bürklin

# Karrieren: Vom aristokratischen Auswahlprinzip zur Funktionselite

Hilke Rebenstorf

## Fragestellung und theoretische Relevanz

Die aristokratische Auswahl als Auswahl aus dem Adel war für nationale Eliten üblich während monarchistischer Regierungssysteme. Später wurde der Ausdruck verwendet, um die mangelnde Offenheit in der Rekrutierung für Führungspositionen zu beschreiben, in denen Personen aus den höchsten sozialen Schichten eindeutig bevorzugt waren (Zapf 1965). Demokratische Entwicklung und funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaften sowie die breite Öffnung des Bildungssystems veränderten diese Situation, so daß Dahrendorf bereits 1964 zu dem Schluß kam, daß in der Bundesrepublik wie überall in Europa die Mitglieder der Führungsschicht zunehmend aus den Mittelschichten kamen. Nicht mehr die soziale Herkunft war entscheidend für die Karrieren, sondern die Ausbildung (Dahrendorf 1964: 240).

Erhöhte räumliche und soziale Mobilität macht sich auch in der Führungsschicht bemerkbar. Festzustellen sind jedoch auch Persistenzen in den Strukturen gesellschaftlicher Segmentation. Neuere Ansätze der Stratifikationsforschung und der Analyse sozialer Milieus zeigen, daß Mobilitätschancen nicht ausgeschöpft werden und tatsächliche Mobilität in relativ engen Kanälen verläuft (z.B. Bourdieu 1982, Vester u.a. 1993). Auch die Analyse der Sozialstruktur der Führungsschicht (vgl. Schnapp) zeigt, daß die Rekrutierungschancen in die nationale Elite sich während der letzten 14 Jahre erweitert haben, dennoch sind sie recht unterschiedlich verteilt und sektoral stark verschieden.

Rekrutierung und Karrieren sind darüber hinaus legitimationsrelevant. Führungspersonen zeichnen sich dadurch aus, daß sie entweder ein staatliches sanktioniertes Recht haben qua Funktion Macht auszuüben, oder sie haben eine soziale Basis, die sie mit dem Recht hierzu im Rahmen der Interessenvertretung ausstattet. Die Eliten müssen vertikal integriert sein, damit ihr Handeln Legitimation für sich beanspruchen kann. Sie müssen horizontal integriert sein, um einerseits das demokratische System nicht in Frage zu stellen, andererseits um in Aushandlungsprozessen zu befriedigenden Ergebnissen zu gelangen, die ihrerseits wiederum ihre Legitimität erhöhen. Bei der Integration ist zwischen ideologischer und struktureller Integration zu unterscheiden. Karrieren sind Bausteine der strukturellen Integration. Sie vermögen Auskünfte zu geben über die mögliche Existenz einer 'common language', die aufgrund ähnlicher Sozialisierungen durch ähnliche Karrieren entsteht. Der Referenzrahmen einer gemeinsamen Sprache hilft Segmentation zu überwinden und Netzwerke - der Kern struktureller Integration - sowohl aufzubauen als auch Verständigung innerhalb dieser sektorübergreifend zu gewährleisten (Dahrendorf 1965; Edinger/Searing 1967; Hoffmann-Lange u.a. 1985: 246f). Die Untersuchung der Karriereverläufe gibt ebenfalls Hinweise auf die Chancen und Existenz vertikaler Integration, indem sie zum einen Hinweise auf soziale Schließungen in Rekrutierungsprozessen aufzeigt. Zum anderen vermag sie zu zeigen, inwiefern das Selbstverständnis der rekrutierenden Organisationen und tatsächlicher Rekrutierungserfolg übereinstimmen. Dies gilt insbesondere für Organisationen der Interessenvertretung, die einen expliziten Repräsentationsanspruch für begrenzte Klientelkreise haben, aus denen dann auch dem Selbstverständnis nach das Führungspersonal rekrutiert werden soll.

Berufliche Laufbahnen und Karrieren sind durch mehrere Faktoren beeinflusst. Zum einen gibt es für manche Berufszweige rechtlich sanktionierte Vorgaben des Berufsverlaufes, sei es in Form von formalisierten Ausbildungsgängen, Altersbeschränkungen, Arbeitsschutzvorschriften u.ä.. Zum zweiten sind es die Anforderungen der rekrutierenden Organisationen, die selektiv bei der Auswahl ihres Personals vorgehen, entsprechend ihrer Selektionskriterien Aufstiege befördern, intern für Spitzenpositionen rekrutieren oder Managementpositionen eher von außen besetzen (Czudnowski 1975, 1983). Ein dritter wirksam werdender Faktor kann in Funktionalitätserwägungen liegen, die über die Anforderungen des Mikrobereiches Organisation den Makrobereich soziopolitisches System in Rekrutierungserwägungen einbeziehen und den systemfunktionalen Bereichsverflechtungen und faktischen Interdependenzen gerecht werden (Herzog 1975; Hoffmann-Lange u.a. 1985). Allein schon aus diesen Gründen ist davon auszugehen, daß nicht in allen Sektoren gleiche Karrierebedingungen bestehen.

## **Thesen und Operationalisierung**

In diesem Beitrag sollen folgende Thesen analysiert werden, die sich aus den Theorien zum sozialen Wandel, zur gesellschaftlichen Stratifikation und funktionalen Differenzierung sowie aus der Elitetheorie ergeben.

**(1) Die soziale Rekrutierungsbasis für die nationale Führungsschicht ist von 1981 bis 1995 breiter geworden. Dennoch gibt es sektorspezifisch starke Differenzen in der sozialen Herkunft; die Chancengleichheit variiert entsprechend.**

**(2) Am breitesten wird die Rekrutierungsbasis in den politisch neutralen Bereichen sein, am engsten in den Interessenvertretungsorganen.**

**(3) Die Karrieren zeichnen sich heute durch ein vielfältiges Tätigkeitsprofil aus. Die "ängstliche" Elite Dahrendorfs, die nie einen anderen Bereich kennenlernte, gehört der Vergangenheit an, die strukturelle Integration wird hierüber gefördert.**

**(4) Die Karrieremuster weisen trotz einzelner sektoraler Spezifika zahlreiche sektorübergreifende Gemeinsamkeiten auf.**

**(5) Ostdeutsche weisen aufgrund des Strukturbruches, den die Wende für die individuellen Karrieren darstellt, andere Karrieren und einen anderen sozialen Hintergrund auf als die Positionseliten westdeutscher Herkunft.**

Die soziale Herkunft wird für den Vergleich der Führungsschichten 1981 und 1995 mittels der schulischen Bildung und des Berufsstatus des Vaters operationalisiert. Die modernen Statifikationsmodelle, die in diesem Punkt Anleihen bei Max Weber nehmen, gehen von einer mehrdimensionalen gesellschaftlichen Schichtung aus, in der neben dem ökonomischen Hintergrund auch die familiäre Ausstattung mit kulturellem und sozialem Kapital von Bedeutung für die eigenen Lebenschancen ist. Dieses Vorgehen ist auch insofern sinnvoll, als daß nicht nur für heute eine zunehmende Entkoppelung von schulischer Ausbildung und beruflicher Stellung zu konstatieren ist, sondern auch die Eltern der heutigen Positionseliten z.T. kriegsbedingten Diskontinuitäten in ihren Lebensverläufen ausgesetzt waren. Für den Vergleich der beiden Zeitpunkte 1981 und 1995 werden aus der Elitestudie 1995 ausschließlich die Westpositionen berücksichtigt.

Als karriererelevante Merkmale wurden ausgewertet: Tätigkeit in anderen Bereichen, Direkt- oder Späteeinstieg in den aktuellen Sektor, Tätigkeitsbereich des beruflichen Einstiegs, Berufsausbildungen, Hochschulabschlüsse, Studienfächer, Alter beim Einstieg in den Sektor, Alter bei Erlangung der aktuellen Position, Dauer vom Sektoreinstieg bis zur Erlangung der Position.

## **Ergebnisse: Soziale Rekrutierung und Karrieren**

zu These (1):

Tabelle 1 zeigt keine großen Veränderungen in der Zusammensetzung der sozialen Herkunft der Führungsschichten 1981 und 1995. Leicht zugenommen hat der Anteil an Personen, deren Väter Abitur hatten, abgenommen haben entsprechend Volks- und Realschulabschlüsse sowie Hochschulabschlüsse. Betrachtet man die Daten unter dem Aspekt der Veränderungen in der Bildungsstruktur insgesamt, kann von einem leichten Anstieg der unteren Statusgruppen ausgegangen werden. Daß sich die Chancengleichheit insgesamt etwas vergrößert hat, wurde bereits bei der Darstellung der Sozialstruktur festgestellt (vgl. Schnapp). Diese variieren jedoch sektorspezifisch, wie Tabelle 2 zu entnehmen ist. In ihr ist dargestellt der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Sektorzugehörigkeit. Eingetragen sind jeweils der Chi-Quadrat-basierte Koeffizient Cramer's V wie auch das PRE-Maß Lambda. Der Zusammenhang über alle Sektoren gemessen ist recht schwach, wenn auch hochsignifikant, und hat sich von 1981 auf 1995 abgeschwächt. Werden jedoch Gruppenvergleiche vorgenommen, so zeigen sich deutliche sektorale Spezifika. In der Politik war für 1981 die soziale Herkunft noch ein recht guter Prädiktor für die Parteizugehörigkeit, dieser hat sich bis 1995 abgeschwächt. In der Verwaltung sind keine Zusammenhänge erkennbar. Im Wirtschaftsbereich ist eine neue Differenz sichtbar geworden, und zwar die unterschiedliche soziale Zusammensetzung der Positionseliten aus Wirtschaftsunternehmen und Unternehmen der Finanzwirtschaft. Sehr deutlich sind die Unterschiede zwischen den Sozialpartnern, die zugleich Organisationen der Interessenvertretung sind. Zwar ist auch hier der Zusammenhang schwächer geworden, mit einer Verbesserung der Vorhersagewahrscheinlichkeit von 31% bei Kenntnis der sozialen Herkunft ist er aber nach wie vor durchschlagend. Deutlicher geworden ist die soziale Differenz zwischen Gewerkschaftsfunktionären und denen der Berufsverbände.

Zu These (2):

Wir finden das gleiche Bild in Tabelle 3 wieder, in der dargestellt ist, wie sich die Sektoren nach Herkunftsgruppen zusammensetzen. Eingetragen sind jeweils die Prozentpunktdifferenzen zur Gesamtverteilung und der Duncan Index of Dissimilarity. Wie nicht anders zu erwarten, rangieren die Gewerkschaften, die Wirtschaftsverbände und die Parteien ziemlich weit oben auf der Skala der Ungleichheit. Gewerkschaften und SPD haben überproportional viele Führungspersonen aus Arbeiterfamilien rekrutiert, die Wirtschaftsverbände aus Selbständigenhaushalten - unabhängig vom schulischen Bildungsgrad - und von Abiturienten ohne Hochschulstudium. Die Wirtschaftsunternehmen weichen in vergleichbarem Maße von der Gesamtverteilung ab wie die Verbände, nutzen auch ein ähnliches Rekrutierungsreservoir. Die große Abweichung in der Justiz ist zum Teil der kleinen Fallzahl geschuldet, deutlich wird jedoch die überproportionale Rekrutierung aus Beamtenhaushalten. Verwaltung und Massenmedien sind am rekrutierungsneutralsten.

zu These (3):

Grafik 1 zeigt, daß aus Justiz, Militär, Kirchen, Massenmedien und Gewerkschaften kein Sektor in nennenswertem Umfang Führungspersonen rekrutierte. Andererseits sind ebenfalls Militär, Kirchen und Massenmedien diejenigen Organisationsbereiche, die in geringstem Umfang aus anderen Bereichen ihr Personal gewannen. Insofern sind Militär, Kirchen und Massenmedien relativ isoliert in diesem Punkt struktureller Integration. Auch die Justiz hat nur eingeschränkte Rekrutierungspools. In diesem Fall von Isolierung zu sprechen wäre allerdings wenig angebracht, da nach wie vor der Anteil an Juristen am Führungspersonal der meisten gesellschaftlichen Sektoren ausgesprochen hoch ist. Verwaltung sowie Industrie- und andere Wirtschaftsunternehmen stellen neben der Wissenschaft die größten Rekrutierungsreservoirs für die Führungsschicht der Bundesrepublik. Es scheint einen Kernbereich personaler Austauschprozesse zu geben, der insbesondere die Sektoren Politik, Verwaltung, Wissenschaft, die Interessenvertretungsorgane von Arbeit und Kapital sowie Industrie- und andere Wirtschaftsunternehmen umfaßt.

zu These (4):

Aus Tabelle 4 geht hervor, daß es eine Vielzahl bereichsübergreifender Gemeinsamkeiten aber auch sektoraler Spezifika in den Karrieren der Eliten gibt. Neben der Tätigkeit in anderen Bereichen ist es die Dominanz der Studienfächer Jura und Wirtschaftswissenschaften. In allen Sektoren - mit Ausnahme des Militärs und der Kirchen - kann zwischen Früh- und Späteinsteigern unterschieden werden, wobei die Späteinsteiger in der Regel ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen (mit Ausnahme der westdeutschen Politiker) und schneller in ihre derzeitige Führungsposition gelangten. Die Aufstiegswege sind generell sehr lang. Ebenfalls für fast alle Sektoren kann festgestellt werden, daß ihr Führungspersonal vielseitig in ihren Tätigkeiten war. Berufliche Mobilität scheint demnach ein Merkmal der heutigen bundesdeutschen Führungsschicht zu sein und dem internen Aufstieg in Spitzenpositionen nicht nur nicht zu schaden, sondern eher förderlich zu sein. Generell bestehen zwei Karrierewege: (1) Direkteinstieg und langsamer sukzessiver Aufstieg innerhalb des Sektors, basierend auf einer branchenspezifischen Ausbildung. Dieser Weg scheint insbesondere im Bankenbereich, in Industrie- und anderen Wirtschaftsunternehmen, in der Wissenschaft, in der Verwaltung sowie in den Massenmedien verbreitet zu sein. (2) Späteinstieg und etwas schnellere Beförderung in Spitzenpositionen, wobei jedoch klassisches Cross-Over eine Ausnahme darstellt. Auch Späteinsteiger, die aufgrund spezifischer Qualifikationen rekrutiert werden, müssen sich intern einige Jahre bewähren, ehe sie für Positionen der höchsten Leitungsebene ausgewählt werden. Die größten Unterschiede zwischen den Sektoren liegen in den Aufstiegsgeschwindigkeiten.

zu These (5):

Ein Karrierevergleich zwischen Positonseliten west- und ostdeutscher Herkunft kann nur im Bereich der Politik vorgenommen werden, in allen anderen Sektoren ist der Anteil der ostdeutschen Führungskräfte zu gering, um zu validen Aussagen zu gelangen. Die Tätigkeitsfelder dieser beiden Gruppen neben der Politik unterscheiden sich kaum von ihrer Ausrichtung, auffallend ist jedoch die kirchliche Ausrichtung ostdeutscher Politiker. Sie waren zu 13% im kirchlichen Bereich engagiert und studierten zu 8% Theologie. Ihre Ausbildungsprofile sind stark differierend. Ein wesentlich höherer Anteil hat eine berufliche Ausbildung absolviert, kaum jemand hat Jura oder Wirtschaftswissenschaften studiert. Es überwiegen technisch-naturwissenschaftliche Fächer. Der größte Unterschied liegt jedoch naturgemäß in der Dauer, die sie in der Politik tätig sind: im Durchschnitt sechs Jahre gegenüber sechzehn Jahren bei den westdeutschen. Eindeutig ist die andersgeartete soziale Herkunft der ostdeutschen Politiker. Sie kommen zu einem wesentlich

geringeren Prozentsatz aus Beamtenfamilie bzw. Familien von Führungskräften im Staatsapparat, zu einem höheren Teil aus Arbeiterfamilien (Tabelle 5).

## **Schlußfolgerungen**

Bei den Funktionseliten scheint es eine Art der Rollenverteilung zu geben. Zum einen hat jeder Bereich einen Teil an Führungspersonal, das in keinem anderen Tätigkeitsbereich jemals engagiert war. Diese sind die Spezialisten für ihre Organisation bzw. den gesamten Bereich. Die anderen, insbesondere die Späteinsteiger, aber auch Direkteinsteiger mit anderen Tätigkeitserfahrungen, können als Universalisten mit dennoch intimen Kenntnissen ihres Fachgebietes beschrieben werden. Ihre vielfältigen Tätigkeitserfahrungen prädestinieren sie geradezu für den Austausch mit den anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen.

Die Anforderungen an Positionseliten sind vielfältiger Art, so daß die Ansprüche an das Leitungspersonal nicht uniform sein können. Geradlinige Karrieren innerhalb der Organisation ohne Abstecher in andere Bereiche sind selten geworden. Anders bei den Organisationen der Interessenrepräsentation: Verbände und Gewerkschaften sind dezidiert als Vertretungsorgane für Partikularinteressen entstanden. Einhelliger Meinung nach kann adäquate Interessenrepräsentation nur stattfinden, wenn die Repräsentanten auch Kenntnisse über ihre Klientel aufgrund geteilter Erfahrung besitzen. Die Karrierewege und die Herkunft der Verbands- und Gewerkschaftseliten zeigen, daß diese Organisationsbereiche entsprechend dieser Maxime für Führungspositionen rekrutieren. Einen Spezialfall stellt der politische Sektor dar. Er ist der zentrale Bereich der Interessenvertretung und -integration. Im Parteienspektrum werden die verschiedenen gesellschaftlichen Spannungslinien repräsentiert, wobei die verschiedenen Parteien jeweils unterschiedliche Pole vertreten. Die Karrierewege, betrachtet unter dem Aspekt struktureller Integration, zeigen, daß der vielgescholtene Berufspolitiker, der das "wirkliche Leben" nicht kennt, sondern von der Politik alimentiert wird, wenn überhaupt vorhanden, dann eine verschwindend geringe Minderheit ausmacht. Darüber hinaus ist in der Politik auch das breiteste Spektrum an Berufs- und Ausbildungsgruppen vertreten. Ostdeutsche sind nur in der Politik in einem nennenswerten Ausmaß repräsentiert.

Die Führungsschicht der Bundesrepublik weist mit ihren diversifizierten Karrierewegen und sozialen Herkünften, ihrer Zusammensetzung aus Spezialisten und Universalisten potentiell einen hohen strukturellen Integrationsgrad auf. Weitere Aussagen hierzu finden sich im Beitrag über die Kommunikation (vgl. Sauer/Schnapp; Sauer). Auch ihre vertikale Integration ist strukturell gesehen in den wesentlichen Bereichen der Interessenrepräsentation gegeben. Dieses Wechselspiel von horizontaler und vertikaler Integration führt jedoch auch zu einer spezifischen Art der Rekrutierung. Diese kann zwar nicht mehr mit dem klassischen Begriff der aristokratischen Auswahl belegt werden, der Funktionsaspekt steht heute im Vordergrund. Dennoch ist festzuhalten, daß das Auswahlprinzip zwar zunehmend dem Modell der demokratisch legitimierten Funktionselite folgt, in manchen Sektoren ist die Rekrutierung dennoch exklusiv. Dies heißt nicht, daß die soziale Herkunft ihrer Mitglieder durch die statushöchsten Sozialgruppen dominiert sind, sondern durch die Gruppen, die die höchsten Affinität zu diesem Bereich aufweisen: Arbeiter in Gewerkschaften, Selbständige in Unternehmen und deren Verbänden.

## Tabellenanhang

Tabelle 1: Soziale Herkunft der Führungsschicht 1981 und 1995  
(nur Westpositionen)

<i>Soziale Herkunft</i>	<i>Elite 1981</i>		<i>Elite 1995</i>	
	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>
<i>I. Volks- oder Realschulabschluß</i>				
1. kleine Landwirte (bis 20 ha), ungelernte bzw. angelernte Arbeiter	65	4	84	5
2. Facharbeiter, Vorarbeiter, Meister (auch im Angestelltenverhältnis), Genossenschaftsbauern	166	11	138	9
3. größere Landwirte, kleine Selbständige (bis 10 Mitarbeiter)	170	11	204	13
4. einfache Beamte (einfacher Dienst) und Angestellte (mit einfacher Tätigkeit oder nach allgemeiner Anweisung)	104	7	130	8
5. qualifizierte Beamte (mittlerer und gehobener Dienst) und Angestellte (selbständige Leistung in verantwortungsvoller Tätigkeit)	302	19	238	15
6. größere Selbständige (mehr als 10 Mitarbeiter), leitende Beamte (höherer Dienst) und Angestellte (mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen), Berufssoldaten	144	9	110	7
<i>II. Abitur</i>				
1. kleine Landwirte, Arbeiter, einfache Beamte und Angestellte	13	1	19	1
2. größere Landwirte, kleine Selbständige, qualifizierte Beamte und Angestellte	90	6	147	9
3. größere Selbständige, leitende Beamte und Angestellte, Berufssoldaten	82	5	122	8
<i>III Hochschulabschluß</i>				
1. kleine Landwirte, Arbeiter, einfache Beamte und Angestellte	7	0	12	1
2. größere Landwirte, kleine Selbständige, qualifizierte Beamte und Angestellte	64	4	93	6
3. freiberufliche Akademiker, größere Selbständige, leitende Beamte und Angestellte, Berufssoldaten	355	23	336	21
<i>Gesamt</i>	<i>1562</i>	<i>100</i>	<i>1635</i>	<i>100</i>
nicht zuzuordnen	182	10	279	15

Tabelle 2: Zusammenhänge zwischen Sozialer Herkunft und Sektorzugehörigkeit (Gruppenvergleiche)

Untersektoren	Elite 1981			Elite 1995 (Westpositionen)		
	Cramer's V	Lambda	n	Cramer's V	Lambda	n
Gesamt	.18* * <sup>3</sup>	.06 **	1287	.14* *	.02 **	1370
<i>Politik</i>						
SPD	.33* *	.20 **	104	.22	.12 *	81
CDU/CSU			110			97
FDP			23			41
B90/Grüne						78
<i>Verwaltung</i>						
Min. Verw. Bund	.24* *	.08 **	122	.19	.00	204
Min. Verw. Länder			87			69
Sonstige Verwaltung			42			35
<i>Wirtschaft</i>						
Wirtschaftsbetriebe	.23	.04	150	.35* *	.20 *	114
Finanzwirtschaft			81			84
<i>Wirtschaft</i>						
Wirtschaftsbetriebe	.21	.18 *	150	.21	.09	114
Wirtschaftsverbände			161			133
<i>Wirtschaft</i>						
Wirtschaftsverbände	.31* *	.09	161	.31* *	.15	133
Finanzwirtschaft			81			84
<i>Sozialpartner</i>						
Wirtschaftsverbände	.65* *	.48 **	161	.49* *	.31 **	133
Gewerkschaften			77			71
<i>Sozialpartner</i>						
Wirtschaftsbetriebe	.61* *	.43 **	150	.55* *	.42 **	114
Gewerkschaften			77			71
<i>Arbeitnehmervertreter</i>						
Gewerkschaften	.57* *	.17	77	.47* *	.20 *	71
Berufsverbände			30			44
<i>Massenmedien</i>						
Presse	.22	.17	97	.27	.12	75
Rundfunk			93			113
<i>Medien</i>						
Massenmedien	.24	.00	190	.19	.00	188
Kultur			91			71

<sup>3</sup> \*\* signifikant auf 99%-Niveau, \* signifikant auf 95%-Niveau.

Tabelle 3: Verteilung der Gruppen sozialer Herkunft auf die Sektoren 1981 und 1995

Soziale Herkunft	SPD		CDU/ CSU		FDP		Verwaltung		Wirtschafts- betriebe		Finanz- wirtschaft		Gesamt	
	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995
VR: kl. Landwirte, ung. Arbeiter	+9	+2	+4	+10	-4	-5	-1	-1	-1	-1	-4	--	4	5
VR: Facharbeiter	+17	+3	+2	-4	-6	-7	-2	-2	-5	-3	-2	-7	10	9
VR: gr. Landwirte, kl. Selbständige	-5	-4	+8	+8	+6	+2	--	-1	--	-2	--	--	11	13
VR: einf. Beamte und Angestellte	+2	-1	+3	-3	-3	+2	-2	+3	--	-5	--	-4	7	8
VR: qual. Beamte und Angestellte	-2	+8	+2	-5	-11	-4	+5	-1	-3	-3	+5	+6	20	14
VR: gr.Selbst., lt. Beamte/Angst.	-2	+2	-2	+3	-4	+3	-4	+1	+10	+6	+2	-2	9	7
Abi: gr.Lw., kl.Selbst., qual. Beamte	-4	-2	-1	+3	-6	+3	+2	--	-1	+2	-2	-3	6	9
Abi: gr.Selbst., ltd. Beamte/Angst.	-4	-4	-5	--	+7	+4	-2	+1	+6	+3	+1	-4	6	8
Uni: gr.LW, kl.Selbst., qual.Beamte	-4	-5	+1	--	-4	-4	--	--	-1	-2	-1	-5	4	6
Uni: Freie, gr.Selbst., lt. Beamte	-6	-1	-11	-6	+16	+15	+6	--	-4	+3	-3	-3	23	22
<i>Duncan Index</i>	27,4	16	19,5	21	33,5	24,5	14	5	15,5	15	10	16		
<i>Basis (N)</i>	104	81	110	67	23	41	251	308	150	114	81	84	1458	1525

Fortsetzung folgende Seite

Fortsetzung Tabelle 3: Verteilung der Gruppen sozialer Herkunft auf die Sektoren 1981 und 1995

Soziale Herkunft	Wirtschafts- verbände		Gewerk- schaften		Massen- medien		Wissen- schaft		Militär		Justiz		Gesamt		
	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	
VR: Kl. Landwirte, ung. Arbeiter	--	--	+10	+15	-3	-1	-1	--	-4	-4	-1	-1	-5	4	5
VR: Facharbeiter	-7	-2	+34	+24	--	-1	-4	--	-5	-3	-10	-8	10	8	
VR: gr. Landwirte, Kl. Selbständige	+4	+12	-3	-3	-1	+1	--	-2	-6	-2	-5	-4	11	13	
VR: einf. Beamte und Angestellte	-3	--	+5	-2	-1	-1	+2	+4	-4	-2	-4	+1	7	8	
VR: qual. Beamte und Angestellte	-9	-7	-8	-4	--	-2	--	+1	-3	--	+22	+12	20	14	
VR: gr. Selbst., lt. Beamte/Angst.	+5	-1	-8	-6	--	+1	-1	-1	+1	-3	+2	-1	9	7	
Abi: gr. Lw., Kl. Selbst., qual. Beamte	+1	+1	-5	-3	+2	--	+1	-4	+2	+6	-3	--	6	9	
Abi: gr. Selbst., ltd. Beamte/Angst.	+2	+2	-6	-5	--	+3	-3	-3	+15	+1	-5	-5	5	8	
Uni: gr. Lw., Kl. Selbst., qual. Beamte	--	-1	-3	-5	-4	-2	+1	-2	-1	+1	-1	-6	4	6	
Uni: Freie, gr. Selbst., lt. Beamte	+8	+2	-16	-15	-1	-2	+7	+6	+2	+3	+8	+19	23	21	
Duncan Index	20	14	49	41	6	7	10	11,5	21,5	11	30,5	30,5			
Basis (N)	161	133	77	71	281	259	114	112	40	98	36	35	1458	1525	

Tabelle 4: Tätigkeiten, Ausbildungsprofil und Karriereverlauf aller Sektoreilten

	Spät-ein- steiger (%)	andere Tätigkeiten 1	andere Tätigkeiten 2	andere Tätigkeiten 3	andere Tätigkeiten 4	keine and. Tätigkeit
Politik West	59	Verwaltung	Bildungswesen	Industrie u.a.	Wissenschaft	11
Politik Ost	78	Wissenschaft	Industrie u.a.	Bildung/Verw.	Kirchen	9
Verwaltung	53	Wissenschaft	Politik	Industrie u.a.	-	17
Justiz	45	Verwaltung	Wissenschaft	--	-	21
Militär	6	Verwaltung	Industrie u.a.	Politik	-	70
Wissenschaft	29	Verwaltung	Bildungswesen	Industrie u.a.	-	41
Kirchen	20	Wissenschaft	Justiz	--	-	64
Medien	34	Wissenschaft	Bildungswesen	Verwaltung	-	49
Industrie u.a.	30	Wissenschaft	Wirt. Verbände	Politik	-	52
Finanzwirtschaft	38	Industrie u.a.	Verwaltung	Politik	-	36
Verbände	67	Industrie u.a.	Politik	Finanzwirtschaft	Wissenschaft	17
Gewerkschaften	46	Politik	Industrie u.a.	Verwaltung	-	23

	Erste Tätigkeit 1	Erste Tätigkeit 2	Erste Tätigkeit 3	Berufsauf- bildung	Uniabsol- venten	Promovier- tenanteil
Politik West	Politik	Industrie u.a.	Bildungswesen	36	75	21
Politik Ost	Politik	Wissenschaft	Industrie u.a.	63	79	27
Verwaltung	Verwaltung	Wissenschaft	Justiz	20	94	42
Justiz	Justiz	Verwaltung	Wissenschaft	7	100	71
Militär	Militär	Industrie u.a.	-	30	29	11
Wissenschaft	Wissenschaft	Industrie u.a.	Verwaltung	19	100	84
Kirchen	Kirchen	Wissenschaft	Justiz	12	100	34
Medien	Medien	Wissenschaft	Industrie u.a.	37	73	28
Industrie u.a.	Industrie u.a.	Wissenschaft	Verwaltung	34	80	49
Finanzwirtschaft	Finanzwirtschaft	Industrie u.a.	Wissenschaft	59	68	36
Verbände	Industrie u.a.	Wirt. Verbände	Wirt. Verbände	38	79	40
Gewerkschaften	Gewerkschaften	Industrie u.a.	Politik	86	31	6

Fortsetzung Tabelle 4: Tätigkeiten, Ausbildungsprofil und Karriereverlauf aller Sektorellen

	Studienfach 1	Studienfach 2	Studienfach 3	Alter bei Sektoreinstieg	Alter bei Positionserlang.	Einstieg bis Position	Basis (n)
Politik West	Jura	Pädagogik	Wirtschaft	32	45	13	336
Politik Ost	Technik	Naturwissensch.	Theologie/Päd.	39	43	4	160
Verwaltung	Jura	Wirtschaft	Technik	34	51	17	509
Justiz	Jura	VerwaltungsWi.	Wirtschaft	36	56	21	42
Militär	Technik	Medizin	--	21	54	33	133
Wissenschaft	Jura	Naturwissensch.	Wirtschaft	32	51	19	156
Kirchen	Theologie	Jura	Philologie	30	53	23	25
Medien	Philologie	Wirtschaft	Journalistik	28	44	16	382
Industrie u.a.	Wirtschaft	Technik	Jura	30	51	22	133
Finanzwirtschaft	Jura	Wirtschaft	--	31	49	18	110
Verbände	Jura	Wirtschaft	Landwirtschaft	36	50	13	214
Gewerkschaften	Soz.wissenschaft	Wirtschaft	Politik	28	45	16	102

Tabelle 5: Soziale Herkunft nach regionaler Herkunft (Spaltenprozente)

Soziale Herkunft	Westdeutsche	Ostdeutsche	Gesamt
VR: kl. Landwirte, ung. Arbeiter	4	4	4
VR: Facharbeiter, Genossenschaftsbauern	8	17	9
VR: gr. Landwirte, kl. Selbständige	11	11	11
VR: einf. Beamte und Angestellte	7	15	8
VR: qualifizierte Beamte, Angestellte	14	8	14
VR: gr. Selbst., lt. Beamte, Angestellte	6	5	6
A-VR: Facharbeiter, einf. Beamte, Angestellte	1	1	1
A-VR: gr. Landwirte, kl. Selbständige	3	3	3
A-VR: qual. Beamte, Angestellte	5	3	5
A-VR: gr. Selbst., lt. Beamte/Angestellte	5	1	5
U-VR: kl. LW, Arb., einf. Beamte/Angestellte	1	4	2
U-VR: gr. LW, kl. Selbst., qual. Beamte	4	11	5
U-VR: Freie, gr. Selbst., lt. Beamte/Angst.	10	5	10
Abi: einf. Beamte, Angestellte	0	0	0
Abi: gr. LW, kl. Selbst., qual. Beamte	2	1	2
Abi: Freie, gr. Selb., lt. Beaamte/Angestellte	3	1	3
U-A: gr. LW, kl. Selbst., qual. Beaamte	3	6	4
U-A: Freie, gr. Selb., lt. Beamte/Angestellte	12	3	17
<i>Basis (N)</i>	1725	230	1955

## **Durchsetzungsfähigkeit und Kooperationspotential von Eliten als Bausteine der Integration**

**Martina Sauer**

Neben sektorübergreifender Kommunikation ist in Anlehnung an die Elitetheorie (Etzioni-Halevy 1993; Field/Higley 1983) und die Steuerungstheorie (Parsons 1976; Keller 1963; Luhmann 1984; Mayntz 1988) zur Konsensfindung und Elitenintegration ein hohes Kooperationspotential innerhalb der gesamten Führungsschicht und ein ausgewogenes Verhältnis der Durchsetzungsfähigkeit zwischen den Sektoreliten notwendig (vgl. Graphik 1). Es stellt sich deshalb die Frage, in welchem Ausmaß Kooperationspotential und relative Durchsetzungsfähigkeit der Sektoreliten in der bundesdeutschen Führungsschicht vorhanden sind.

Durchsetzungsfähigkeit bezieht sich auf zwei Dimensionen: horizontale Durchsetzungsfähigkeit gegenüber anderen Teileliten ist notwendig, um Interessen, die zum Erhalt der Funktion der Teilsysteme notwendig sind, im politischen Prozeß einbringen und durchsetzen sowie sich gegen funktionsgefährdende Eingriffe anderer Teilsysteme zur Wehr setzen zu können. Die vertikale Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Basis oder der Klientel ist notwendig, um von Maximalforderungen Abstriche machen und Kompromisse eingehen zu können (Etzioni-Halevy, 1993).

Beide Bedingungen für Integration sind neben formalen und rechtlichen Gegebenheiten abhängig von der Verhandlungsmacht der einzelnen Sektoreliten, die sich aus den Funktionen der Teilsysteme ergeben, sie sind deshalb sektoral in unterschiedlichem Ausmaß vorhanden (Etzioni-Halevy, 1993, Luhmann, 1984; Mayntz, 1987) (vgl. Graphik 2).

Das Kooperationspotential wird zusätzlich auf der individuellen Ebene durch die Einsicht der Akteure in die Interdependenz der gesellschaftlichen Teilsysteme und Notwendigkeit von Konsens und Rücksichtnahme auf divergierende Interessen beeinflusst (Scharpf 1992). Auch die Einbindung in dichte Kommunikationsnetze kann das Kooperationspotential erhöhen, da das Wissen um und damit das Verständnis und die Akzeptanz von divergierenden Standpunkte zunimmt, und die Bereitschaft zur Berücksichtigung anderer Interessen steigt (Weßels 1993).

Die Handlungsprägung der Akteure durch die Bedingungen ihrer Funktion wirkt wie alle Sozialisationsformen langfristig. Daher ist zu erwarten, daß Führungskräfte ostdeutscher Herkunft, die im System der DDR stark auf informelle Kooperation aufgrund fehlender formaler demokratischer Konsensfindungsmechanismen angewiesen waren, höhere Kooperationsbereitschaft zeigen als westdeutsche.

### **Thesen:**

1) Je ausgewogener die Durchsetzungsfähigkeit zwischen den Sektoreliten und zwischen ost- und westdeutschen Führungskräften ist, um so besser sind die Bedingungen für Integration über kompromißorientierte Verhandlungssysteme.

2) Je höher das Kooperationspotential zwischen den verhandelnden Sektoreliten ist, um so größer sind die Chancen für konsensuale Problemlösungen und somit für Integration. Je stärker ein Sektor in den politischen Prozeß involviert ist, um so größer muß das vorhandene Kooperationspotential sein.

3) Je stärker die Führungskräfte in Kommunikationsnetze eingebunden sind, um so höher ist das Verständnis für divergierende Standpunkte und die Achtung vor der Kompetenz anderer Führungsgruppen.

### **Durchsetzungsfähigkeit:**

Das Handeln wird durch die individuelle, subjektive Wahrnehmung der strukturellen Gegebenheiten determiniert. Auch die Handlungsprägung von Funktionseliten wird durch die Wahrnehmung und Beurteilung der strukturellen Gegebenheiten stark beeinflusst. Daher wird zur Untersuchung der Durchsetzungsfähigkeit als Baustein der Elitenintegration und damit der Handlungsfähigkeit hier die

subjektiv empfundene Einschränkung der Durchsetzungsfähigkeit von Führungskräften und die sie einschränkenden Instanzen verwendet und nicht objektive oder strukturelle Daten.

49% der Befragten fühlen sich sehr stark oder stark eingeschränkt, wobei sehr starke Einschränkung nur von 8% und gar keine von 5% der Führungskräfte empfunden wird (vgl. Tabelle 1). Wenig eingeschränkt fühlen sich Medien- und Kultureliten sowie Wirtschaftseliten, stark eingeschränkt Militärs, Politiker, Verwaltungseliten, Verbandseliten, Gewerkschafter und Wissenschaftler. Zwischen den Politikern der verschiedenen Parteien und Funktionen sind die Differenzen nicht sehr groß, eine Ausnahme bilden die Politiker der PDS, die sich wenig eingeschränkt fühlen sowie der Bundesregierung, die dies dagegen in starkem Maße empfinden.

Ost- und westdeutsche Führungskräfte unterscheiden sich in der Einschätzung ihrer Autonomie sowohl generell als auch im sektoralen Vergleich kaum.

Es zeigt sich, daß außer beim Militär mindestens 40% der Befragten in allen Sektoren angeben, wenig oder gar nicht eingeschränkt zu sein, gleichzeitig fühlt sich in allen Sektoren - auch in den Sektoren mit hoher funktionaler Autonomie - mindestens ein Viertel stark eingeschränkt. Das spricht dafür, daß alle Sektoreliten trotz sektoraler Unterschiede ein gewisses Maß an Autonomie besitzen, aber auch ein gewisses Maß an Einschränkung überall vorhanden ist, und sich die existierenden Differenzen nicht dahingehend auswirken, daß bestimmte Teilbereiche vollständig und andere gar nicht autonom sind.

Bei der Durchsetzung von Entscheidungen müssen vor allem innerorganisatorische Schranken überwunden werden: mehr als die Hälfte der Befragten gab an, durch Kontrollgremien der eigenen Organisation und durch Kollegen und Mitarbeiter eingeschränkt zu sein. Auch die traditionelle Linie bzw. Politik der Organisation empfindet knapp die Hälfte der Befragten als Einschränkung. Erst mit großem Abstand folgen die äußeren Einschränkungen: die politischen Kontroll- und Aufsichtsgremien und die öffentliche Meinung werden von rund einem Viertel als einschränkende Instanzen wahrgenommen (vgl. Tabelle 2).

Politiker fühlen sich mit Abstand am stärksten von der Linie der Partei eingeschränkt. Die Rolle, die die verschiedenen Parteien im gesamten Spektrum des politischen Systems einnehmen, drückt sich in den wahrgenommenen einschränkenden Instanzen aus: Politiker der kleinen Oppositionsparteien fühlen sich durch Kollegen und Mitarbeiter sowie durch die nachgeordneten Instanzen der Partei in ihrer Autonomie begrenzt, Politiker der Volksparteien dagegen verstärkt durch die Opposition in den Parlamenten und von der öffentlichen Meinung.

Differenzen von Ost- und Westdeutschen hinsichtlich der Angaben über die sie einschränkenden Instanzen oder Akteure sind zwar sichtbar, lassen sich aber vor allem auf die unterschiedliche Repräsentanz ostdeutscher Führungskräfte in den verschiedenen Sektoren und ihre Konzentration im politischen Sektor zurückführen. Während westdeutsche Führungskräfte in erster Linie die innerorganisatorischen Kontrollgremien nennen, werden diese von Ostdeutschen erst an dritter Stelle genannt. Ostdeutsche fühlen sich am häufigsten durch die traditionelle Linie der Organisation und stärker als die Westdeutschen von Kollegen und Mitarbeitern, den nachgeordneten Instanzen und der öffentlichen Meinung eingeschränkt.

### **Kooperationspotential:**

Wenden wir uns jetzt dem Kooperationspotential als Baustein der Elitenintegration zu. Als Indikator für das vorhandene Kooperationspotential in der Gesamtelite wird die Beurteilung des Mangels an Kooperation als Problem der Führungsgruppen herangezogen.

12% der Führungsschicht sind der Auffassung, daß mangelnde Kooperation unter den Führungsgruppen für Probleme verantwortlich zu machen ist (vgl. Tabelle 3).

Am stärksten beklagt wird mangelnde Kooperation der Führungskräfte von der Verwaltungs-elite und den Wissenschaftlern. Beide Bereiche sind stark abhängig von der Politik. Die Verwaltung steht in einem funktional untergeordneten Verhältnis zur Politik, die Wissenschaft ist angewiesen auf staatliche Finanzierung. Am wenigsten stark beklagen sich Politiker, Gewerkschaftseliten und

Verbandseliten über mangelnde Kooperation. Gerade ihre Aufgabe als Integrationsorgan und die damit verbundene Notwendigkeit, auf die unterschiedlichsten Interessen Rücksicht zu nehmen, ließe erwarten, daß die Befragten des intermediären Systems eher fehlende Kooperationsbereitschaft beklagen. Da dies explizit nur von 10% der Befragten dieser Bereiche angegeben wird, muß man davon ausgehen, daß das zur politischen Steuerung notwendige Kooperationspotential aus der Sicht der damit hauptsächlich befaßten Eliten vorhanden ist. Die Politiker der Parteien unterscheiden sich im Durchschnitt nicht wesentlich. Erstaunlich ist, daß die Politiker der PDS am seltensten der Meinung sind, es herrsche mangelnde Kooperation.

Ostdeutsche Befragte sind noch seltener als Westdeutsche der Ansicht, es herrsche zwischen den Führungsgruppen zu wenig Kooperation. Offenbar fühlen sich Ostdeutsche innerhalb der Führungsschicht nicht isoliert oder ausgeschlossen, wie dies in der Presse häufig artikuliert wird.

Dieses Ergebnis deutet auf die Existenz eines funktionsadäquaten Grades an Kooperation zwischen den Führungsgruppen und somit auf gute Voraussetzungen für Integration über politische Verhandlungssysteme hin.

Ein weiterer Indikator für Kooperation ist die Beurteilung der Kompetenz anderer Führungsgruppen. Darin drückt sich die Achtung vor der Leistungsfähigkeit gegenüber anderen Elitegruppen und damit die Bereitschaft, Rücksicht auf andere Standpunkte zu nehmen und ihre Vertreter als berechtigte Verhandlungspartner anzuerkennen, aus.

Im Durchschnitt erreichten die Führungskräfte des Geisteslebens die höchste Bewertung, gefolgt von den Wirtschaftseliten und den Führungskräften der Verwaltung. Die schlechteste Bewertung ihrer Kompetenz erhielten Politiker und Medieneliten (vgl. Graphik 3). Möglicherweise wird die Kompetenz der Geisteselite deshalb so hoch beurteilt, weil ihre Arbeit die geringsten direkten Auswirkungen auf die Belange der anderen Sektoreliten hat und sie in der Regel keine Entscheidungen treffen, die andere Teileliten einschränken, anders als dies bei der Politik und den Medien der Fall ist, unter deren Output die meisten Sektoreliten zu "leiden" haben.

Politiker erhalten die beste Bewertung von Verwaltung und Wirtschaftsverbänden, die schlechteste von Medien und Kultur. Die Politiker selbst unterscheiden sich sehr stark in der Beurteilung je nach Partei, wobei das Ergebnis zeigt, daß unter politischen Führungsgruppen wohl vor allem die Bundesregierung verstanden wurde, denn die Bewertung durch die Politiker des Bonner Regierungslagers ist wesentlich positiver als durch die der Oppositionsparteien (vgl. Tabelle 4). Je näher die Befragten dem politischen Entscheidungszentrum sind, um so besser ist die Einschätzung der Kompetenz. Ostdeutsche Führungskräfte bewerten die Kompetenz der politischen Führungsgruppen generell etwas schlechter als westdeutsche. Eine Ausnahme bildet der politische Sektor, dort halten Ostdeutsche die Politiker für kompetenter, wobei auch hier eine Ausnahme existiert: ostdeutsche CDU-Politiker bewerten politische Führungskräfte schlechter.

Auch bei der Beurteilung der Kompetenz der Verwaltung zeigt sich, daß Führungskräfte aus Bereichen, die enge Verbindungen mit der Verwaltung unterhalten, ihre Kompetenz besser einschätzen als diejenigen, die wenig mit der Verwaltung zu tun haben. Ostdeutsche Befragte haben generell und innerhalb der Sektoren eine geringere Meinung von der Leistungsfähigkeit der Bürokratie als die westdeutschen.

Ostdeutsche Befragte sind ebenfalls etwas zurückhaltender in ihrer positiven Beurteilung der Wirtschaftseliten als westdeutsche. Offenbar ist das Vertrauen der Ostdeutschen in die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftseliten angesichts der schwierigen ökonomischen Lage und des empfundenen Versagens der Wirtschaftseliten (Treuhand, Vulkan) in Ostdeutschland nicht ganz so groß wie in Westdeutschland. Innerhalb der Politik machen sich ideologische Differenzen, die sich vor allem an der Einstellung gegenüber der Wirtschaft und ihrer Struktur herausgebildet haben, bemerkbar: Die FDP als Verfechterin der freien Marktwirtschaft schätzt die bundesrepublikanischen Wirtschaftsführer am kompetentesten ein, aber auch die CDU und CSU bewerten sie überdurchschnittlich positiv. Die Befragten der linken Parteien des Spektrums bewerten die Kompetenz in der Reihenfolge SPD, PDS, Bündnis90/Grüne zunehmend weniger positiv, wobei selbst unter den Grünen immer noch fast die Hälfte meint, die Kompetenz der Wirtschaftselite sei hoch.

Die eingangs formulierte Erwartung, daß die Kooperationsbereitschaft mit der Einbindung in Kommunikationsnetze zunimmt, geht von der Überlegung aus, daß Kommunikation mit

Führungsgruppen anderer Sektoren das Wissen und Verständnis steigert und somit auch die Kompromiß- und Kooperationsbereitschaft erhöht.

Die Befragten, die die Kompetenz der politischen Führungsgruppen hoch beurteilen, haben zu deutlich mehr politischen Institutionen Kontakt als diejenigen, die sie weniger gut bewerten (vgl. Tabelle 5). Der Trend von steigender Kompetenzbewertung der politischen Eliten mit zunehmender Kontaktdichte zu politischen Institutionen bleibt auch deutlich und linear, läßt man die Politiker bei der Betrachtung außer acht. Die Kompetenzbewertung der Verwaltung steht ebenfalls in Zusammenhang mit einer hohen Kontakthäufigkeit zu Institutionen des Verwaltungsbereichs, auch hier kann ein zunehmender Trend zu positiverer Kompetenzbewertung mit steigender Kontaktdichte ausgemacht werden. Auch die Beurteilung der Wirtschaftseliten steht in Relation zur Kontaktdichte der Bereichsinstitutionen, wobei der Zusammenhang weniger stark ausgeprägt ist als bei Politik und Verwaltung. Es wird deutlich, daß enger Kontakt zu Institutionen bestimmter Sektoren die Beurteilung der Kompetenz dieser Sektoreliten positiv beeinflusst, und die Ausgangsüberlegungen über den Zusammenhang von Kooperationspotential und Kontaktdichte bestätigt werden kann.

### **Fazit:**

Die Untersuchung hat gezeigt, daß trotz sektoraler Differenzen ein relativ ausgewogenes Maß an Durchsetzungsfähigkeit in allen Bereichen zu finden ist. Keine Sektorelite ist frei von Einschränkungen, auch die Bereiche mit hoher erwarteter Autonomie wie Wirtschaft, Medien, Verbände und Politik sind durch interne oder externe Instanzen in ihrer Durchsetzungsfähigkeit eingeschränkt. Gleichzeitig gibt es in allen Sektoren - auch in denjenigen, deren Autonomie gering eingeschätzt wurde - Funktionsträger mit hoher Durchsetzungsfähigkeit.

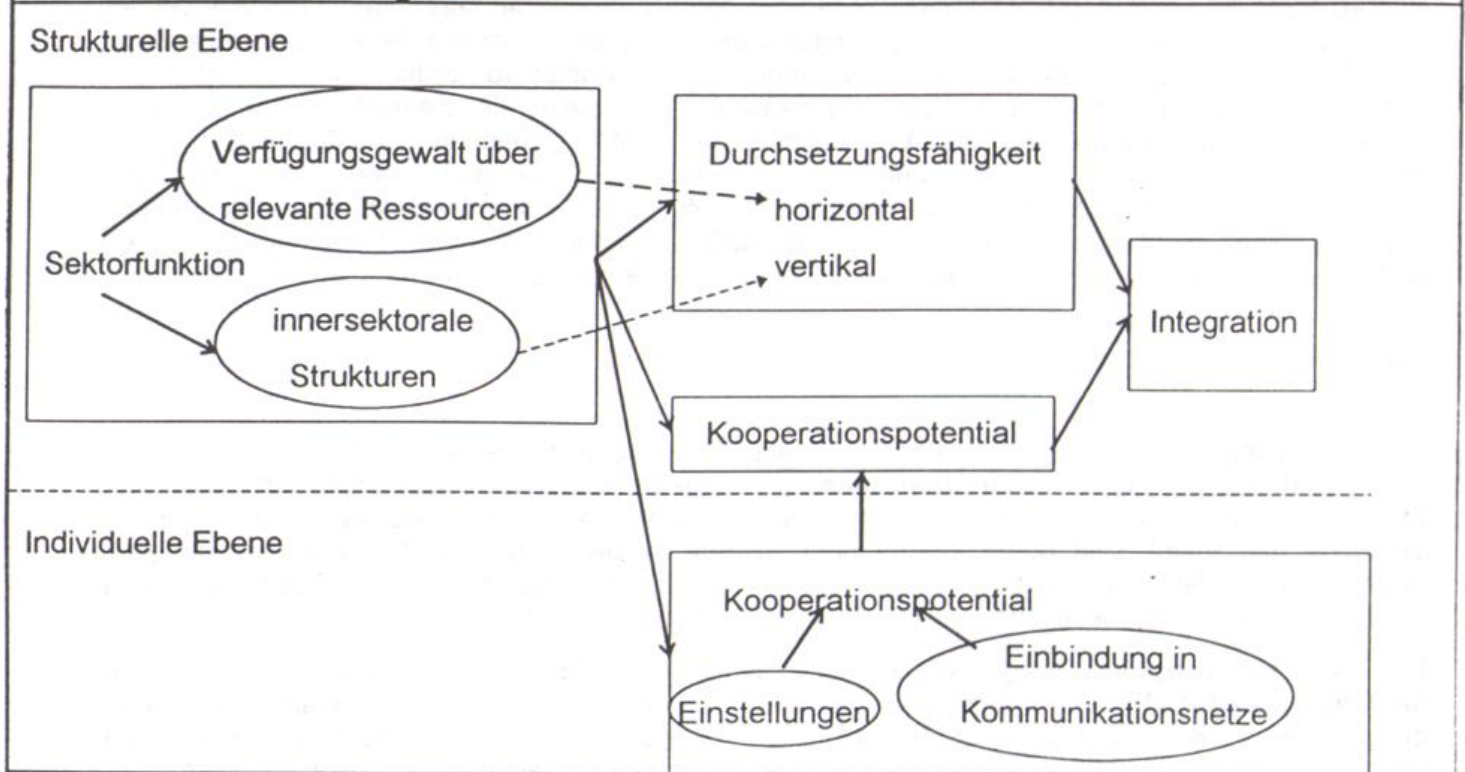
Für die Beurteilung der Frage, ob der zur Integration Grad des Kooperationspotentials in funktionsadäquater Weise vorhanden ist, existiert kein absolutes Maß. Als Maßstab kann man deshalb die Beurteilung derjenigen Akteure zugrunde legen, die aufgrund ihrer Ausgleichs- und Integrationsfunktion am stärksten mit dem Kooperationspotential der anderen Teileliten konfrontiert sind. Dies sind Politiker, Verbandseliten und Gewerkschaftsfunktionäre. Gerade diese Sektoreliten beklagen mangelnde Kooperation kaum, so daß man davon ausgehen kann, daß das vorhandene Potential an Kooperation in funktionsadäquatem Maß vorhanden ist.

Ost-West-Unterschiede sind zwar vorhanden, zeigten sich aber nur in geringem Maße, die Sozialisation in bestimmten politischen Systemen hat nur geringen Einfluß auf die wahrgenommene Durchsetzungsfähigkeit und auf das Kooperationspotential.

Es zeigt sich aber auch, daß das Kooperationspotential davon beeinflusst wird, inwieweit die Befragten in das Kommunikationsnetz eingebunden sind. Die Beurteilung der Kompetenz der verschiedenen Sektoreliten steigt, je stärker die Befragten mit den entsprechenden Institutionen in Kontakt stehen. Daraus kann gefolgert werden, daß zur Verbesserung des Kooperationspotentials und damit der Integration und Steuerungschancen in erster Linie enge Beziehungen zwischen den verschiedenen Sektoreliten notwendig sind, in deren Folge sich das Kooperationspotential aufgrund des größeren Verständnisses und der steigenden Achtung erhöht.

## Tabellenanhang

**Graphik 1: Modell zu Durchsetzungsfähigkeit und Kooperationspotential von Eliten als Bausteine der Integration**



**Graphik 2: Funktion, Ressourcen, erwartete Durchsetzungsfähigkeit und Kooperation der Sektoreliten**

	Funktion	Ressourcen	vertikale Autonomie	horizon. Autonomie	Kooperation
Politik	kollektive Entscheidungsfindung durch Integration	Gesetzgebung, Fiskalhoheit, Legitimation	niedrig	hoch	hoch
Verwaltung	Vorbereitung und Implementation der politischen Entscheidungen	Information, Wissen, administrativer Apparat	hoch	niedrig	mittel
Wirtschaft	Schaffung und Bereitstellung materieller und finanzieller Ressourcen	Geld, Arbeitsplätze	hoch	hoch	niedrig
Wirtschaftsverbände	Arbeitgeberinteressenvermittlung im wirtschaftspolitischen Konflikt und politischen Prozeß	Geld, Arbeitsplätze organisatorische Ressourcen	niedrig	hoch	hoch
Gewerkschaften	Arbeitnehmerinteressenvermittlung im wirtschaftspolitischen Konflikt und politischen Prozeß	Arbeitskraft organisatorische Ressourcen	niedrig	hoch	hoch
Medien	Kontrolle durch Information	Information	hoch	hoch	niedrig
Wissenschaft	Wissensbereitstellung und -vermittlung	Wissen	hoch	niedrig	niedrig
Militär	Sicherung nach Außen	Gewalt	hoch	niedrig	mittel
Kultur	Wertevermittlung	Werte, Charisma	hoch	hoch	niedrig

**Tabelle 1: Einschränkung der Durchsetzungsfähigkeit  
(Zeilenprozent)**

	sehr stark und stark	wenig und gar nicht	n
<b>Politik</b>	<b>57</b>	<b>43</b>	<b>496</b>
SPD	65	35	140
CDU	59	41	99
CSU	63	37	19
FDP	56	44	63
B90/Grüne	54	46	115
PDS	36	64	44
Bundesregierung	73	27	15
Landesregierung	60	40	87
Bundestag	51	49	61
Landtag	60	40	135
Partei Vorstand B.	61	39	18
Partei Vorstand L.	55	45	179
<b>Verwaltung</b>	<b>57</b>	<b>42</b>	<b>464</b>
<b>Wirtschaft</b>	<b>32</b>	<b>68</b>	<b>248</b>
<b>Verbände</b>	<b>41</b>	<b>58</b>	<b>169</b>
<b>Gewerkschaft</b>	<b>57</b>	<b>42</b>	<b>92</b>
<b>Medien</b>	<b>27</b>	<b>73</b>	<b>279</b>
<b>Wissenschaft</b>	<b>56</b>	<b>44</b>	<b>162</b>
<b>Militär</b>	<b>62</b>	<b>37</b>	<b>133</b>
<b>Kultur</b>	<b>30</b>	<b>69</b>	<b>99</b>
West-Herkunft	49	51	2037
Ost-Herkunft	46	54	270
<b>Gesamt</b>	<b>49</b>	<b>51</b>	<b>2307</b>

**Kursive Prozentzahlen beziehen sich auf geringe Fallzahlen**

**Tabelle 2: Einschränkende Instanzen oder Akteure (Mehrfachnennung, Zeilenprozent)**

	Kollegen/ Mitarbeiter	Nachgeord. Ebene in Organisation	Kontroll- gremien in Organisation	Kontroll- gremien Bund/Länder	Tradition/ Linie in Organisation	Medien/ öffentliche Meinung	n
<b>Politik</b>	<b>50</b>	<b>31</b>	<b>28</b>	<b>25</b>	<b>71</b>	<b>44</b>	<b>475</b>
SPD	45	25	30	36	76	44	135
CDU	51	20	21	31	76	47	95
CSU	37	11	5	21	74	58	19
FDP	44	39	31	18	73	58	62
B90	58	37	35	13	70	36	108
PDS	55	57	32	23	37	27	44
BReg.	31	8	8	39	77	69	13
LReg.	41	16	19	57	67	52	84
B-Tag	59	7	31	32	83	42	59
LT-Tage	63	32	22	14	69	48	133
Partei B.	29	29	59	24	53	47	17
Partei L.	43	49	36	15	70	36	169
<b>Verwalt.</b>	<b>43</b>	<b>14</b>	<b>38</b>	<b>54</b>	<b>56</b>	<b>30</b>	<b>438</b>
<b>Wirtschaft</b>	<b>68</b>	<b>21</b>	<b>80</b>	<b>18</b>	<b>21</b>	<b>11</b>	<b>238</b>
<b>Verbände</b>	<b>44</b>	<b>23</b>	<b>77</b>	<b>14</b>	<b>44</b>	<b>22</b>	<b>149</b>
<b>Gewerksch.</b>	<b>56</b>	<b>38</b>	<b>74</b>	<b>4</b>	<b>66</b>	<b>20</b>	<b>90</b>
<b>Medien</b>	<b>71</b>	<b>20</b>	<b>72</b>	<b>5</b>	<b>27</b>	<b>18</b>	<b>260</b>
<b>Wissensch</b>	<b>57</b>	<b>12</b>	<b>66</b>	<b>64</b>	<b>20</b>	<b>8</b>	<b>157</b>
<b>Militär</b>	<b>38</b>	<b>37</b>	<b>67</b>	<b>43</b>	<b>48</b>	<b>10</b>	<b>126</b>
<b>Kultur</b>	<b>64</b>	<b>17</b>	<b>70</b>	<b>6</b>	<b>30</b>	<b>27</b>	<b>86</b>
West	55	21	57	28	45	24	1914
Ost	50	29	46	31	51	31	260
<b>Gesamt</b>	<b>54</b>	<b>23</b>	<b>55</b>	<b>28</b>	<b>46</b>	<b>25</b>	<b>2174</b>

**Kursive Prozentzahlen beziehen sich auf geringe Fallzahlen**

Tabelle 3: Zustimmung bzw. Ablehnung von mangelnder Kooperation  
(Zeilenprozent)

stimme	voll zu	teilweise zu	gar nicht zu	n
<b>Politik</b>	9	57	33	<b>496</b>
SPD	8	57	33	139
CDU	10	75	15	100
CSU	21	53	26	19
FDP	8	57	35	63
B90/Grüne	10	51	38	115
PDS	2	36	61	44
B-Regierung	7	87	7	15
L-Regierung	6	54	39	86
Bundestag	15	69	16	61
Landtag	10	61	28	136
Parteivorst. B.	-	78	22	18
Parteivorst. L.	9	47	44	179
<b>Verwaltung</b>	15	64	21	<b>471</b>
<b>Wirtschaft</b>	12	64	24	<b>249</b>
<b>Verbände</b>	9	63	28	<b>172</b>
Gewerkschaft	10	60	29	96
Medien	14	56	30	280
Wissenschaft	19	56	25	163
Militär	13	64	24	35
Kultur	10	59	30	100
West-Herkunft	13	61	26	2049
Ost-Herkunft.	9	52	39	270
<b>Gesamt</b>	12	60	27	<b>2319</b>

Kursive Prozentzahlen beziehen sich auf geringe Fallzahlen

Graphik 3: Kompetenzbewertung der Führungsgruppen

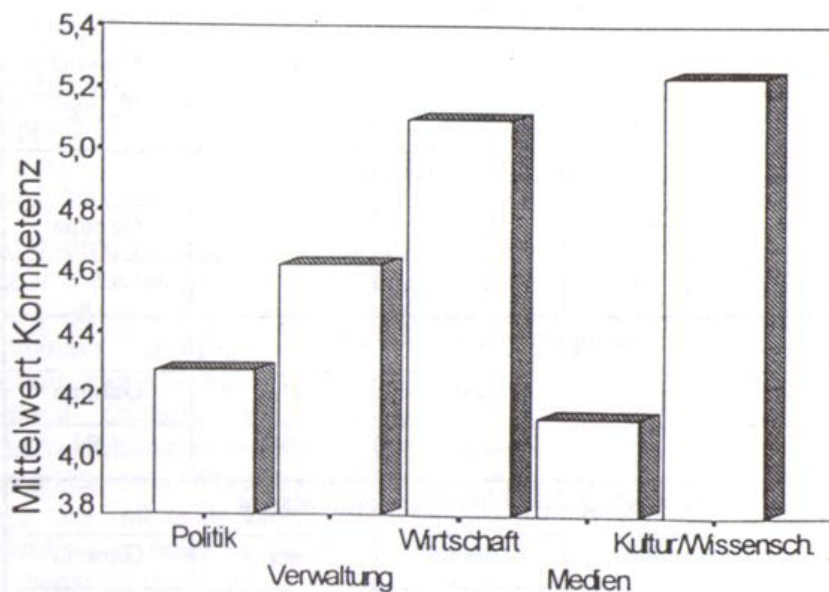


Tabelle 4: Kompetenzbewertung verschiedener Führungsgruppen (Zeilenprozent)

	Politik			Verwaltung			Wirtschaft			n
	gering	mittel	hoch	gering	mittel	hoch	gering	mittel	hoch	
<b>Politik</b>	<b>22</b>	<b>32</b>	<b>47</b>	<b>20</b>	<b>25</b>	<b>55</b>	<b>13</b>	<b>27</b>	<b>60</b>	<b>499</b>
SPD	11	38	51	16	25	59	13	36	51	141
CDU	6	22	72	7	25	68	5	18	77	100
CSU	5	21	74	-	21	79	5	21	74	19
FDP	15	21	64	14	19	68	7	11	82	63
B90/Grüne	39	40	21	37	27	36	21	30	49	116
PDS	59	32	9	39	30	32	25	25	50	44
B-Regierung	-	7	93	-	33	67	7	20	73	15
L-Regierung	14	39	47	15	28	56	10	29	61	87
Bundestag	10	23	67	10	30	61	15	31	54	61
Landtag	17	34	50	15	21	63	13	29	58	137
Parteivorst.B.	29	18	53	17	33	50	17	17	67	18
Parteivorst.L.	34	33	33	32	24	44	14	24	62	180
<b>Verwaltung</b>	<b>17</b>	<b>29</b>	<b>54</b>	<b>5</b>	<b>18</b>	<b>78</b>	<b>6</b>	<b>19</b>	<b>75</b>	<b>474</b>
<b>Wirtschaft</b>	<b>37</b>	<b>30</b>	<b>33</b>	<b>25</b>	<b>28</b>	<b>47</b>	<b>5</b>	<b>11</b>	<b>85</b>	<b>249</b>
<b>Verbände</b>	<b>22</b>	<b>29</b>	<b>49</b>	<b>17</b>	<b>23</b>	<b>61</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>90</b>	<b>173</b>
<b>Gewerksch.</b>	<b>29</b>	<b>30</b>	<b>41</b>	<b>25</b>	<b>35</b>	<b>40</b>	<b>19</b>	<b>26</b>	<b>56</b>	<b>97</b>
<b>Medien</b>	<b>37</b>	<b>35</b>	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>31</b>	<b>40</b>	<b>10</b>	<b>18</b>	<b>72</b>	<b>281</b>
<b>Wissensch.</b>	<b>31</b>	<b>32</b>	<b>37</b>	<b>20</b>	<b>24</b>	<b>56</b>	<b>2</b>	<b>18</b>	<b>80</b>	<b>164</b>
<b>Militär</b>	<b>34</b>	<b>31</b>	<b>35</b>	<b>13</b>	<b>22</b>	<b>64</b>	<b>4</b>	<b>8</b>	<b>89</b>	<b>35</b>
<b>Kultur</b>	<b>47</b>	<b>26</b>	<b>28</b>	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>41</b>	<b>7</b>	<b>20</b>	<b>73</b>	<b>101</b>
W-Herkunft	27	31	43	16	24	59	7	18	75	2069
O-Herkunft	29	35	37	26	27	47	11	22	69	272
<b>Gesamt</b>	<b>27</b>	<b>31</b>	<b>42</b>	<b>18</b>	<b>25</b>	<b>58</b>	<b>8</b>	<b>18</b>	<b>74</b>	<b>2341</b>

Kursive Prozentzahlen beziehen sich auf geringe Fallzahlen

Tabelle 5: Mittelwerte der Kontaktnennung zu bestimmten Institutionengruppen und Kompetenzbewertung der entsprechenden Führungsgruppen

Kontakt zu	Kompetenz Politiker				
	gering	mittel	hoch	eta	Gamma
politische Institutionen(n=9) <sup>1</sup>	3,15	3,61	4,01	.20	+ .18
Institutionen der Verwaltung (n=3)	Kompetenz Verwaltung				
	gering	mittel	hoch	eta	Gamma
	0,47	0,64	0,72	.13	+ .15
Institutionen der Wirtschaft (n=10)	Kompetenz Wirtschaftseliten				
	gering	mittel	hoch	eta	Gamma
	2,85	3,12	3,33	.08	+ .04
Alle Institutionen (n=31)	Kompetenz der Führungsgruppen gesamt				
	gering	mittel	hoch	eta	Gamma
	10,95	11,41	12,05	.17	+ .07

<sup>1</sup> n = Anzahl der zusammengefaßten Institutionen

## Ostdeutsche in der Elite. - Die blockierte DDR-Intelligenz ?

*Christian Welzel*

### **Empirische Fragestellung**

Die Besetzung hochrangiger öffentlicher Ämter durch ehemalige DDR-Bürger ist ein nach wie vor heiß umstrittenes Thema, dessen öffentliche Diskussion noch immer von Stereotypen dominiert wird. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise die verbreitete Ansicht zu erwähnen, wichtige öffentliche Ämter gerieten wieder in die Hände tradierter DDR-Eliten, wodurch die Bürgerbewegung um die Früchte ihrer Revolution betrogen werde. Abseits dieser normativ aufgeladenen Kritik bleibt es indes eine empirische Frage, ob überhaupt und wenn ja auf welche Gruppen der DDR-Gesellschaft sich das Rekrutierungsreservoir der ostdeutschen Elite mit dem Regimewechsel verlagert hat. Verfügen in der DDR-Gesellschaft privilegierte Gruppen immer noch über komparative Aufstiegsvorteile oder haben sie diese an früher benachteiligte Gruppen verloren?

### **Theoretische Relevanz**

Von theoretischer Relevanz ist dieses empirische Problem im Rahmen der übergeordneten Frage nach den Auswirkungen demokratischer Regimewechsel auf die Verteilung der Aufstiegschancen in einer ehemals sozialistischen Gesellschaft. Noch allgemeiner gefaßt geht es um die Effekte institutioneller Umbrüche (Systemebene) auf die soziale Zusammensetzung der Elite. Damit ist eine klassische revolutions- und elitentheoretische Problematik thematisiert (vgl. Pareto 1901; Lasswell/Lerner/Rothwell 1952; Zapf 1965; Putnam 1977). Trotz der Besonderheit der Systemvereinigung stellt sich diese Problematik zumindest für die Ostdeutschen in der heutigen bundesrepublikanischen Elite mit den gleichen transformationstheoretischen Implikationen wie für andere postsozialistische Gesellschaften. Dabei impliziert die Frage nach Kontinuität oder Wandel des Rekrutierungsreservoirs von Eliten im Kontext eines Regimewechsels zwei Antwortmöglichkeiten, die sich als konkurrierende Hypothesen gegenüberstellen lassen.

### **Hypothesen**

#### **Die Reproduktionsthese**

Nach der Reproduktionsthese kommt es im Zuge eines Regimewechsels zu keiner wesentlichen Verlagerung des Rekrutierungsreservoirs der Eliten, weil sich die Verteilung der komparativen Aufstiegschancen in einer Gesellschaft mit dem Regimewechsel reproduziert. Das heißt konkret: Gruppierungsmerkmale, die bereits vor dem Regimewechsel aufstiegsbegünstigend waren, bleiben dies auch nach danach. Solchermaßen ist ein personeller Austausch der Elite zwar nicht auszuschließen, wohl aber eine Veränderung ihrer sozialen Zusammensetzung.

Die Reproduktionsthese kann aus der konvergenztheoretischen Annahme begründet werden, daß moderne Gesellschaften unabhängig davon, ob sie kapitalistisch oder sozialistisch organisiert sind prinzipiell gleichen Entwicklungen unterliegen. Zu diesen Entwicklungen gehöre eine Zunahme komplexer analytischer und organisatorischer Aufgaben, was einen Bedeutungsgewinn wissenschaftlich fundierter managerieller und konzeptueller Kompetenzen im Erwerbsgefüge bedinge. Dadurch avanciere die wachsende Schicht der wissenschaftlichen Intelligenz zum Hauptrekrutierungspool der gesellschaftlichen Eliten (vgl. Lasswell/Lerner 1965; Fleron 1969; Konrad/Szelenyi 1978; Andorka 1993). Da dies grundsätzlich auch für sozialistische Gesellschaften gelte, sei mit dem Wechsel zu einem demokratischen Regime keine Veränderung der elitären Rekrutierungsbasis verbunden. Gesellschaftliche Gruppen, die schon vor dem Regimewechsel über aufstiegsrelevante Ressourcen verfügten, hätten auch nach dem Regimewechsel komparative

Platzierungsvorteile gegenüber ressourcenschwachen Gruppen (vgl. Bourdieu 1991; Hankiss 1991; Staniszkis 1991; Mateju/Rehakova 1993; Wasilewski 1994; Higley/Kullberg/Pakulski 1996).

## **Die Transformationsthese**

Die Transformationsthese geht davon aus, daß mit einem Regimewechsel eine Umverteilung der komparativen Plazierungschancen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erfolge. Für die Eliten bedeute dies eine veränderte soziale Zusammensetzung zugunsten bislang benachteiligter Gruppen.

Im Vergleich zu kapitalistischen Gesellschaften rekurriert die Transformationsthese nicht auf Gemeinsamkeiten, sondern Besonderheiten der Elitenrekrutierung in sozialistischen Gesellschaften. Besonderheiten werden darin gesehen, daß zum Aufstieg in die sozialistische Kaderelite das funktionale Kriterium der Fachqualifikation nur insoweit zum Tragen käme, wie das ideologische Kriterium der Linientreue erfüllt würde. Aufgrund dieser Verzerrung des Leistungsprinzips sei die wissenschaftliche Intelligenz als Trägerschicht gehobener Fachqualifikationen nicht bevorzugt, sondern benachteiligt worden (vgl. Ludz 1968; Endruweit 1987; Voigt 1987; Adler 1991b; Sterbling 1993). Vor diesem Hintergrund sei im Zuge eines demokratischen Regimewechsels eine Umstellung der Rekrutierungsmechanismen auf meritokratische Kriterien und infolgedessen auch eine Verlagerung der elitären Rekrutierungsbasis auf die bislang blockierte Intelligenz zu erwarten (vgl. Konrad/Szelenyi 1991; Baylis 1994; Diewald/Sorensen 1994).

## **Operationalisierung**

In der sozialen Realität wird man kaum auf Situationen stoßen, in denen eine der beiden Thesen jeweils exklusive Geltung beanspruchen kann. Gibt es nämlich keine vollständige Reproduktion, so impliziert dies zwangsläufig, daß eine partielle Transformation stattgefunden hat. Konzeptuell betrachtet besteht also ein umgekehrt proportionales Verhältnis zwischen Reproduktion und Transformation: Je mehr reproduktive Tendenzen einen Elitenwechsel kennzeichnen, desto weniger transformatorische Tendenzen sind festzustellen und vice versa. Dieser negative Zusammenhang auf der konzeptuellen Ebene bedarf geeigneter Prüfkriterien, damit er auf der operationalen Ebene der Datenanalyse nicht verdeckt wird. Welche Prüfkriterien eignen sich hierzu?

Da der Austausch der obersten Führungsschicht zu den 'normalen' Begleiterscheinungen eines Regimewechsels gehört, wäre das Prüfkriterium zu eng gefaßt, wenn es in der Frage nach der personellen Kontinuität zwischen alter und neuer Elite bestünde. Statt auf die Elite selbst sollte das Kriterium daher auf deren soziale Rekrutierungsbasis bezogen werden. Das Prüfkriterium wäre andererseits zu weit gefaßt, wenn man dabei nur die wissenschaftliche Intelligenz im Auge hätte. Auf diese Weise würde man nämlich die Thesenprüfung 'blind' machen für eventuelle Verlagerungen innerhalb der Intelligenz. Folglich müssen die Prüfkriterien eine Spezifizierung qualifikatorischer, positioneller und politischer Teilgruppen der Intelligenz ermöglichen. Als Prüfkriterien verwende ich deshalb Qualifikations-, Positions- und politische Integrationsmerkmale. Die Untersuchung ist dergestalt aufgebaut, daß die Zusammensetzung der ostdeutschen Elite anhand dieser Merkmale beschrieben und dabei mit der entsprechenden Zusammensetzung der DDR-Elite verglichen wird. Je nach dem Grad der Abweichung zwischen beiden Elitenkompositionen entscheidet sich, inwieweit von Reproduktion oder von Transformation zu sprechen ist.

## **Dominante Rekrutierungsmerkmale der DDR-Elite**

Es gibt keine empirische Untersuchung, die eine zur heutigen ostdeutschen Elite positionell exakt äquivalente DDR-Elite zum Gegenstand hat. Allerdings liegen einige Studien vor, deren Untersuchungsbasis einer Äquivalenz zumindest nahe kommt. Dazu gehört am ehesten Meyers (1992) biographische Analyse der 520 wichtigsten Positionsinhaber der DDR, was in etwa dem Top-Sample der Potsdamer Elitenstudie entspricht. Ein wesentlich breiteres Positionsspektrum decken die in der DDR-Lebensverlaufsstudie 1991/92 (Huinink/Mayer/Trappe 1995) unter der Rubrik 'Leitungskader' gruppierten Befragten ab, denn hier handelt es sich um einen repräsentativen

Ausschnitt aller früheren Nomenklaturkader. Darüber hinaus gibt es noch eine Studie von Schneider (1994), der die Mitglieder des ZK der SED untersucht hat.

Die Zusammenschau dieser Studien ergibt ein einheitliches Bild von den dominanten Rekrutierungsmerkmalen der DDR-Elite. Zunächst ist festzustellen, daß das Qualifikationsniveau gering war: Nach den Daten der DDR-Lebensverlaufsstudie haben nur 12 Prozent aller Leitungskader einen Hochschulabschluß als höchste Erstqualifikation angegeben. Nach Meyers Auswertungen hatten in der DDR-Elite 1981-89 nur 17 bis 18 Prozent einen Hochschulabschluß als Erstqualifikation aufzuweisen (Meyer 1992: 140). Unter den vorhandenen akademischen Qualifikationen, die zum größten Teil auf dem 'zweiten Bildungsweg' erworben wurden, bildeten die Absolventen eines Parteistudiums an der SED-Hochschule in allen Positionskategorien der DDR-Elite die größte Gruppe (Schneider 1994: 84; 175), mit Anteilen zwischen 17 Prozent (ZK-Mitglieder) und 50 Prozent (Erste Sekretäre der SED-Bezirksleitungen). Es folgten die Absolventen wirtschafts-, gesellschafts- und staatswissenschaftlicher (inklusive juristischer) Abschlüsse, die meist nicht an einer regulären Hochschule, sondern einer besonderen Akademie erworben wurden.

Sektoral betrachtet führte der Weg in die DDR-Elite über eine hauptamtliche Karriere in den Parteiapparaten, den Apparaten der Massenorganisationen, im Wirtschaftsapparat oder in den bewaffneten Organen (vgl. Meyer 1992: 161). Diese Karrieren waren stark standardisiert und sehr langfristig angelegt, sodaß man sich nur langsam und mühevoll Stufe um Stufe nach oben arbeiten konnte. Diese Stufen führten über lokale Leitungsfunktionen zu Kreisleitungsfunktionen und schließlich zu Leitungsfunktionen auf Bezirks- und nationaler Ebene. Aufsteiger in die Elite haben sich über viele Jahre in typischen subelitären Vorpositionen bewähren müssen.

## Hypothesentest

### **Qualifikatorische Rekrutierung: Verlagerung zur ideologieneutral qualifizierten Intelligenz**

*Nach Regimewechsel*

Nach der Reproduktionsthese wäre hinsichtlich der Qualifikation der ostdeutschen Elite zu erwarten, daß erstens der Akademikeranteil nicht wesentlich über 20 Prozent liegt, zweitens daß die vorhandenen Akademiker überwiegend ideologienahe Abschlüsse vorweisen und diese drittens an einer der besonders dogmatischen Parteihochschulen oder Akademien erworben haben.

Schon die erste Erwartung muß zurückgewiesen werden, denn knapp 80 Prozent (215 von 268 Befragten) haben einen Hochschulabschluß erworben. Da hiervon nur 5 an einer Parteihochschule oder besonderen Akademie studierten, ist auch die dritte Erwartung zurückzuweisen. Abbildung 1 zeigt darüber hinaus, daß die Absolventen natur- und technik-wissenschaftlicher Studiengänge mit 44,8 Prozent der studierten Ostelite die stärkste Gruppe stellen. Staats- und wirtschaftswissenschaftliche Qualifikationen sind in der Ostelite dagegen kaum vertreten, ganz im Unterschied zur Westelite. Verglichen mit der DDR-Elite hat somit eine Verlagerung der elitären Rekrutierungsbasis von ideologie- oder systemnahen auf systemneutrale Qualifikationsgruppen der Intelligenz stattgefunden. Diese Beobachtung unterstützt die Transformationsthese.

### **Sektorale Rekrutierung: Verlagerung zur Humandienstleistungs-Intelligenz**

Nach der Reproduktionsthese müßte der größte Teil der ostdeutschen Elite eine hauptamtliche Karriere in den Apparaten der Parteien und Massenorganisationen sowie der allgemeinen staatlichen Verwaltung oder der bewaffneten Organe, somit also im politischen und den zentralen staatlichen Herrschaftssektoren, durchlaufen haben.

Die Verteilung der Ostelite über die Herkunftssektoren 1988 (linke Balken in Abbildung 2) widerlegt diese These. Die relative Mehrheit der Ostelite stammt aus dem Humandienstleistungsbereich, gefolgt vom Wirtschaftsapparat und den Medien. Hierbei handelt es sich um die nach sachfremden

Kriterien bevormundeten, politisch untergeordneten Fachsektoren, in denen man sich noch am ehesten aufgrund fachlicher Qualifikation und nicht vorrangig aufgrund ideologischer Linientreue etablieren konnte. Es handelte sich somit um die typischen Positionssektoren der ideologieneutral qualifizierten Intelligenz. Dabei bilden die Humandienstleistungssektoren den bevorzugten berufsstrukturellen Einzugsbereich 'neuer sozialer Bewegungen'. Dies spricht dafür, daß die in den HDL-Sektoren etablierte Intelligenz den sozialstrukturellen Kern der Demokratiebewegung und damit im sozialistischen Kontext eine 'institutionalisierte Gegenelite' (Ludz 1968) bildete. Ein zusätzliches Kriterium institutioneller Strukturierung dieses alternativen Elitenreservoirs war seine relativ eindeutige Platzierung in der Positionshierarchie der DDR-Gesellschaft, wie der nächste Unterabschnitt zeigt.

### ***Hierarchische Rekrutierung: Verlagerung zur professionellen und subelitären Intelligenz***

In modernen Gesellschaften mit standardisierten Karrierestrukturen sind die Aufstiegschancen in die Elite entlang der Positionshierarchie in Organisationen und Einrichtungen von oben nach unten abgestuft. Träfe die Reproduktionsthese zu, dürfte sich daran mit einem Regimewechsel nichts wesentliches ändern. Das heißt, die Zusammensetzung der Ostelite müßte in ihrer Stärke hinsichtlich der in der DDR erreichten Positionshöhe die Reihenfolge 'Elite - obere Subelite - untere Subelite - Professionen - Subprofessionen - nicht Erwerbstätige' aufweisen.

Aus Abbildung 3 ist zu erkennen, daß auch diese Vorstellung nicht mit den Daten in Einklang steht. Am stärksten sind nämlich DDR-Professionen knapp gefolgt von der unteren Subelite der DDR in der heutigen Ostelite repräsentiert. Beide zusammen bilden fast zwei Drittel der Ostelite, wobei sowohl nach oben als auch nach unten ein quantitativer Sprung zu erkennen ist. Der Sprung nach oben (zur oberen Subelite und Elite) verleiht der Tatsache Ausdruck, daß ehemalige Spitzenvertreter von DDR-Einrichtungen, selbst wenn dies nur auf Kreis- oder Ortsebene der Fall war, mit dem Regimewechsel weitgehend diskreditiert wurden. Der Sprung nach unten (zu den Subprofessionen) verdeutlicht, daß Qualifikation und Professionalisierung auch nach einem Regimewechsel ihre Bedeutung als Aufstiegsfilter bewahren beziehungsweise sogar steigern. Insgesamt ist jedenfalls eine Verlagerung zur professionellen und unteren subelitären Intelligenz zu verzeichnen. Insofern ist die hierarchische Rekrutierung sehr viel mehr durch transformatorische als durch reproduktive Tendenzen gekennzeichnet.

### ***Politische Rekrutierung: Verlagerung zur parteipolitisch marginalisierten Intelligenz***

Bezogen auf die politische Rekrutierung müßte sich die Ostelite der Reproduktionsthese zufolge zum weit überwiegenden Teil aus ehemaligen SED-Mitgliedern, gefolgt von Blockparteimitgliedern zusammensetzen. Ehemals Oppositionelle oder Ungebundene, die weder in der Opposition noch Parteimitglied waren, sollten dagegen in der deutlichen Minderheit sein.

Die Daten in Tabelle 1 können diese Erwartungen nicht bestätigen, denn mit zusammen 55 Prozent bilden Oppositionelle und Ungebundene die Mehrheit in der Ostelite. Damit hat sich die elitäre Rekrutierungsbasis auf politische Gruppen verlagert, die zu DDR-Zeiten keine Chance hatten, in die Elite aufzusteigen. Indes ist es keine vollständige Verlagerung, da SED-Mitglieder und Blockparteimitglieder mit zusammen 45 Prozent immer noch stark und im Verhältnis zu ihren ehemaligen Bevölkerungsanteilen sogar überdurchschnittlich vertreten sind. Insofern treffen wir hier eine Hybridkonfiguration aus Reproduktion und Transformation mit allerdings dominant transformatorischen Elementen an.

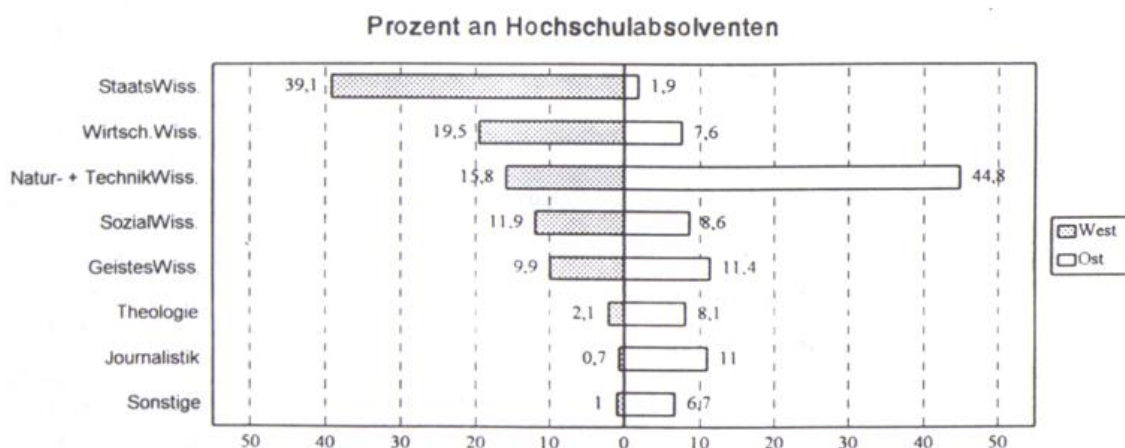
Deutlicher treten die transformatorischen Elemente bei Betrachtung der Höhe von Parteifunktionen in Abbildung 4 hervor. Die Verteilung der Ostelite über die einzelnen Hierarchiestufen stellt sich geradewegs umgekehrt zu den Erwartungen der Reproduktionsthese dar. Besonders auffällig ist dabei der quantitative Sprung zwischen NichtMitgliedern und Parteimitgliedern ohne Amt einerseits zu den amtstragenden Parteimitgliedern andererseits. Letztere haben ihre komparativen Karrierevorteile mit dem Regimewechsel offenkundig eingebüßt.

## Fazit

Trotz ihrer relativ zu den Westdeutschen noch geringeren Aufstiegschancen muß doch mit Blick auf jene Ostdeutschen, die durch das enge Rekrutierungssieb der Elite geschlüpft sind, eine sehr deutliche Verlagerung der in der DDR-Gesellschaft zugeteilten komparativen Aufstiegschancen konstatiert werden. Das gilt gleichermaßen in bezug auf qualifikatorische, sektorale, hierarchische und politische Rekrutierungskriterien. In all diesen Aspekten weist die Chancenverlagerung in die gleiche Richtung, nämlich zugunsten der Gruppen, die in einer meritokratisch funktionierenden Gesellschaft das Elitenreservoir bilden. Aufgrund der rigiden institutionellen Barrieren in der DDR-Gesellschaft war dieses Reservoir in positionell sehr trennscharf umrissenen Gesellschaftsbereichen eingekapselt. Die bereits von Ludz (1968) identifizierte 'institutionalisierte Gegenelite' war solchermaßen weitgehend mit dem typischen berufs- und bildungsstrukturellen Einzugsfeld 'neuer sozialer Bewegungen' identisch. Wie in den anderen Beiträgen gesehen wird das auch in einer Reihe typisch postmaterialistischer Einstellungen der ostdeutschen Elite deutlich. Mit der NSB-Typik und dem Postmaterialismus sind universale sozialstrukturelle und -kulturelle Voraussetzungen gesellschaftlicher Demokratisierungsprozesse angesprochen, die sich mit gewissen Besonderheiten auch im sozialistischen Systemkontext entwickelt haben. Die institutionelle Abkapselung der wachsenden HDL-Intelligenz von den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen hatte zur Konsequenz, daß die gesellschaftliche Machtallokation immer losgelöster von der Kompetenzallokation erfolgte. In der Disjunktion von Macht- und Kompetenzallokation scheint einer der zentralen Systemfehler gelegen zu haben. Bei einer solchen 'Dichotomie von Geist und Macht' (Geiger) gerät die Intelligenz in die Rolle einer Gegenelite. Der Nutzenertrag einer Demokratisierung besteht aus dieser Perspektive darin, die 'Dichotomie von Geist und Macht' partizipativ zu überwinden.

## Tabellenanhang

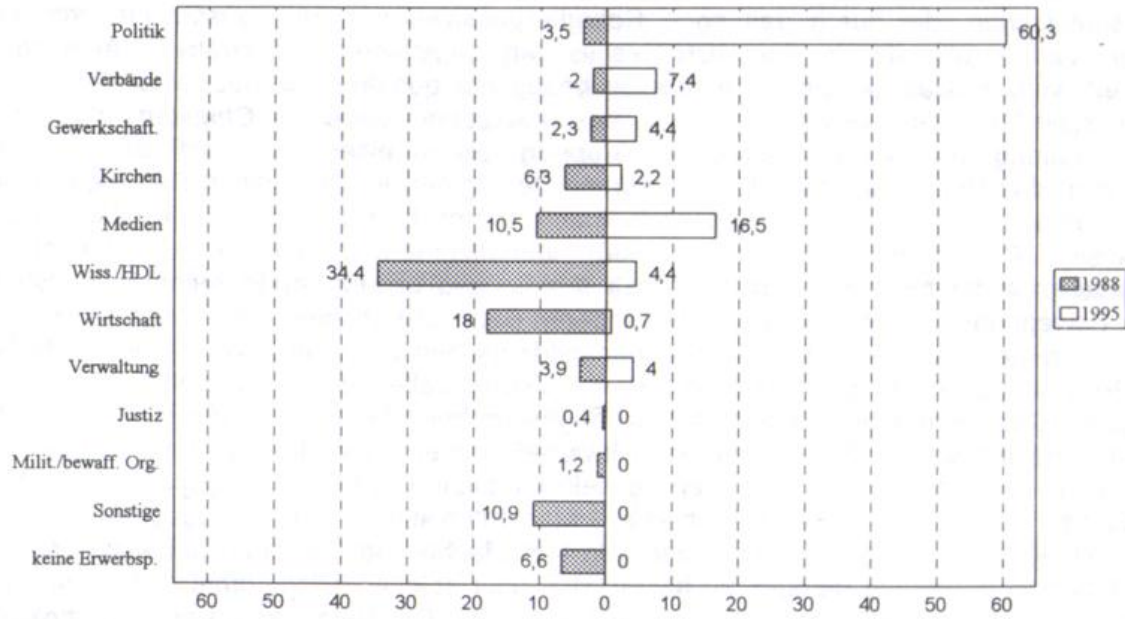
Abb. 1: Fachrichtung der akademischen Qualifikationen in West- und Ostelite 1995:



Basis (n)-West: 1528, -Ost: 210; Cramer's V: .44 (gewichtet: .59); Datenbasis: Potsdamer Elitenstudie 1995.

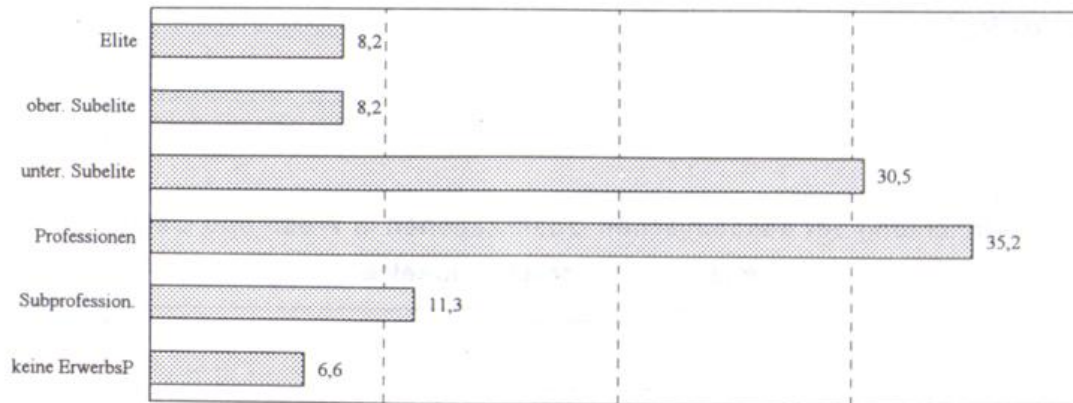
Abb. 2: Sektorale Verteilung der Ostelite

1988 und 1995 im Vergleich (Prozent)



Basis (n) 1988: 256; Basis (n) 1995: 272; Datenbasis: Potsdamer Elitenstudie 1995

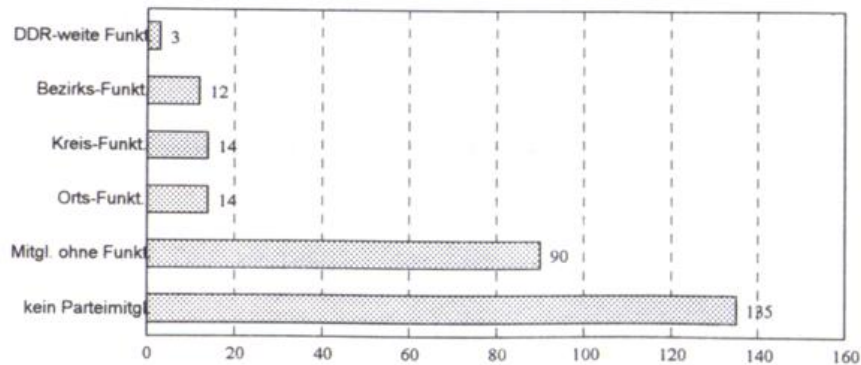
Abb. 3: Positionshöhe der Ostelite in der DDR 1988 (Prozent)



Basis (n): 256; Datenbasis: Potsdamer Elitenstudie 1995.

Abb. 4: Integration in Parteipolitik:

Heutige Ostelite vor der Wende (Fallzahlen)



Basis (n): 268; Datenbasis: Potsdamer Elitenstudie 1995.

# Sozialstrukturelle Zusammensetzung von Elite und Bevölkerung - Verteilung von Aufstiegschancen in die Elite im Zeitvergleich.

*Kai-Uwe Schnapp*

## **Einleitung**

Die Erkundung der sozialen Zusammensetzung der Eliten kann als eines der Grundprobleme der Elitenforschung betrachtet werden. Ich werde in meinem Beitrag die soziale Rekrutierungsbasis der Eliten beschreiben, Gleichheit oder Ungleichheit der Chancenverteilung in der Bevölkerung zum Aufstieg in die Elite werden ans Licht geholt. Dies ist von Interesse, weil zwar soziale Ungleichheit auf der Basis unterschiedlicher individueller Leistung gesellschaftlich akzeptiert ist, soziale Ungleichheit auf der Basis von Statuszuschreibungen jedoch nicht. Zugespielt könnte gesagt werden, daß die Legitimität von Elitenherrschaft in modernen funktional differenzierten Gesellschaftssystemen auch davon abhängt, wie offen der Zugang zu Elitepositionen tatsächlich und nicht nur formal ist.

Neben diesen Fragen ist die Beschreibung sozialstruktureller Merkmale der Eliten auch deshalb von Interesse, weil diese Merkmale als Prädiktoren in weiterführenden Modellen dienen, die Werthaltungen oder politischen Einstellungen erklären sollen, die wiederum als Erklärungsvariablen für Handeln, in diesem Falle also Elitenhandeln dienen. Neben diesen dezidiert wissenschaftlichen Interessen besteht natürlich auch ein allgemeines Interesse an der Frage, wer denn nun nach Herkunft und Bildung, Parteizugehörigkeit und religiösem Bekenntnis diejenigen Damen und Herren seien, die die Geschicke der Gesellschaft in Händen halten.

In werde auf drei Fragestellungen eingehen: a) Wie unterscheidet sich die Elite (und die Sektoreliten) in ihrer sozialen Herkunft von der Bevölkerung? b) Wie unterscheiden sich die einzelnen Sektoreliten in der Struktur ihrer sozialen Herkunft voneinander? c) In welchem kausalen Zusammenhang stehen soziale Herkunft, Bildung und Elitestatus?

## **Klassifikation der Herkunftsgruppen**

Im ersten Teil werde ich die Verteilung der Aufstiegschancen in die Eliten der Bundesrepublik Deutschland in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft untersuchen. Soziale Herkunft, gemessen an der beruflichen Stellung des Vaters, wird dabei nach einer verkürzten Variante des Klassenschemas von Goldthorpe klassifiziert. Diese verkürzte Klassifikation enthält lediglich die Kategorien obere und untere Dienstklasse sowie als Zusammenfassung aller anderen Kategorien die „Nichtdienstklasse“.

Die Dienstklasse insbesondere aber die obere Dienstklasse wird in der Literatur, verwiesen sei hier lediglich auf Goldthorpe, als diejenige Klassen bezeichnet, aus der bevorzugt Personen in Elitenpositionen rekrutiert werden. Es kann deshalb theoretisch und empirisch begründet davon ausgegangen werden, daß eine auf der Basis des Dienstklassenkonzeptes entwickelte Klassifikation rekrutierungsrelevante soziale Unterschiede hervorheben kann.

Durch die Beschränkung der Klassifikation auf zwei Dienstklassenkategorien und eine „Rest“kategorie wird ein äußerst sparsames Schema gewählt, daß eine übersichtliche nachvollziehbare Darstellung der Ergebnisse ermöglicht.

Schließlich können mit Hilfe des Bourdieuschen Kapitalsortenmodells die Chancenunterschiede, die zwischen den Klassen des Modells auftreten, theoretisch erklärt werden, denn die analysierten Klassen besitzen aufgrund beruflicher Stellung und Ausbildung je spezifische chancenrelevante Ausstattungen an sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital (vgl. Bourdieu 1983 und Herz 1990).

Um die Qualität der Kategorisierung zu prüfen, wurde einmal für die Verteilung der Herkunftsgruppen in Bevölkerung und Elite anhand des ausführlichen Berufsgruppenschemas des Fragebogens und zum anderen anhand des reduzierten Klassenschemas nach Goldthorpe (Dienstklassenschema) ein Differenzindex gebildet. Der Differenzindex der ausführlichen Klassifikation konnte mit der wesentlich reduzierten Klassifikation fast vollständig reproduziert werden. Damit kann von einer hohen Validität des reduzierten Dienstklassenschemas ausgegangen werden (Unterschiede zwischen den beiden Differenzindizes gehen vor allem auf das Konto der Personen mit Herkunft aus der Landwirtschaft, die im Dienstklassenschema alle der Nichtdienstklasse zugeordnet werden).

## Methodische Überlegungen

Soll die Zugangsoffenheit von Elitenpositionen geprüft werden, ist es notwendig, einen Weg des Vergleichs zwischen Elite und Bevölkerung zu finden, der der Tatsache Rechnung trägt, daß zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Zugangschancen zur Elite vorhanden waren. Mit den Ergebnissen von Bevölkerungsumfragen, in denen die soziale Herkunft der Befragten erhoben wurde, erhält man einen „sich mitbewegenden“ Vergleichsmaßstab, da für alle Altersgruppen der Elite Vergleichsaltersgruppen in der Bevölkerung vorhanden sind.

Ein Vergleich mit der Gesamtbevölkerung zur Ermittlung der Rekrutierungschancen scheint jedoch nicht die angemessene Betrachtungsweise zu sein, weil große Teile der Bevölkerung noch zu jung sind, um überhaupt in der Elite vertreten sein zu können oder weil der Anteil über 65-jähriger Personen an der Bevölkerung wesentlich größer ist als ihr Anteil an der Elite. Um Ergebnisverzerrungen zu vermeiden, wurde deshalb eine alters"berichtigte" Subgruppe der Bevölkerung mit der Elite verglichen. Diese Subgruppe (i.f. Vergleichsbevölkerung) schließt alle Befragten aus, die jünger als 24 Jahre alt sind (Alter der jüngsten Elitenmitglieder). Zusätzlich wird eine Altersgruppengewichtung der Bevölkerungsdaten durchgeführt, um die Altersstruktur der Eliten zu reproduzieren.

In die Vergleichsgruppe werden außerdem nur Befragte aufgenommen, die am Erwerbsleben teilnehmen, teilgenommen haben oder die eine entsprechende Absicht deutlich werden ließen. Das heißt, daß Arbeitslose grundsätzlich und Renter/innen und Erziehungsurlauber/innen bei Erfüllung der weiteren Bedingungen in die Vergleichsbevölkerung aufgenommen werden.

In Tabelle 1 wird die Sozialstruktur der Bevölkerung mit und ohne Auswahl und Gewichtung dargestellt. Es wird deutlich, daß von der nichtgewichteten Gesamtbevölkerung zur altersgewichteten Vergleichsbevölkerung der Anteil der Personen, die den beiden Dienstklassen entstammen kleiner wird. Die Unterschiede sind wiederum so klein, daß mit beiden Vergleichsmaßstäben qualitativ gleichwertige Aussagen erzielt werden. Die Einbeziehung der ostdeutschen Bevölkerung in den Vergleich für 1995 verändert die Anteile der einzelnen Herkunftsgruppen kaum.

Tabelle 1: Vergleich der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung (1981 und 1995) zwischen Gesamtbevölkerung und gewichteter Vergleichsbevölkerung

Soziale Stellung des Vaters	Gesamtbevölkerung		Vergleichsbevölkerung (altersgewichtet)		
	1981	1995	1981	1995	1995 (nur West)
	Spalten %	Spalten %	Spalten %	Spalten %	Spalten %
nicht Dienstklasse	72,9	74,3	78,1	75,8	76
untere Dienstklasse	21,4	19,8	17,8	18	18,1
obere Dienstklasse	5,6	5,8	4,1	6,2	6
N	1951	3267	1480	2238	1360

## **Soziale Herkunft von Elite und Bevölkerung.**

Betrachtet man zunächst die Verteilung der Herkunftsklassen der Führungspersonen miteinander (Zeilen „Gesamtelite“ in Tabelle 2) so stellt man fest, daß sowohl 1981 als auch 1995 alle Herkunftsklassen annähernd gleich stark mit je einem Drittel in der Elite vertreten sind. Im Zeitverlauf ist ein leichter Trend zur Verkleinerung der Gruppe mit Herkunft aus der oberen Dienstklasse und zur Vergrößerung der Gruppe mit Herkunft aus den Nichtdienstklassen zu verzeichnen. Dieser bewegt sich jedoch am Rande der Interpretierbarkeit. Vergleicht man die Herkunftsstruktur in Bevölkerung und Elite dann stellt man fest, daß die Personen, deren Vater der Dienstklasse (obere und untere) angehörte, deutlich überproportional in der Elite vertreten sind, während im Gegensatz dazu Personen deren Vater keiner Dienstklasse angehörte stark unterrepräsentiert sind. Diese soziale Disproportionalität zwischen Elite und Bevölkerung findet ihren Ausdruck in einem Differenzindex von 46. Der Differenzindex ist zwischen 0 und 100 gebunden, das heißt, daß eine erhebliche Ungleichheit zwischen Elite und Bevölkerung bezüglich der sozialen Herkunft festgestellt werden muß. Die Disproportionalität hat sich in den 14 Jahren, die zwischen beiden Studien vergingen, nur leicht verändert. Der Differenzindex für den Befragungszeitpunkt 1995 beträgt 40 für den gesamtdeutschen Vergleich und 39, wenn nur westdeutsche Bevölkerung und westdeutsche Elitepositionen miteinander verglichen werden. Die Dienstklassen, insbesondere die obere Dienstklasse, bilden nach wie vor das prädestinierte Rekrutierungsreservoir für gesellschaftliche Führungspositionen.

Vergleicht man zunächst die Zusammensetzung der einzelnen Elitesektoren im Jahre 1981 mit der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung 1981 fällt ins Auge, daß die Gewerkschaftsspitzen fast ideal die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln. Der Differenzindex zwischen Bevölkerung und Gewerkschaftselite ist mit 2,4 sehr klein. Als „nächstplazierter“ in der nach absteigender Bevölkerungsähnlichkeit geordneten Tabelle 2 folgen die Führungsspitzen der SPD (Differenzindex 26) und, mit geringem Abstand, der CDU/CSU (Differenzindex 30). Die stärksten Abweichungen von der Bevölkerungszusammensetzung finden wir beim Militär (Differenzindex 68) und den Verwaltungseliten (Differenzindex 53), die ihren Rekrutierungsschwerpunkt in der unteren Dienstklasse haben, sowie den Spitzenpolitikern der FDP (Differenzindex 58), die vorrangig aus der oberen Dienstklasse herkommen. Wirtschafts- und Wirtschaftsverbandseliten (Differenzindex 51 und 52) haben ihren Rekrutierungsschwerpunkt ebenfalls in der oberen Dienstklasse.

Auch 1995 unterscheiden sich die Gewerkschaftsspitzen in ihrer Sozialstruktur am wenigsten von der Bevölkerung. Dennoch haben sie sich inzwischen von der fast vollständigen sozialen Proportionalität, die sie 1981 hatten, entfernt (Differenzindex 1981: 2,4; 1995: 10; 1995, nur West: 5), untere und auch obere Dienstklasse haben als Herkunftsschichten für Gewerkschaftseliten an Bedeutung gewonnen.

Bemerkenswert ist, wie stark die landläufig als „Arbeitnehmerpartei“ wahrgenommene SPD inzwischen von der Sozialstruktur der Bevölkerung abweicht. Der Anteil an Führungskräften dieser Partei, die nicht der Dienstklasse entstammen ist auf 34 % zurückgegangen. Der Ungleichheitsindex

nahm von 26 (1981) auf 36 (1995) bzw. 39 (1995, nur Westdeutsche) zu. Damit unterscheidet sich das Führungspersonal der SPD 1995 stärker von der Herkunftsstruktur der Bevölkerung, als die beiden Unionsparteien. Die Stellung der am wenigsten sozial disproportionalen Partei nimmt 1995 bei gesamtdeutscher Betrachtung Bündnis 90/ Die Grünen ein. Ihre Führungsschicht setzt sich nach sozialer Herkunft im wesentlichen so zusammen, wie sich die Führungsschicht der SPD 1981 zusammensetzte.

Tabelle 2: Vergleich der Herkunftsmäßigen Zusammensetzung von Sektoreliten und Bevölkerung sowie Sektorelite und Gesamtelite 1981 und 1995 (Differenz-Indizes)

	nicht Dienst- klasse	untere Dienst- klasse	obere Dienst- klasse	Sektorelite- Bevölkerung	Sektorelite- Gesamtelite
	Zeilenprozent			Differenzindex	
<b>1981 (aufsteigend nach zunehmender Differenz zur Bevölkerung)</b>					
Bevölkerung	78,1%	17,8%	4,1%	-	-
Gesamtelite	32,5%	32,3%	35,2%	45,6	-
Gewerkschaften	78,2%	15,4%	6,4%	2,4	45,7
SPD-Politiker	51,8%	25,5%	22,7%	26,3	19,3
CDU/CSU-Politiker	47,7%	32,4%	19,8%	30,4	15,4
Sonstige	31,4%	35,5%	33,1%	46,7	3,2
Wissenschaft	30,4%	30,4%	39,1%	47,7	4,0
Massenmedien	29,1%	39,4%	31,5%	49,0	7,1
Wirtschaft/Finanzwirtft.	27,3%	28,0%	44,7%	50,8	9,5
Kultur	26,3%	31,6%	42,1%	51,8	6,9
Wirtschaftsverbände	26,2%	22,0%	51,8%	51,9	16,6
Verwaltung	24,8%	41,5%	33,7%	53,3	9,2
FDP-Politiker	20,8%	16,7%	62,5%	58,4	27,3
Militär	9,8%	63,4%	26,8%	68,3	31,1
<b>1995 (Gesamtdeutsche Bevölkerung und gesamtdeutsche Positionseliten)</b> (aufsteigend nach zunehmender Differenz zur Bevölkerung)					
Bevölkerung	75,8%	18,0%	6,2%	-	-
Gesamtelite	35,4%	31,8%	32,8%	40,4	-
Gewerkschaften	66,3%	25,0%	8,8%	9,6	30,9
B90/Gruene-Politiker	44,3%	34,0%	21,7%	31,5	11,1
CDU/CSU-Politiker	42,9%	28,6%	28,6%	33,0	7,5
parteilose Politiker	50,0%	8,3%	41,7%	35,5	23,5
SPD-Politiker	39,4%	27,6%	33,1%	36,5	4,3
Wirtschaftsverbände	38,9%	23,6%	37,5%	36,9	8,2
PDS-Politiker	35,9%	53,8%	10,3%	39,9	22,5
Wissenschaft	34,3%	32,8%	32,8%	41,5	1,1
Wirtschaft/Finanzwirtft.	34,3%	24,8%	41,0%	41,6	8,2
Kultur	32,5%	22,5%	45,0%	43,3	12,2
Massenmedien	31,4%	37,1%	31,4%	44,4	5,4
Militär	31,1%	32,8%	36,1%	44,7	4,3
FDP-Politiker	29,8%	27,7%	42,6%	46,1	9,8
Verwaltung	29,7%	35,6%	34,7%	46,1	5,7
Sonstige	29,7%	39,2%	31,1%	46,1	7,4
<b>1995 (nur westdeutsche Bevölkerung und westdeutsche Positionseliten)</b> (aufsteigend nach zunehmender Differenz zur Bevölkerung)					
Bevölkerung	73,3%	20,5%	6,2%	-	-
Gesamtelite	34,5%	30,5%	34,9%	38,8	-
Gewerkschaften	68,6%	21,4%	10,0%	4,7	34,0
CDU/CSU-Politiker	40,0%	29,2%	30,8%	33,3	5,5
B90/Gruene-Politiker	39,0%	36,4%	24,7%	34,4	10,3
Wirtschaftsverbände	36,4%	25,0%	38,6%	36,9	5,6
Wirtschaft/Finanzwirtft.	34,8%	24,9%	40,3%	38,5	5,7
Wissenschaft	34,5%	31,0%	34,5%	38,8	0,5
SPD-Politiker	34,1%	30,5%	35,4%	39,2	0,5
Verwaltung	30,9%	34,6%	34,6%	42,5	4,0
Massenmedien	30,7%	34,7%	34,7%	42,7	4,1
Sonstige	30,6%	36,4%	32,9%	42,7	5,9
Kultur	34,8%	15,9%	49,3%	43,1	14,7
parteilose Politiker	50,0%	0,0%	50,0%	43,8	30,6
Militär	28,2%	34,0%	37,9%	45,2	6,4
PDS-Politiker	25,0%	62,5%	12,5%	48,3	32,0
FDP-Politiker	23,1%	28,2%	48,7%	50,2	13,8

Im Westen der Republik stehen Bündnis 90/Die Grünen und Union fast gleichauf. Die FDP-Spitze rekrutierte sich 1995 zu deutlich geringeren Anteilen aus Personen aus der oberen Dienstklasse,

während der Anteil an Personen aus der unteren Dienstklasse erkennbar stieg. Die FDP bewegte sich, obgleich immer noch eine der sozial am meisten disproportionalen Elitegruppen, ein großes Stück in Richtung geringerer sozialer Disproportionalität (Differenzindex 1981: 58; 1995: 46).

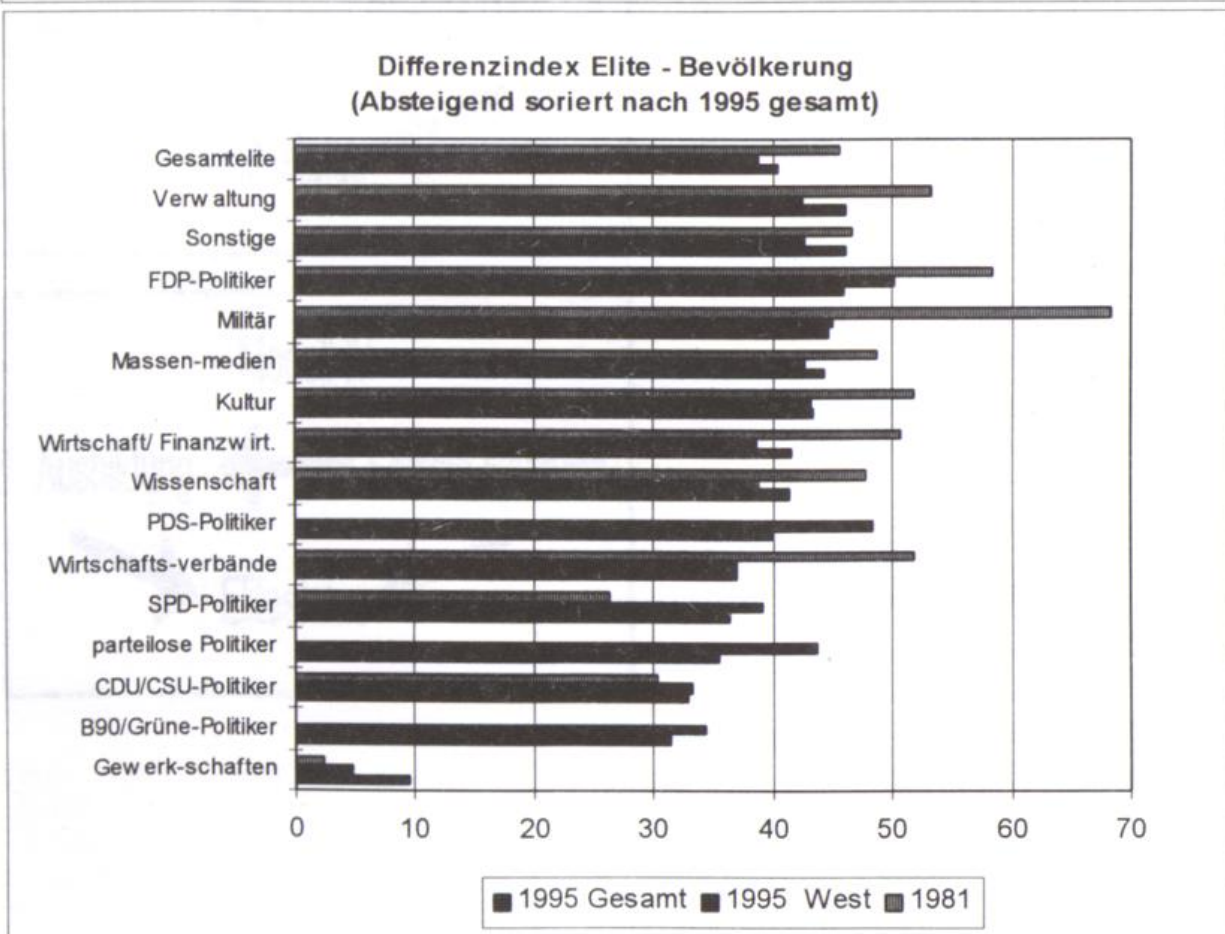
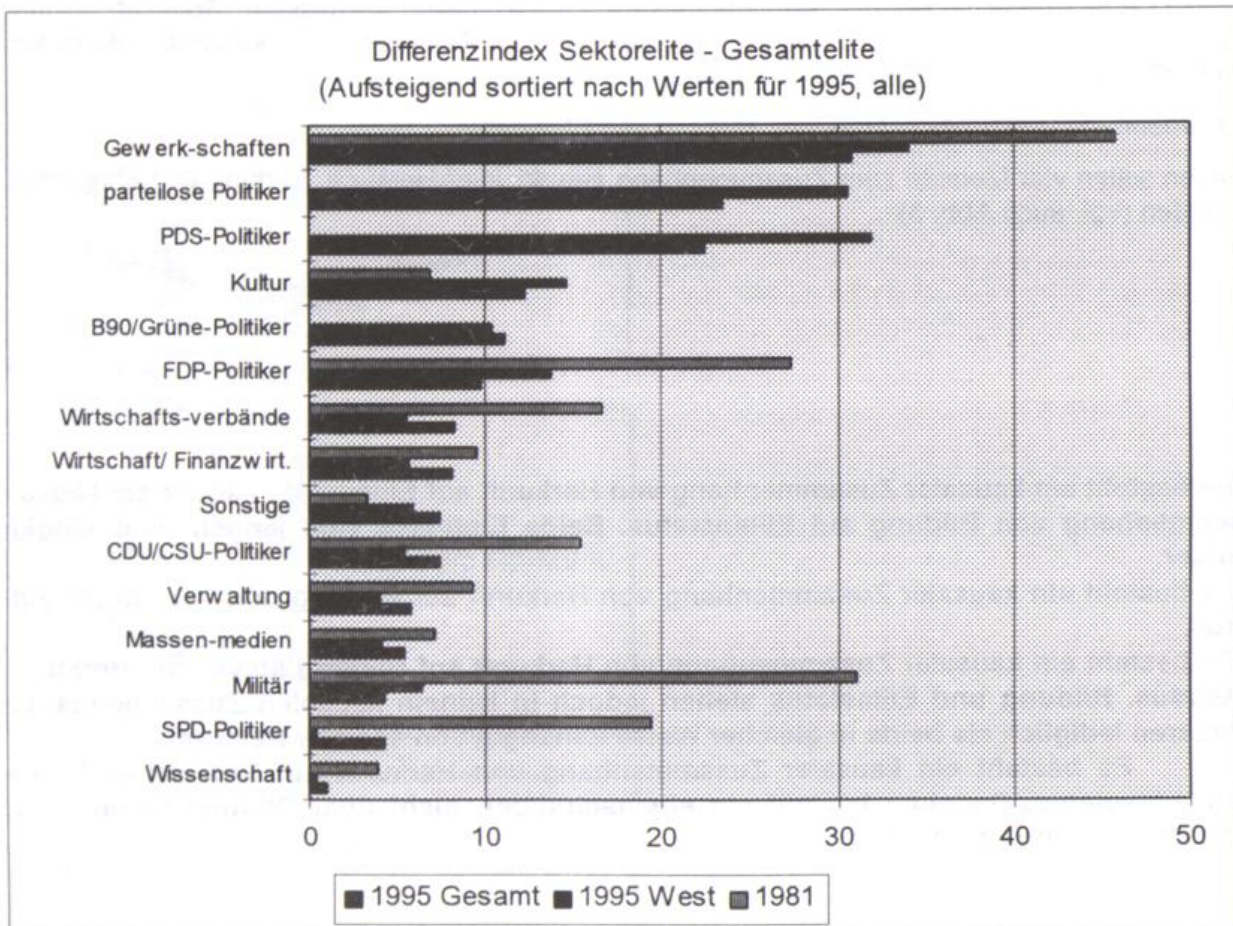
Veränderungen in der Zusammensetzung nach sozialer Herkunft hat es auch bei den Verwaltungsspitzen gegeben (Differenzindex 1981: 53; 1995: 46; nur West: 42). Auch in den Wirtschafts- und Wirtschaftsverbandseliten hat der Anteil von Personen mit Nichtdienstklasseherkunft zugenommen. Hier ging der Zuwachs zulasten des Anteils von Personen aus der oberen Dienstklasse. Der Ungleichheitsindex für Wirtschafts- und Verbandseliten sank von 51 und 52 (1981) auf 42 und 37 (1995). Schließlich hat sich die soziale Disproportionalität der Militäreliten aufgrund der Abnahme der stark überproportionalen Vertretung der unteren Dienstklasse als Herkunftsklasse deutlich verringert (1981: 68; 1995: 54).

An dieser Stelle soll noch ein Blick auf die Unterschiede geworfen werden, die sich für den Untersuchungszeitpunkt 1995 ergeben, wenn westdeutsche Bevölkerung und Elitenpositionen und gesamtdeutsche Bevölkerung und Elitenpositionen miteinander verglichen werden. Tabelle 2 zeigt, daß bei Einschluß der ostdeutschen Eliten der Anteil von Personen in der Elite, die nicht der Dienstklasse entstammen, ansteigt. Besonders deutlich wird das bei der FDP, wo der Anteil an Personen mit Nichtdienstklasseherkunft bei Einschluß der Ostdeutschen Positionseliten um 6,7 Prozentpunkte steigt. Bei Bündnis 90/ Die Grünen steigt der Anteil dieser Personen auf einem hohen Ausgangsniveau um 5,3 Prozentpunkte. In allen anderen Sektoren fallen die Unterschiede geringer aus. So ist auch die geringere soziale Disproportionalität der Unionsparteführungen im Vergleich zur SPD unabhängig von Vereinigungseffekten. Die westdeutsche Union weicht ebenso wie die gesamtdeutsche Union weniger von der Bevölkerung ab als die SPD. Die Gewerkschaften sind, dies sei schließlich noch erwähnt, einer der wenigen Sektoren, in denen die soziale Disproportionalität bei Hinzunahme der ostdeutschen Bevölkerung und Positionseliten zu- anstatt abnimmt (vgl. Abb. 1).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es 1995 eine ausgewogenere Vertretung aller Herkunftsschichten innerhalb der Elitesektoren gab als 1981 (vgl. Abb. 2). Elitesektoren mit stark überproportionaler Rekrutierung aus der Dienstklasse, besonders der oberen Dienstklasse, wie z.B. die Sektoren Wirtschaft und Wirtschaftsverbände, haben sich in deutlich höherem Maße Personen geöffnet, die keiner Dienstklasse entstammen, so daß sich hier Herkunftsunterschiede verringerten. Daß sich die soziale Disproportionalität der Gesamtelite dennoch kaum verändert hat, findet seine Erklärung in der Tatsache, daß der gesunkenen Disproportionalität in vormals stark disproportionalen Sektoren eine gewachsene Disproportionalität in den Sektoren gegenübersteht, die in der Struktur ihrer sozialen Herkunft der Bevölkerung am ähnlichsten waren oder sind (Gewerkschaften, SPD). Die deutsche Vereinigung beeinflußt alle genannten Veränderungen nur graduell, nicht jedoch qualitativ.

Vergleicht man die Unterschiede in der sozialen Herkunft zwischen den Sektoren 1981 und 1995 stellt man fest (siehe Abbildung 2), daß diese deutlich abgenommen haben. Extreme Außenseiterstellungen einer gesamten Sektorelite aufgrund ihrer sozialen Herkunft lassen sich 1995 nicht mehr feststellen. Die Gewerkschaften weichen zwar immer noch deutlich von der durchschnittlichen Herkunftsverteilung in der Elite ab, haben sich diesem Durchschnitt aber im Vergleich zu 1981 erheblich angenähert (Differenzindex für die Abweichung vom Elitendurchschnittsprofil 1981: 46; 1995: 31). Andere vormals stark vom Durchschnitt abweichende Sektoren, wie das Militär, haben sich dem Elitendurchschnitt angenähert. Im Falle des Militärs ist dies auf den deutlichen Rückgang der unteren Dienstklasse als Herkunftsschicht zurückzuführen.

Abbildung 1, Abbildung 2



Die Homogenisierung der herkunftsstrukturellen Zusammensetzung der einzelnen Sektoreliten müßte nach Zapfs (1965) Vorstellungen die Bedingungen für Elitenkohäsion verbessern. Ähnliche soziale Herkunft ist zwar nur eine der strukturellen Voraussetzungen für Elitenkohäsion, kann aber durchaus positiven Einfluß auf die Verständigungsfähigkeit der Eliten haben.

Der Zusammenhang von Sozialer Herkunft, Bildung und Elitestatus.

Im folgenden sollen vier Modelle zum Zusammenhang von sozialer Herkunft, Bildung und Elitestatus geprüft werden (vgl. auch Abb. 3):

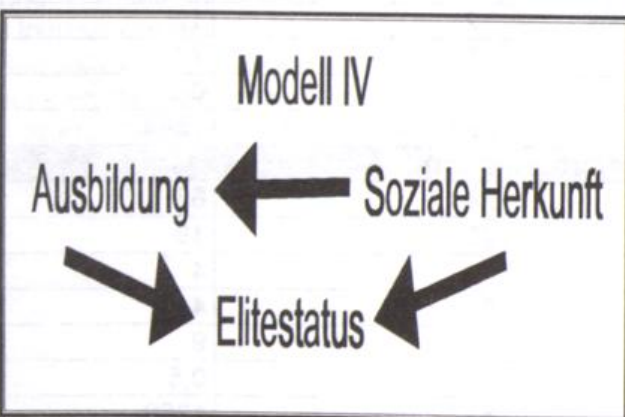
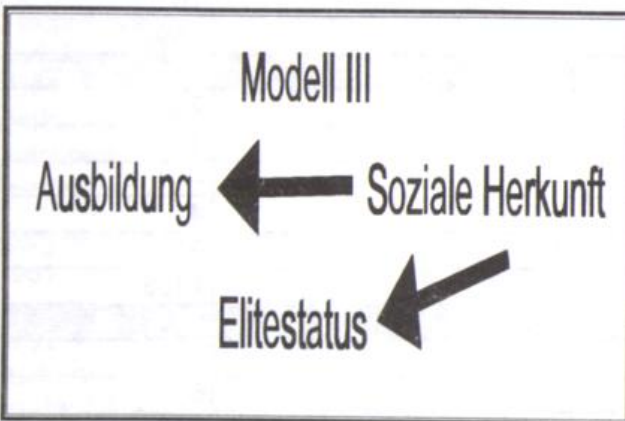
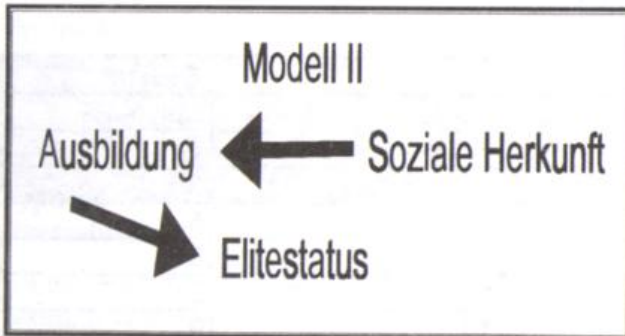
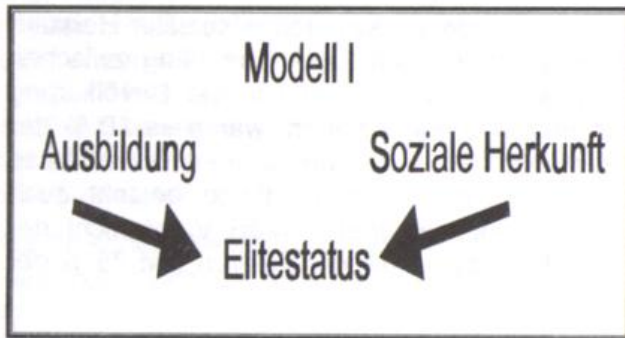
I) **Es besteht ein kausaler Zusammenhang von Herkunft auf Elitenstatus sowie ein kausaler Zusammenhang von Bildung auf Elitenstatus. Beide Einflüsse sind jedoch unabhängig voneinander.**

II) **Es besteht ein kausaler Zusammenhang von Herkunft auf Bildung und von dieser auf Elitestatus.**

III) **Es besteht ein kausaler Zusammenhang von Herkunft auf Bildung sowie von Herkunft auf Elitestatus. Bildung und Elitestatus stehen jedoch in keinem kausalen Zusammenhang. Sie kovariieren lediglich als beide in gleicher Weise abhängig von sozialer Herkunft.**

IV) **Es besteht ein kausaler Zusammenhang von Herkunft auf Bildung und von dieser auf Elitestatus. Daneben besteht ein eigenständiger, nicht über Bildung vermittelter Effekt von Herkunft auf Elitestatus.**

Abbildung 3: Kausalmodell zum Zusammenhang von sozialer Herkunft, bildung und Elitenstatus  
(nach Hoffmann-Lange 1992: 129)



## Zusammenhang von Herkunft und Bildung

**Hypothese 1:** Es besteht kein Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildung.

Bei einem Vergleich der Anteile von Personen aus den verschiedenen Kategorien sozialer Herkunft innerhalb einer Befragung wird schnell deutlich, daß es einen starken Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungsabschluß gibt (vgl. Tabelle 3). Während z.B. Personen in der Bevölkerung deren Vater nicht der Dienstklasse angehörte 1981 nur zu 2 % studiert hatten, waren es 10 % der Personen, deren Vater der unteren und 24 % der Personen der Vater der oberen Dienstklasse angehörte. Ein etwas schwächerer aber dennoch sehr deutlicher Zusammenhang besteht auch innerhalb der Elitenpopulation. 1995 haben 68 % der Führungspersonen, deren Vater nicht der Dienstklasse angehörte studiert, während dies für 79 % der Befragten die der unteren und 85 % der Befragten die der oberen Dienstklasse entstammen zutrifft.

Tabelle 3: Bildungsverteilung innerhalb der Herkunftsklassen

	Soziale Stellung des Vaters			Gesamt Spalten%
	nicht Dienstklasse Spalten%	untere Dienstklasse Spalten%	obere Dienstklasse Spalten%	
<b>Elite 1981</b>				
Volks-/Hauptschule	12	2	1	5
mittl. Reife	14	7	3	8
FH-Reife	4	0	1	2
HS-Reife	9	8	10	9
Studium abg.	59	83	85	76
N	517	515	561	1593
<b>Bevölkerung 1981 (Vergleichsbevölkerung, altersgewichtet)</b>				
Volks-/Hauptschule	84	36	22	73
mittl. Reife	12	43	47	19
FH-Reife	-	-	-	-
HS-Reife	2	11	8	4
Studium abg.	2	10	24	5
N	1144	263	61	1468
<b>Elite 1995 (nur West)</b>				
Volks-/Hauptschule	6	1	-	3
mittl. Reife	11	5	3	6
FH-Reife	3	3	1	2
HS-Reife	11	12	12	12
Studium abg.	68	79	85	77
anderer Abschluß	0,5	0,2	-	0,3
N	546	485	553	1584
<b>Bevölkerung 1995 (nur West, Vergleichsbevölkerung, altersgewichtet)</b>				
Volks-/Hauptschule	74	30	24	63
mittl. Reife	16	33	22	19
FH-Reife	4	6	7	4
HS-Reife	3	6	8	4
Studium abg.	3	23	39	9
anderer Abschluß	0,5	0,7	-	0,5
N	1033	246	81	1360

Hypothese 1, nach der kein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung besteht, muß nach diesen Ergebnissen abgelehnt werden. Damit muß auch das Modell I als nichtzutreffend qualifiziert werden. Es wird aus Tabelle 3 aber deutlich, daß innerhalb der Elite die Vorhersagekraft von sozialer Herkunft auf Bildungsstatus abnimmt. Dies liegt daran, daß ein abgeschlossenes Studium, wie noch zu zeigen sein wird, eine erstrangige Zugangsvoraussetzung zum Elitenstatus ist.

Zusammenhang von Bildung und Elitestatus bei Kontrolle für soziale Herkunft

**Hypothese 2:** Es besteht kein Zusammenhang zwischen Bildung und Elitestatus, wenn für den Effekt von sozialer Herkunft kontrolliert wird.

Der Effekt von Bildung auf Elitestatus kontrolliert für Herkunft erschließt sich bei einem Vergleich der Bildungsverteilung von Bevölkerung und Eliten eines Jahrganges innerhalb einer Herkunftskategorie (vgl. Tabelle 3). Liegt kein Bildungseffekt vor, dann müssen die Verteilungen der Bildungsabschlüsse in Elite und Bevölkerung innerhalb einer Herkunftsgruppe zu einem Untersuchungszeitpunkt gleich sein. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich wird, gibt es jedoch erhebliche Unterschiede. So haben z.B. 59 % der 1981 Befragten Führungspersonen die keiner Dienstklasse entstammen studiert, während es in der Bevölkerungsumfrage von 1981 nur 2 % sind. Für 1995 sind es 68 und 3 % respektive. Auch für die anderen Klassen sind Tabelle 3 entsprechende Verhältnisse zu entnehmen. Damit wird deutlich, daß Bildung einen sehr starken Effekt auf die Chance eine Eliteposition erwerben zu können hat.

Für Personen, die nicht der Dienstklasse entstammen ist der Einfluß der Bildung auf ihre Chance eine Führungsposition zu besetzen deutlich stärker, als für Personen mit Dienstklassenherkunft. Erstere können durch den Erwerb einer höheren Bildung ihre Chance zum Aufstieg in die Eliten deutlich erhöhen (vgl. auch Tabelle 5).

Die dargestellten Ergebnisse zeigen, daß die Hypothese 2 ebenfalls abgelehnt werden muß. Das bedeutet, daß Modell III, das als einziges keinen Zusammenhang zwischen Bildung und Elitestatus annimmt, keinen Bestand haben kann.

#### Zusammenhang von sozialer Herkunft, Bildung und Elitestatus

**Hypothese 3:** Es besteht kein eigenständiger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Elitestatus, wenn für den Effekt von Bildung kontrolliert wird.

Bei der Prüfung der bisherigen Hypothesen konnte festgestellt werden, daß sowohl zwischen sozialer Herkunft und Bildung, als auch zwischen Bildung und Elitestatus Abhängigkeiten bestehen. Kausal wurden diese als Beeinflussung der Bildungschancen durch die soziale Herkunft und der Chance eine Eliteposition zu besetzen durch den Bildungsstatus interpretiert. Jetzt bleibt die Frage zu prüfen, ob soziale Herkunft auch einen eigenständigen Effekt auf Elitestatus ausübt (Modell IV) oder nicht (Modell II). Es muß festgestellt werden, ob innerhalb einer Bildungsgruppe die Verteilung der Herkunftsklassen in der Bevölkerung der Verteilung in den Eliten entspricht oder nicht. Im Fall der Entsprechung der Verteilungen kann nicht von einem eigenständigen Herkunftseffekt ausgegangen werden.

Vergleicht man in Tabelle 4 die Zeile „Studium abgeschlossen“ zwischen Elite 1981 und Bevölkerung 1981 wird deutlich, das in der Bevölkerung verhältnismäßig mehr Personen, die nicht der Dienstklasse entstammen ein Studium abgeschlossen haben als in der Vergleichsgruppe der Elite (36 % zu 25 %; Unterrepräsentation: 30 % vom Bevölkerungsanteil). Genauso verhält es sich mit den studierten Personen aus der unteren Dienstklasse. Ihr Anteil an der Bevölkerung entspricht 41 % und an der Elite 35 Prozent (Unterrepräsentation 14 %). Lediglich Personen aus der oberen Dienstklasse sind bei den studierten Personen in der Elite mit 39 Prozent gegen 23 % überrepräsentiert (Überrepräsentation: 74 %). Für den Zeitpunkt 1995 sind die Ergebnisse nicht so eindeutig. Die obere Dienstklasse ist mit 42 % ihres Bevölkerungsanteils an den studierten Eliten immer noch stark überrepräsentiert, und Personen aus der unteren Dienstklasse sind wie 1981 unterrepräsentiert (Unterrepräsentation 35 %). Personen aber, die nicht der Dienstklasse entstammen, sind, im Unterschied zu 1981, mit 21 % ihres Bevölkerungsanteils überrepräsentiert.

Tabelle 4 Verteilung der Bildungsabschlüsse auf die Herkunftsklassen

höchster Bildungsabschluß Befragte/r	Beruf Vater: Dienstklasse					
	nicht Dienstklasse		untere Dienstklasse		obere Dienstklasse	
	N	Zeilen-%	N	Zeilen-%	N	Zeilen-%
<b>Elite 1981</b>						
Volks-/Hauptschule	68	83	10	12	4	5
mittl.Reife	74	59	34	27	19	15
FH-Reife	22	76	1	3	6	21
HS-Reife	48	32	44	29	58	39
Studium abgeschl.	305	25	426	35	474	39
N-Gesamt	517	33	515	32	561	35
<b>Bevölkerung 1981 (Vergleichsbevölkerung, allersgewichtet)</b>						
Volks-/Hauptschule	960	90	95	9	13	1
mittl.Reife	132	48	113	41	29	10
HS-Reife	28	46	28	46	5	8
Studium abgeschl.	24	36	27	41	15	23
N-Gesamt	1144	78	263	18	61	4
<b>Elite 1995 (nur West)</b>						
Volks-/Hauptschule	33	85	6	15		
mittl.Reife	59	62	23	24	14	15
FH-Reife	18	49	15	41	4	11
HS-Reife	62	33	59	31	67	36
Studium abgeschl.	371	30	381	31	468	38
and.Abschl.	3	75	1	25		
N-Gesamt	546	35	485	31	553	35
<b>1995 Vergleichsbevölkerung (nur West, allersgewichtet)</b>						
kein Abschluß	8	74	3	26		
Volks-/Hauptschule	761	89	74	9	19	2
mittl.Reife	162	62	82	31	18	7
FH-Reife	37	65	14	25	6	10
HS-Reife	29	57	16	31	7	13
Studium abgeschl.	29	25	55	48	31	27
and. Abschluß	5	77	2	23		
N-Gesamt	1033	76	246	18	81	6

Zieht man neben dem abgeschlossenen Studium jedoch zwei weitere Ausprägungen der Bildungsvariable, „erworbene Hochschulreife“ und „erworbene Fachhochschulreife“ mit in die Betrachtung ein, stellt man fest, daß wiederum Personen mit einer Herkunft aus der Nichtdienstklasse mit 36 % sowie Personen aus der unteren Dienstklasse mit 12 % in den entsprechend gebildeten Elite unterrepräsentiert sind, während die Personen die der oberen Dienstklasse entstammen mit 74 % überrepräsentiert sind. Mit dieser erweiterten Betrachtung wird also das Muster von 1981 reproduziert.

Nach diesen Ergebnissen muß Hypothese 3, daß soziale Herkunft keinen eigenständigen Rekrutierungseffekt habe, abgelehnt werden. Für den Untersuchungszeitpunkt 1995 wäre bei Beschränkung auf die Kategorie „Studium abgeschlossen“ lediglich festzuhalten, daß kein gerichteter Zusammenhang festgestellt werden kann, wie es 1981 der Fall war.

Damit muß, im Unterschied zu den Ergebnissen Hoffmann-Langes (1992: 129-132) Modell IV und nicht Modell II als das bestangepaßte Modell angenommen werden. Die Chancen, eine Eliteposition erringen zu können, werden zum einen stark über die Wirkungskette von sozialer Herkunft auf die Bildungschancen bestimmt. Daneben übt soziale Herkunft aber, insbesondere bei Personen die der oberen Dienstklasse entstammen, einen eigenständigen Effekt auf die Rekrutierungschancen aus.

Um die Veränderungen der Chancenstruktur in der Zeit darzustellen, wurden in Tabelle 5 fiktive Wahrscheinlichkeiten<sup>4</sup> für den Erwerb einer Elitenposition in Abhängigkeit von verschiedenen Merkmalskombinationen der unabhängigen Variablen der oben vorgestellten Modelle unter Hinzuziehung der Variablen „Geschlecht“ dargestellt.

Tabelle 5: Fiktive Wahrscheinlichkeiten des Erwerbs einer Eliteposition in Abhängigkeit von den Kombinationen der Merkmalsausprägungen in der Variablen Geschlecht, soziale Herkunft, Studium

Merkmale	1981		1995 alle		1995 nur West	
	Bev.	Elite	Bev.	Elite	Bev.	Elite
m,NDkl,k.Stud	0,76	0,24	0,81	0,20	0,81	0,19
m,NDkl,Stud	0,06	0,94	0,08	0,92	0,06	0,95
m,uDkl,k.Stud	0,56	0,45	0,53	0,47	0,55	0,45
m,uDkl,Stud	0,03	0,96	0,13	0,88	0,13	0,88
m,oDkl,k.Stud	0,16	0,84	0,33	0,67	0,33	0,67
m,oDkl,Stud	0,02	0,98	0,07	0,93	0,07	0,93
w,NDkl,k.Stud	0,99	0,01	0,96	0,04	0,97	0,03
w,NDkl,Stud	0,58	0,42	0,31	0,69	0,29	0,71
w,uDkl,k.Stud	0,97	0,03	0,81	0,19	0,84	0,16
w,uDkl,Stud	0,77	0,24	0,23	0,77	0,30	0,70
w,oDkl,k.Stud	0,89	0,11	0,60	0,40	0,56	0,44
w,oDkl,Stud	0,18	0,82	0,14	0,86	0,10	0,90
	3064		4190		2943	

Bedeutung der Abkürzungen in Spalte „Merkmale“:

m: männlich; w: weiblich

Ndkl: nicht Dienstklasse; uDkl: untere Dienstklasse; oDkl: obere Dienstklasse

k.Stud: kein Studienabschluß; Stud: Studienabschluß vorhanden

Es zeigt sich, daß sich die Chancen von Frauen aller Merkmalsgruppen in die Elite zu kommen von 1981 zu 1995 von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau aus deutlich verbessert haben, ohne daß aber annähernd von der Erreichung einer Chancengleichheit gesprochen werden könnte. Die Chancen von Männern haben sich dementsprechend durchweg verschlechtert, denn die Anzahl der Elitenpositionen ist seit 1981 weitgehend gleich geblieben. Besonders Männer ohne Studienabschluß haben es schwerer als 1981, Elitenpositionen zu erwerben. Sowohl für Männer als auch für Frauen wird deutlich, daß soziale Herkunft nach wie vor einen starken Einfluß auf die eigene Chance zur Besetzung einer Elitenposition hat. Dieser Einfluß kann durch den Abschluß eines Studiums vermindert, jedoch nicht aufgehoben werden.

<sup>4</sup> Von der Fiktion ausgehend, daß Elite und Nichtelite je 50 % der Bevölkerung ausmachen, wurde die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der Personen mit bestimmten Merkmalskombinationen den Elitestatus erreichen können. Diese fiktiven Wahrscheinlichkeiten sind deshalb nur in Relation zueinander interpretierbar. Um die tatsächlichen Wahrscheinlichkeiten zu erhalten, müßten die Werte in der Elitespalte von Tabelle 5 mit etwa  $10^{-4}$  multipliziert und die Werte in der Bevölkerungsspalte so angepaßt werden, daß die Summe beider Werte wiederum 1 (entsprechend 100 %) ergäbe.

# Elitenintegration durch Kommunikation. Eine Analyse der Kontaktmuster bundesdeutscher Eliten.

*Martina Sauer / Kai-Uwe Schnapp*

## **Kommunikation als Voraussetzung von Integration**

Anhand von Kontaktmustern der Eliten soll untersucht werden, wie groß die intersektorale Kommunikation zwischen den Eliten ist und der Frage nachgegangen werden, ob eine Abschottung zwischen den Sektorelite existiert.

Die Differenzierung moderner Gesellschaften und die Verselbständigung der funktionalen Teilsysteme führt zur Herausbildung sektorspezifischer Handlungs- und Kommunikationszusammenhänge (Parsons 1976). Wegen der gleichzeitig zunehmenden Interdependenz der Teile müssen die autonomen Teilsysteme durch politische Prozesse reintegriert werden. Das Integrationsproblem wurde auf der strukturellfunktionalen Ebene von der Steuerungstheorie (Scharpf 1991; Mayntz 1987; 1988) und auf der akteurszentrierten Ebene durch die Elitentheorie (Field/Higley 1983; Herzog 1982, 1991) untersucht. Trotz unterschiedlicher Beobachtungsebenen wurde von beiden Ansätzen teilsystemübergreifende Kommunikation bzw. InterElitennetzwerke als eine Voraussetzung der Elitenintegration herausgearbeitet. Kommunikation erhöht das Wissen über und das Verständnis für andere teilsystemische Standpunkte und schafft damit eine Voraussetzungen für Konsensfindung in pluralistischen Gesellschaften.

Die Zusammenführung der divergierenden Teile durch kollektiv bindende Entscheidungen ist die Hauptaufgabe der Steuerung durch das politische System. Seine Akteure müssen deshalb im Zentrum des intersektoralen Kommunikationsnetzes stehen, aus dem kein relevanter Sektor ausgeschlossen sein darf (Herzog 1991). Dies bedeutet zwar einerseits einen Machtverlust des politischen Systems, gleichzeitig bedeutet es aber auch einen Zugewinn für das gesamtgesellschaftliche Steuerungspotential durch die Nutzung der Potentiale anderer Teilsysteme (Wissen, Information, Aufgabenentlastung) (Herzog 1991). Um dieses Potential nutzen zu können, müssen die sektoralen Kommunikationsbarrieren zwischen den Teilbereichen überwunden werden. Dies kann durch ein weitverzweigtes sektorübergreifendes Kommunikationsnetz zwischen den Akteuren aller Teilbereiche ermöglicht werden, da individuelle Akteure „multilinguale Kommunikationskompetenz“ besitzen können, die ihrerseits durch intensive Kommunikation erhöht werden kann (Scharpf 1989).

Die Kommunikationsmuster der Eliten sind in zwei Formen denkbar. Beide Formen bedeuten unterschiedliche Integrationschancen:

a) Zum einen ist es möglich, daß Befragte eines Sektors zu Institutionen anderer Sektoren Kontakt haben, sich im Muster der kontaktierten Institutionen untereinander gleichen und von den Kontaktmustern der anderen Sektoreliten unterscheiden. Eine solche Kontaktstruktur wäre durch die Sektorfunktion determiniert und würde begrenzte Chancen der Elitenintegration beinhalten.

b) Eine andere mögliche Ausformung der Kommunikationsmuster besteht darin, daß sich Gruppen mit ähnlichen Kontaktmustern finden lassen, sich diese Gruppen aber aus unterschiedlichen Sektoreliten zusammensetzen. Eine solche Kontaktstruktur wäre weniger stark funktional determiniert und böte gute Chancen für die Elitenintegration.

2) Um gesamtgesellschaftliche Integration sichern zu können, müssen alle relevanten Teilsysteme möglichst gut in das Elitenkommunikationsnetz eingebunden sein. Bei mangelnder Einbindung oder Exklusion von Teileliten wäre die gesellschaftliche Integration gefährdet.

3) Da das politische System die Integrationsfunktion erfüllen soll, muß das politische System einen Knotenpunkt im Kontaktnetz bilden.

4) Aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen von Führungskräften ost- und westdeutscher Herkunft könnten sich unterschiedliche Kontaktmuster entwickeln. Zeigen sich

keine deutlichen Unterschiede, kann davon ausgegangen werden, daß Integrationsprobleme zwischen Ost- und Westdeutschen, die aufgrund unterschiedlicher Sozialisation, Wertorientierung und Interessenlagen bestehen, durch die Integration über Kontaktmuster ausgeglichen werden können.

### **Operationalisierung:**

Da Kommunikation an sich schwer meßbar ist, sollen über die Analyse von Kontakten der Führungskräfte zu Institutionen der verschiedenen Sektoren Aussagen zur Existenz dauerhafter intersektoraler Kommunikationsnetzwerken gemacht werden. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß Kontakte von Führungskräften nur dann aufrechterhalten werden, wenn sie als effektiv eingeschätzt werden. Unter dieser Annahme sollen die berichtete regelmäßigen Kontakte zu den Institutionen der einzelnen Sektoren als Maß für kommunikative Vernetzung verwendet werden.

Um dem Problem sektordeterminierter oder anders bestimmter individueller Kontaktprofile auf die Spur zu kommen bedienen wir uns der Clusteranalyse. Diese objekt, also befragtenzentrierte Analyseverfahren ermöglicht die Gruppierung (Clustering) der Befragten anhand ähnlicher Merkmalausprägungen. Die Zusammensetzung der Cluster ermöglicht es, sektorale Vermischung oder Abschottung aufzuzeigen. Bei vorhandener Abschottung, die die Folge funktional determinierter Kontaktmuster wäre, müßten die Cluster jeweils von einer Sektorelite dominiert sein, bei Mischung verschiedener Sektoreliten in den Clustern wäre das nicht der Fall.

Eine methodische Schwierigkeit der Clusteranalyse besteht darin, die für die jeweilige Fragestellung angemessene Anzahl der zu berechnenden Cluster zu bestimmen, da die Clusteranalyse kein Näherungsverfahren ist, daß sich „von allein“ einem optimal auf die Daten passenden Modell annähert. Damit besteht die Notwendigkeit, die Anzahl der zu berechnenden Cluster durch theoretische Überlegungen zu „bestimmen“. Wir gingen bei der theoretischen Bestimmung der Clusteranzahl von der Sektoreinteilung aus, die der Positionsauswahl der vorliegenden wie schon der Mannheimer Elitenstudie von 1981 zugrunde liegt, so daß wir auf zehn gesellschaftlichen Sektoren (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbände einschließlich Gewerkschaften, Medien, Wissenschaftssystem, Kultursystem, Kirche, Justiz, Militär) und damit, bei Erwartung sektordeterminierter Kontaktmuster, auf eine theoretisch zu erwartende Anzahl von zehn Clustern kamen.

### **Ergebnisse der Clusteranalyse**

Die Clusteranalyse macht deutlich, daß es nicht zu einer Abschottung der einzelnen Sektoreliten voneinander kommt. Zwar gibt es Tendenzen der Determination der Kontaktprofile durch die Sektorfunktion, grundsätzlich sind die Cluster aber aus Befragten unterschiedlicher Sektoren zusammengesetzt. Die Kontaktprofile der Cluster schließen in der Regel Kontakte zu sektorfremden Eliten ein. Alle Sektoreliten sind in das Kommunikationsnetzwerk der Eliten integriert, es gibt jedoch ein Kommunikationszentrum und eine darum gruppierte Peripherie. Im Zentrum des Kommunikationsnetzwerkes befindet sich ein großer Teil der politischen und Verwaltungseliten, so daß davon ausgegangen werden kann, daß aus Sicht der Elitenkommunikation das politisch-administrative System zur Erfüllung seiner Integrationsfunktion in der Lage ist. Eine mangelnde Integration von Führungskräften ostdeutscher Herkunft in das Elitennetzwerk konnte nicht festgestellt werden.

Das mit 704 zugeordneten Befragten mit Abstand größte Cluster wurde von uns aufgrund seiner Eigenschaften als „Kommunikationsperipherie“ bezeichnet. Herausragendes Merkmal des Kontaktprofils (Muster der Häufigkeiten mit denen die Kontaktinstitutionen von den Befragten des Clusters genannt wurden) ist das mit durchschnittlich 7,9 Kontaktnennungen niedrige Niveau der Kontaktdichte. Im Elitendurchschnitt wurden 11,7 Institutionen kontaktiert. Knapp ein Viertel der erhobenen Institutionen wurde von den diesem Cluster zugeordneten Befragten überhaupt nicht kontaktiert. Kontakte in den Wirtschaftsbereich hinein wurden von weniger als einem Drittel, bundespolitische Institutionen, mit Ausnahme der Parteien, von gut einem Drittel der Befragten als Kontaktadressaten genannt. Landesinstitutionen, Gewerkschaften, Presse und Universitäten sind die von diesem Cluster am meisten kontaktierten Institutionen (zu den Kontaktprofilen vergleiche Abbildungen im Anhang).

Die Struktur dieses Clusters ist nur wenig durch eine bestimmte Sektorelite geprägt (vgl. Tabelle 1 und Tabelle 2). Die Größe des Clusters bedingt, daß die Anteile der einzelnen Sektoreliten, die auf das Peripheriecluster entfallen, fast grundsätzlich relativ hoch sind. Als überproportional oder stark

überproportional vertreten fallen dennoch einige Elitegruppen auf, die grundsätzlich geringere Kontakthäufigkeiten aufweisen. Aus dem politischen Sektor sind die kleinen Bonner Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen und PDS zu nennen, deren Politiker zu rund drei Vierteln und die Landesparteiorgane, die zu fast zwei Dritteln diesem Cluster zugeordnet wurden. Politiker der FDP sind nicht überproportional aber wesentlich stärker als Politiker der großen Parteien in diesem Cluster vertreten. Daneben fallen jene Sektoren auf, die grundsätzlich geringe Kontakthäufigkeiten haben, wie der Kultursektor, militärische Führungskräfte und die Kirchen. Stark unterrepräsentiert sind Verwaltungseliten, von denen nur knapp ein Zehntel in diesem Cluster vorzufinden ist. Sowohl Clusterprofil als auch Clusterstruktur rechtfertigen die Interpretation als Peripherie des Kommunikationsnetzwerkes der bundesrepublikanischen Eliten.

Der Kommunikationsperipherie gegenüber steht als zweitgrößtes Cluster mit 476 Befragten das „Kommunikationszentrum“. Es zeichnet sich durch sein hohes durchschnittliches Nennungs-niveau von 19,1 Kontakten aus. Landtagsfraktionen, die Landesministerien, Presse und Rundfunk werden von allen Befragten dieses Clusters als regelmäßige Kontaktpartner benannt. Bundestagsfraktionen und Bundesministerien und EU-Institutionen liegen in der Häufigkeit der Nennungen deutlich über dem Durchschnitt an Nennungen aller Befragten. Der gleichmäßig starke bis sehr starke Kontakt zu allen erhobenen Institutionsbereichen deutet darauf hin, daß bei den diesem Cluster zugeordneten Befragten „multilinguale Kommunikationskompetenz“ stark ausgeprägt ist.

Dieses Cluster besteht zu 40 Prozent aus Politikern und zu 19 Prozent aus Verwaltungseliten, es sind also 60 Prozent der Befragten dieses Clusters Führungskräfte aus dem politisch-administrativen System. Mitglieder von Landesregierungen, Bundesparteiorgane und Bundestagsmitglieder sind stark überrepräsentiert. Bei einem differenzierenden Blick auf die Parteizugehörigkeit der Politiker fällt deutlich die Spiegelbildlichkeit zum vorab dargestellten Cluster auf. Es sind vor allem Vertreter der großen und Regierungsparteien, die dem Cluster zugeordnet wurden. Die Politiker der FDP fallen jedoch gegenüber den Vertretern von CDU und CSU deutlich ab. Ihre fast gleichmäßige Verteilung auf Kommunikationszentrum und -peripherie kann wohl als Symptom der sinkenden politischen Bedeutung der FDP verstanden werden. Aufgrund der Zusammensetzung, des Kontaktprofils und der hohen Kontaktdichte, die auf intensive Vernetzung der Befragten dieses Clusters mit allen Funktionsbereichen der Gesellschaft hindeutet, wird dieses Cluster als Kommunikationszentrum bezeichnet.

Das dritte Cluster „Scharnier Politik - Verwaltung“ umfaßt mit 395 Befragten knapp 1/5 der untersuchten Personen. Das Kontaktprofil ist bestimmt durch Kontakte zu EU-Institutionen sowie zu administrativen Organisationen der Bundes- und Landesebene. Wirtschaftsunternehmen und Verbände einschließlich der Gewerkschaften spielen keine zentrale Rolle im Kontaktprofil. Die Kontaktdichte liegt knapp unter dem Durchschnitt der Gesamtelite. Dieses Cluster setzt sich zu 45 Prozent aus Personen aus Politik und Verwaltung zusammen, weitere 16 Prozent sind Medieneliten. Militärs, Justizeliten, Verwaltungseliten und Bundesminister sind in diesem Cluster überproportional vertreten, Spitzenpolitiker der CDU wesentlich stärker als die anderer Parteien. Wirtschaftseliten sind kaum anzutreffen. Aufgrund des niedrigeren Häufigkeitsniveaus der Kontaktnennungen, des auf politisch administrative Institutionen des Bundes konzentrierten Kontaktprofils und der starken Präsenz exekutivnaher Führungskräfte, soll dieses Cluster als internes Scharnier zwischen Politik und Ministerialbürokratie des Bundes bezeichnet werden.

Nächstfolgend ergeben sich zwei Cluster, die Verwaltungs- Wirtschaftsverbands- und Wirtschaftseliten vereinen („Scharnier Verwaltung - Wirtschaft I und II“). Beide Cluster zeigen deutlich über dem Elitendurchschnitt liegende Nennungshäufigkeiten. Bei Berücksichtigung von Kontaktprofil und Clusterstruktur lassen sich beide Cluster als Kontaktbrücken zwischen Spitzenverwaltungen und Wirtschaftseliten beschreiben. Die hier vorliegenden Kontakte könnten Kontakte sein, die von institutionalisierten Beteiligungsregeln gefördert werden.

Schließlich ergeben sich noch drei kleinere Cluster. Eines davon bündelt Wirtschafts- und Verbandseliten. Da sich das Kontaktmuster ebenfalls auf den Sektor Wirtschaft konzentriert, wird es als Cluster der „Wirtschaftsinternen Kontakte“ bezeichnet. Das zweite, mit 62 zugeordneten Befragten kleinste (interpretierte) Cluster, ist nach Kontaktprofil und Clusterstruktur als Cluster der „Agrarpolitiker“ zu interpretieren. Schließlich ist ein Cluster zu nennen, das vor allem aus Verwaltungseliten und militärischen Führungskräften besteht. Da die Verwaltungseliten in diesem Cluster vorrangig aus dem Verteidigungs- und Innenministerium sowie aus dem auswärtigen Amt kommen, soll dieses Cluster als militärpolitisch orientiertes Cluster bezeichnet werden. Alle drei Cluster haben als Gemeinsamkeit unter dem Elitendurchschnitt liegende Kontakthäufigkeiten. Bei Berücksichtigung ihrer Zusammensetzung und inhaltlichen Ausrichtung kann man sie als spezialisierte, aber ebenfalls eher der Kommunikationsperipherie zuzuordnende Cluster fassen.

Führungskräfte ostdeutscher Herkunft sind sowohl im Kommunikationszentrum als auch in der Peripherie entsprechend ihrem Gesamtelitenanteil vertreten. Darüber hinaus sind sie im Cluster der Agrarpolitiker proportional repräsentiert. In den Clustern, deren Schwerpunkt Verwaltungs- und Wirtschaftseliten bilden, sind Ostdeutsche unterrepräsentiert. Diese Unterrepräsentation ergibt sich aus der Ost-West-Zusammensetzung der clusterbildenden Sektoren. Deshalb kann geschlossen werden, dass ostdeutsche Interessen angemessen im Kontaktnetzwerk der bundesdeutschen Elite vertreten sind. Eine strukturelle Benachteiligung von Führungspersonen ostdeutscher Herkunft wird nicht deutlich.

### **Ergebnisse und Schlußfolgerungen**

Die Struktur der Cluster macht deutlich, daß es eine Kontaktperipherie und ein Kommunikationszentrum gibt. Alle Cluster weisen eine nennenswerte Anzahl an Kontakten in Bereiche auf, die über die Sektorgrenzen der sie dominierenden Gruppen hinausgehen, kein Cluster setzt sich aus Befragten nur eines Sektors zusammen. Es gibt also keine Abschottungstendenzen.

Das Kontaktverhalten scheint durch die Sektorfunktion, aber auch durch Arbeitsteilung innerhalb der Sektoren bestimmt zu sein. Dementsprechend gibt es Cluster mit extremer Offenheit in alle gesellschaftlichen Bereiche, wie das als Kommunikationszentrum bezeichnete Cluster und Cluster, wie das der wirtschaftsinternen Kontakte, die vor allem durch Kommunikation innerhalb eines Funktionssystems bestimmt sind. Neben der Sektorzugehörigkeit hat also auch die konkrete Tätigkeit einer Person starken Einfluß auf das individuelle Kontaktmuster.

Das als „Kommunikationszentrum“ bezeichnete Cluster wird von politischen Eliten dominiert. Gleichzeitig werden aus allen Clustern enge Kontakte zum politisch-administrativen System berichtet. Man kann sagen, daß das politische System im Kommunikationsnetz eine zentrale Stellung einnimmt. Über das von Verwaltungseliten und Politikern der Regierungsparteien dominierte Cluster („Scharnier Politik-Verwaltung“) stellt sich eine Verbindung zu den beiden Wirtschafts- und verwaltungsdominierten Clustern und schließlich dem Cluster der wirtschaftsinternen Kontakte her. Der politische Entscheidungsbereich wird so über den Bereich der Entscheidungsvorbereitung (Verwaltung) mit den letztlich von den Entscheidungen betroffenen, und deshalb an ihrer Beeinflussung interessierten Bereichen verbunden. Um das Kommunikationszentrum und das Scharnier Politik - Verwaltung herum gruppieren sich noch weitere kleinere Cluster sowie das große Cluster der Kommunikationsperipherie. Es muß jedoch betont werden, daß auch die Befragten in der Kommunikationsperipherie in das Kommunikationsnetzwerk der Eliten eingebunden sind. Ihre Einbindung ist weniger eng als bei anderen Führungskräften, von einem Ausschluß aus dem Elitennetzwerk kann jedoch nicht die Rede sein.

Die Untersuchung der Kontaktmuster der Funktionsseliten in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß die Voraussetzungen für die Erhaltung der politischen Steuerbarkeit gesellschaftlicher Prozesse gegeben sind, weil alle Sektoreliten durch ein dichtes Netzwerk von Kontakten miteinander verbunden sind. Funktionale Erfordernisse haben zwar einen starken Einfluß auf die Ausprägung der Kontaktmuster, sie führen jedoch nicht zu einer Abschließung der Teieliten voneinander. In allen Bereichen gibt es starke Kommunikationsverbindungen über die Systemgrenzen hinweg. Die Voraussetzungen für Elitenintegration und Aufrechterhaltung der Steuerungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems aus Sicht der Elitenkommunikation sind gut. Die vereinigungsbedingte Aufnahme ostdeutscher Personen in die Elite hat soweit es hier ermesen werden kann, keine negativen Folgen für die Integrationsfähigkeit der deutschen Führungsschicht durch Kommunikation.

### **Tabellenanhang:**

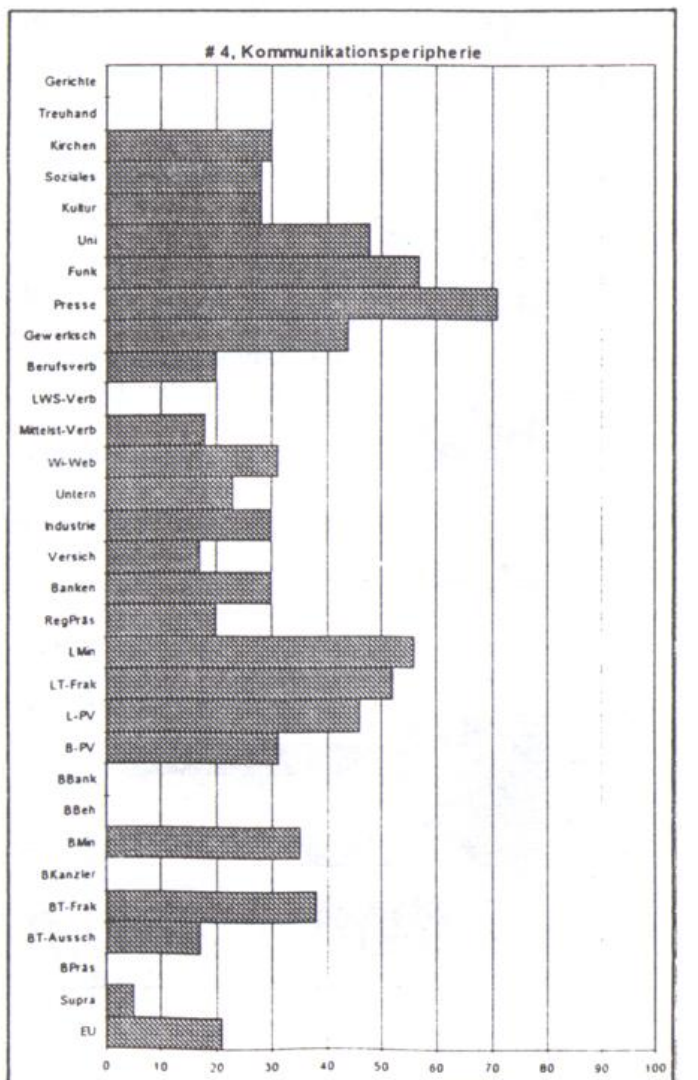
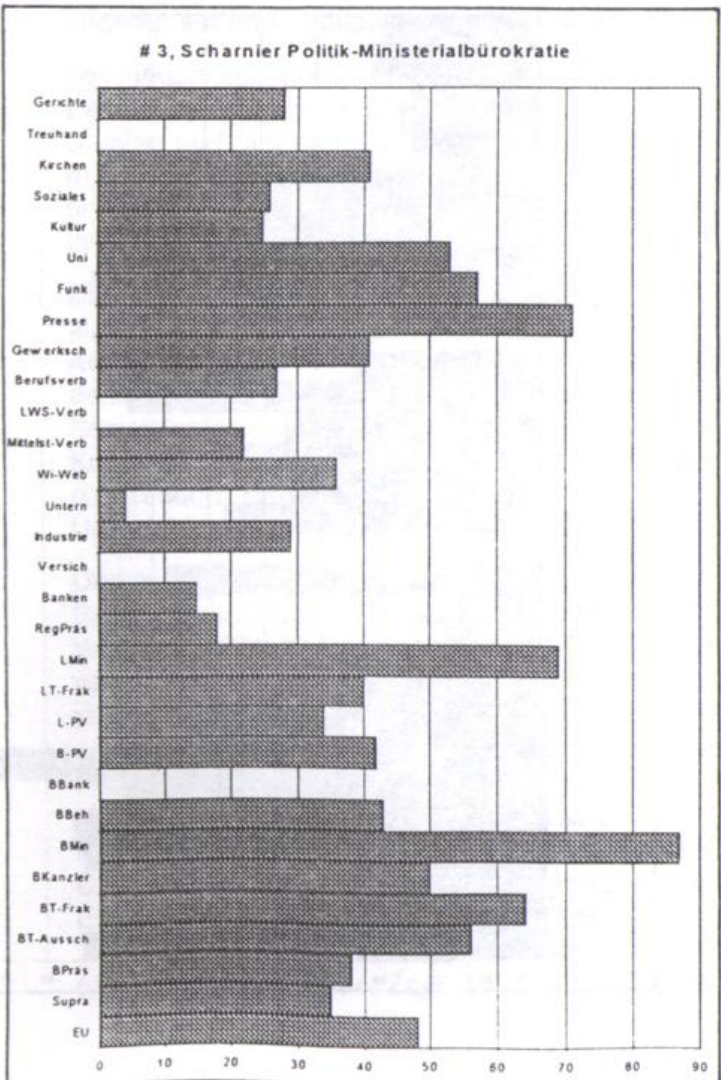
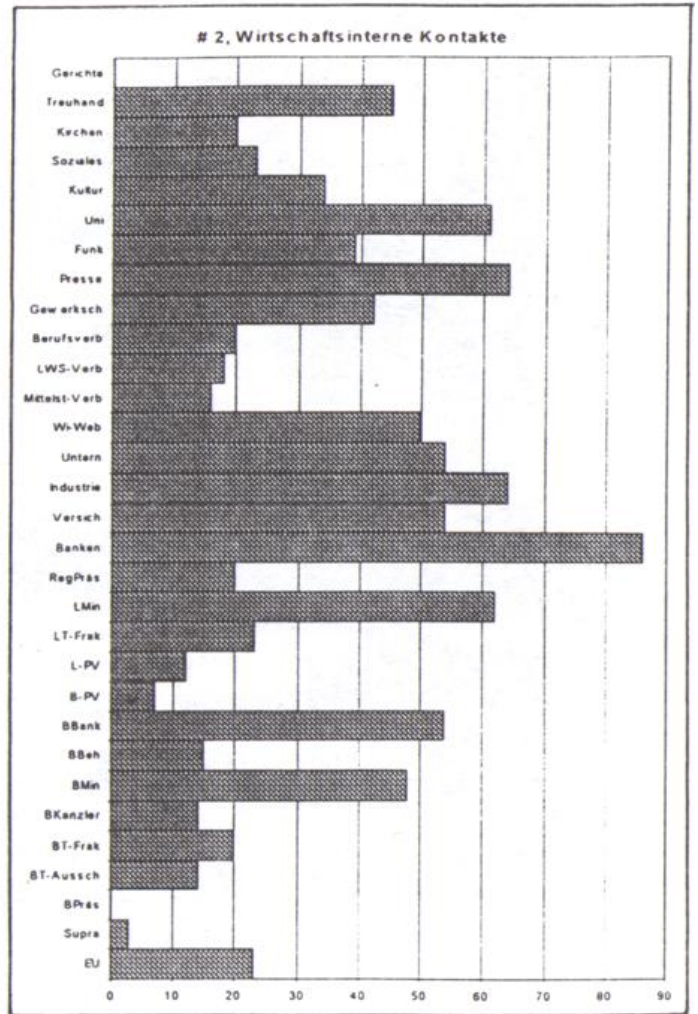
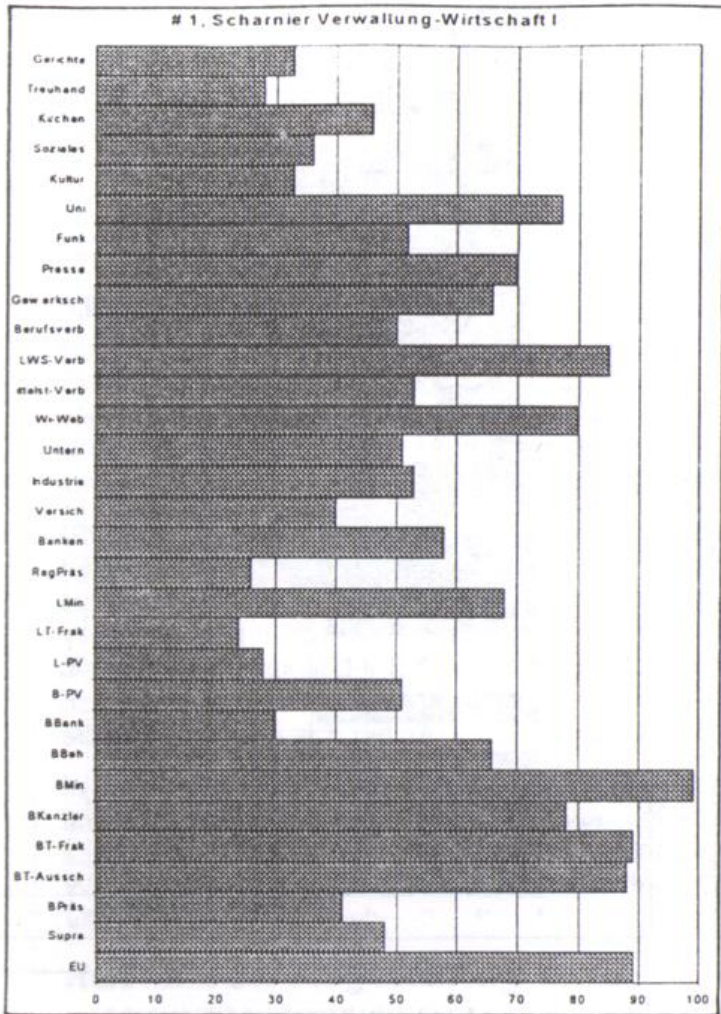
auf der folgenden Seite

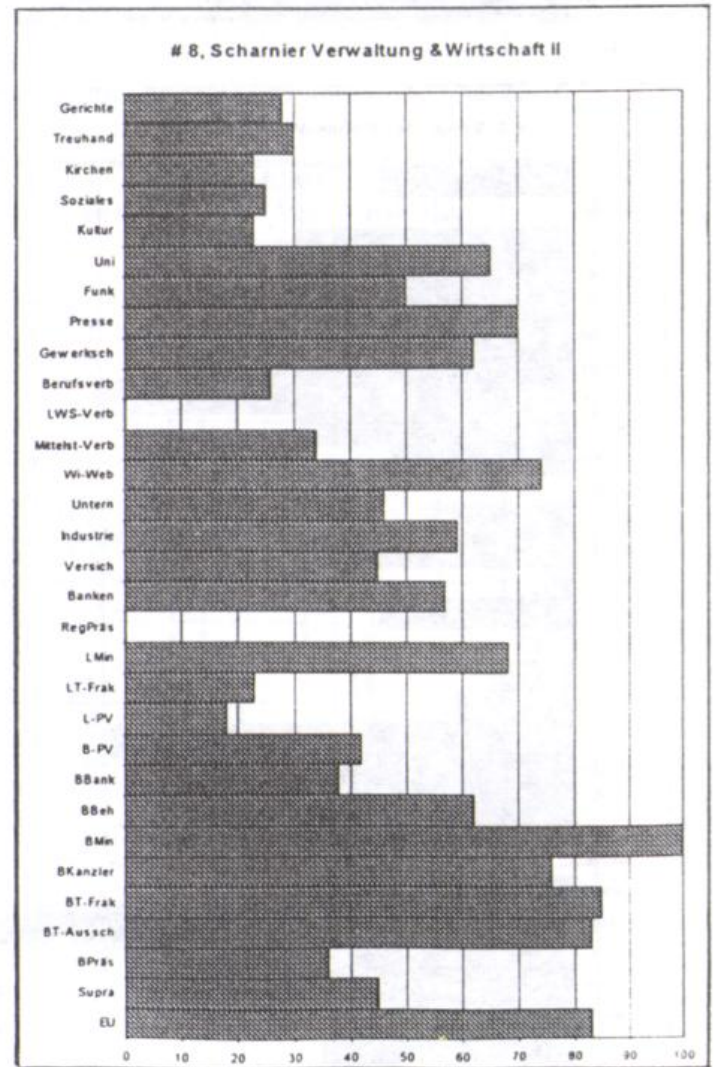
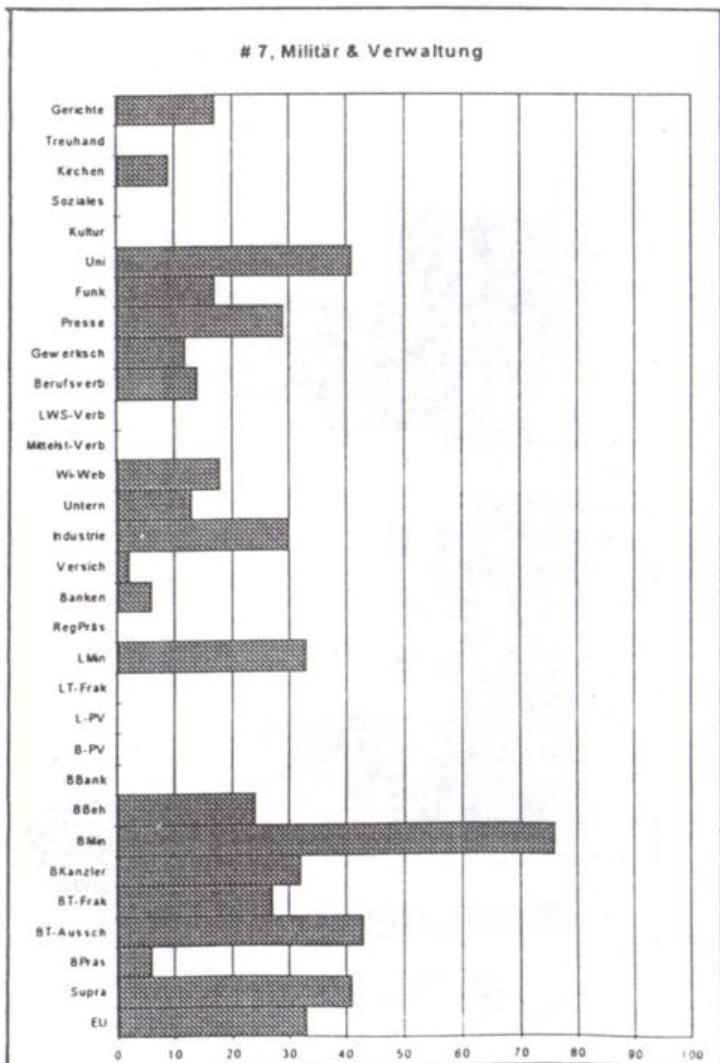
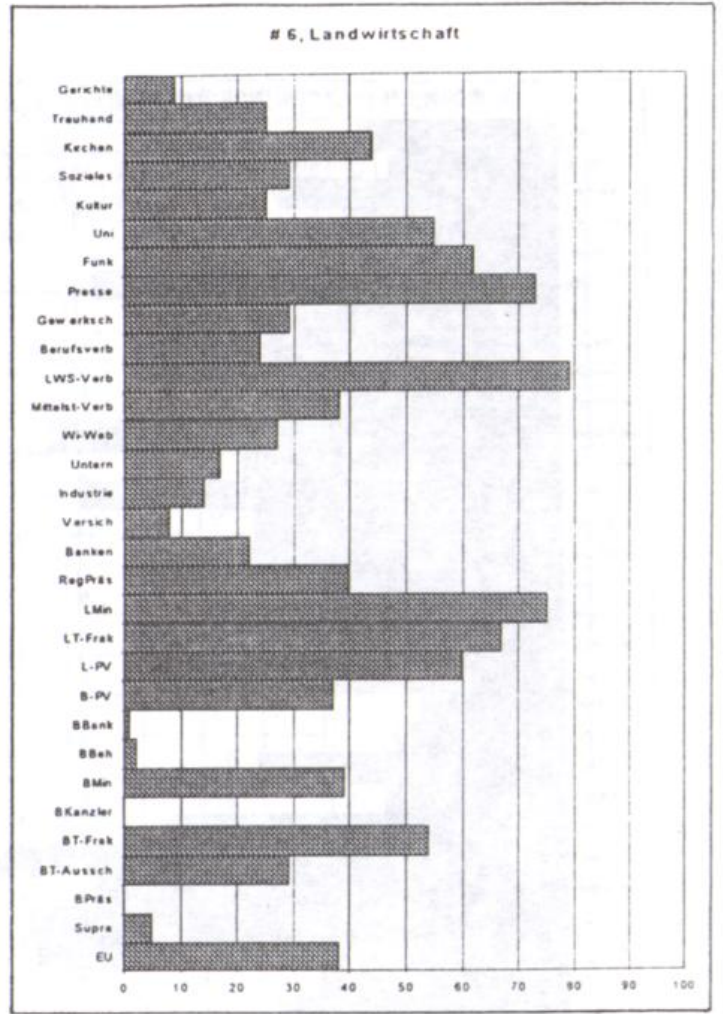
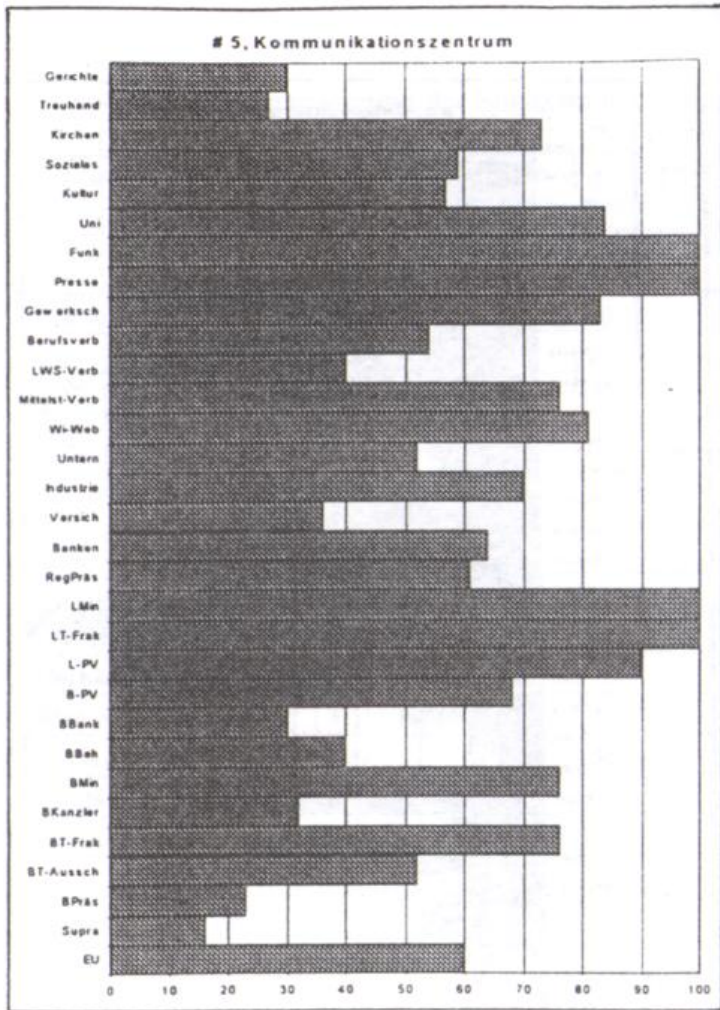
Tabelle 1: Zusammensetzung der Sektoren nach Clusterzugehörigkeit der Befragte (Zeilenprozent)

Cluster	1 Scharnier Verwaltung -Wirtschaft I	2 Wirt- schaft intern	3 Schar- nier Poli- tik-Ver- waltg.	4 Kom- munika- tionsperi- pherie	5 Kom- munika- tionszen- trum	6 Agrar- politiker	8 Militär und Ver- waltung	10 Scharnier Verwaltung - Wirtschaft II	N
<b>Politik</b>	2	1	9	40	39	5	0	2	496
SPD	2	1	9	27	54	4	1	1	141
CDU	1	0	17	13	59	3	1	2	100
CSU	10	0	6	5	67	5	0	0	19
FDP	7	2	6	32	36	8	0	6	63
B90	0	0	5	75	10	6	0	2	116
PDS	0	1	3	73	10	12	0	1	44
<b>Verwalt.</b>	6	3	28	9	19	4	5	17	473
<b>Wirtft.</b>	2	24	3	41	9	0	5	11	249
<b>Verbände</b>	6	9	10	25	19	4	5	17	270
<b>Medien</b>	2	3	22	33	21	2	6	8	282
<b>Wissenft</b>	1	4	16	34	17	0	16	11	165
<b>Militär</b>	0	1	33	18	3	3	36	2	135
<b>Kultur</b>	0	4	9	72	3	0	7	0	100
<b>Justiz</b>	0	0	35	4	0	0	45	5	42
<b>Kirche</b>	4	1	16	46	14	10	1	3	30
West	3	5	18	29	18	2	10	11	1919
Ost	1	4	12	39	31	4	4	3	366
N	72	120	395	704	476	62	213	228	2285

Tabelle 2: Zusammensetzung der Cluster nach Sektorzugehörigkeit der Befragten und Ost-West-Herkunft (Spaltenprozent)

Cluster	1 Scharnier Verwaltung -Wirtschaft I	2 Wirt- schaft intern	3 Schar- nier Poli- tik-Ver- waltg.	4 Kom- munika- tionsperi- pherie	5 Kom- munika- tionszen- trum	6 Agrar- politiker	8 Militär und Ver- waltung	10 Scharnier Verwaltung - Wirtschaft II	N
<b>Politik</b>	17	2	11	28	40	44	1	5	496
SPD	4	1	3	5	16	8	0	1	141
CDU	2	0	4	2	12	6	0	1	100
CSU	3	0	0	0	3	2	0	0	19
FDP	6	1	1	3	5	8	0	2	63
B90	0	0	2	12	2	12	0	1	116
PDS	0	0	0	5	1	8	0	0	44
<b>Verwalt.</b>	37	11	34	6	19	18	30	36	473
<b>Wirtsch.</b>	5	49	2	15	5	1	6	12	249
<b>Verbänd</b>	23	21	7	10	11	19	7	21	270
<b>Medien</b>	7	6	16	13	13	8	8	10	282
<b>Wissenc</b>	3	6	7	8	6	0	13	8	165
<b>Militär</b>	1	1	11	3	1	6	23	1	135
<b>Kultur</b>	0	3	2	10	1	0	3	0	100
<b>Justiz</b>	0	0	4	0	0	0	9	1	42
<b>Kirche</b>	2	0	1	2	1	5	0	0	30
West	94	92	93	82	84	82	96	98	1919
Ost	6	8	7	18	16	18	4	2	366
(N)	72	120	395	704	476	62	213	228	2285
% ges.	3	5	17	31	21	3	9	10	100





# MEHR STAAT IM OSTEN - WENIGER STAAT IM WESTEN: EINSTELLUNGEN ZUM UMFANG STAATLICHER VERANTWORTUNG

*Jörg Machatzke*

## **Problemstellung**

Die Zunahme staatlicher Verantwortung in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist eine konstante Begleiterscheinung der Entwicklung westeuropäischer Industrienationen. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation wird jedoch immer wieder die Frage nach dem finanziell vertretbaren Umfang der Verantwortung des Staates gestellt. Im Mittelpunkt politischer Kontroversen steht neben traditionellen Aufgabenbereichen, wie der inneren und äusseren Sicherheit, dann insbesondere ein Bereich staatlichen Engagements: der Sozialstaat.

Mit Blick auf den für die Bundesrepublik immer wieder nachgewiesenen Grundkonsens in der Führungsschicht werden im folgenden drei Fragestellungen untersucht: (1) Lassen sich für die Eliten ostdeutscher und westdeutscher Herkunft unterschiedliche Einstellungen zum Umfang staatlicher Verantwortung nachweisen? (2) Wenn ja, stellt sich die Frage, welchen Einfluss diese Differenzen auf die Konsensfähigkeit der Eliten haben. (3) Wie verhalten sich die erwarteten Ost-West-Differenzen zu den traditionellen Konfliktlinien, an denen sich die politischen Parteien gebildet haben? Besteht die Möglichkeit, dass sich neben den traditionellen Interessengegensätzen ein weiterer Konflikt etabliert?

In den Ergebnissen der Untersuchungen zeigen sich Differenzen zwischen den Positionsinhabern ost- und westdeutscher Herkunft, die offenbar unterschiedliche Verständnisse der Funktion des Staates sowie des Umfangs seiner Aufgaben widerspiegeln. Wie ein roter Faden durchzieht die grosse Wichtigkeit, die ostdeutsche Eliten der Sicherung des Sozialstaates beimessen, alle Vergleichsdimensionen.

## **Relevanz der Fragestellung**

Der deutsche Sozialstaat beruht heute zum einen auf weitreichenden sozialen Sicherungen und zum anderen auf umverteilenden Interventionen mit dem Ziel sozialer Gleichheit.

Die jüngste sozialpolitische Debatte geht auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung der 'alten' Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre zurück. Mit der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten und den damit verbundenen sozialpolitischen Massnahmen zur Dämpfung der Umbrüche in den neuen Bundesländern wurde die Diskussion über die Grenzen des Sozialstaates für kurze Zeit überdeckt; um so stärker lebt sie unter dem Eindruck wirtschaftlicher Probleme und knapper öffentlicher Kassen auf.

Die politischen Kontroversen beziehen sich auf den Umfang staatlicher Verantwortung im allgemeinen und auf die Reichweite des sozialen Engagements des Staates im besonderen. Ausgehend von der Frage, wie sich diese Divergenzen in den Wahrnehmungen und Einstellungen der deutschen Eliten widerspiegeln, ist zu untersuchen, ob die Differenzen, besonders zur Zukunft des Sozialstaates, derart sind, dass sie die in den vergangenen Jahrzehnten festgestellten engen Kooperationsbeziehungen (horizontale Integration) in der Führungsschicht beeinträchtigen (Dahrendorf 1965; Hoffmann-Lange 1992). Eine für den Grundkonsens fundamentale und für den Untersuchungsgegenstand zentrale Norm ist das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Demokratie- und ordnungspolitische Orientierungen bilden sich vor dem Hintergrund objektiver Bedingungen heraus. Deshalb kann erwartet werden, dass die befragten Positionsinhaber in Ost- und Westdeutschland, auf Grund ihrer Sozialisation in unterschiedlichen politischen Systemen mit verschiedenen sozialen Konzepten, auch voneinander verschiedene Vorstellungen über den Umfang staatlicher Verantwortung und insbesondere des sozialstaatlichen Bereichs haben. Im Sinne des sozialistischen Staatsverständnisses von der umfassenden zentralen Steuerung gesellschaftlicher Prozesse waren sozialstaatliche Eingriffe auf alle Lebensbereiche ausgerichtet. Ziel war eine möglichst gleiche Verteilung gesellschaftlicher Güter und Ressourcen und die Sicherung eines Existenzminimums. In der Bundesrepublik richtet sich die Sozialpolitik dagegen an der Wahrung von Chancengleichheit und Ressourcenverteilung nach dem Leistungsprinzip aus. Mit einer Einkommenssicherung bei Standardrisiken und umverteilenden Interventionen im Sinne sozialer Teilhaberechte sind wesentlich weniger Lebensbereiche einer staatlichen Regulierung unterworfen (vgl. u.a. Westle, 1994; Zapf, 1994; Roller, 1995; Rohrschneider, 1994).

Alternativ muss jedoch auch die Frage gestellt werden, welchen Einfluss die Sozialisation in den Institutionen und Organisationen auf diese tradierten Einstellungsmuster hat. Forschungen der vergangenen Jahre haben wiederholt den deutlichen Effekt von Institutionenkontexten auf individuelle Einstellungen und Werthaltungen gezeigt (vgl. Putnam, 1976; Barton, 1984).

### Operationalisierung

Den eingangs formulierten Fragen soll an Hand der Untersuchung der Einschätzungen der Wichtigkeit bestimmter politischer Ziele, der Einstellungen zum Umfang staatlicher Aufgaben und der Aussagen der Befragten zu konkreten, vom Staat zu übernehmenden oder abzugebenden, Aufgaben nachgegangen werden.

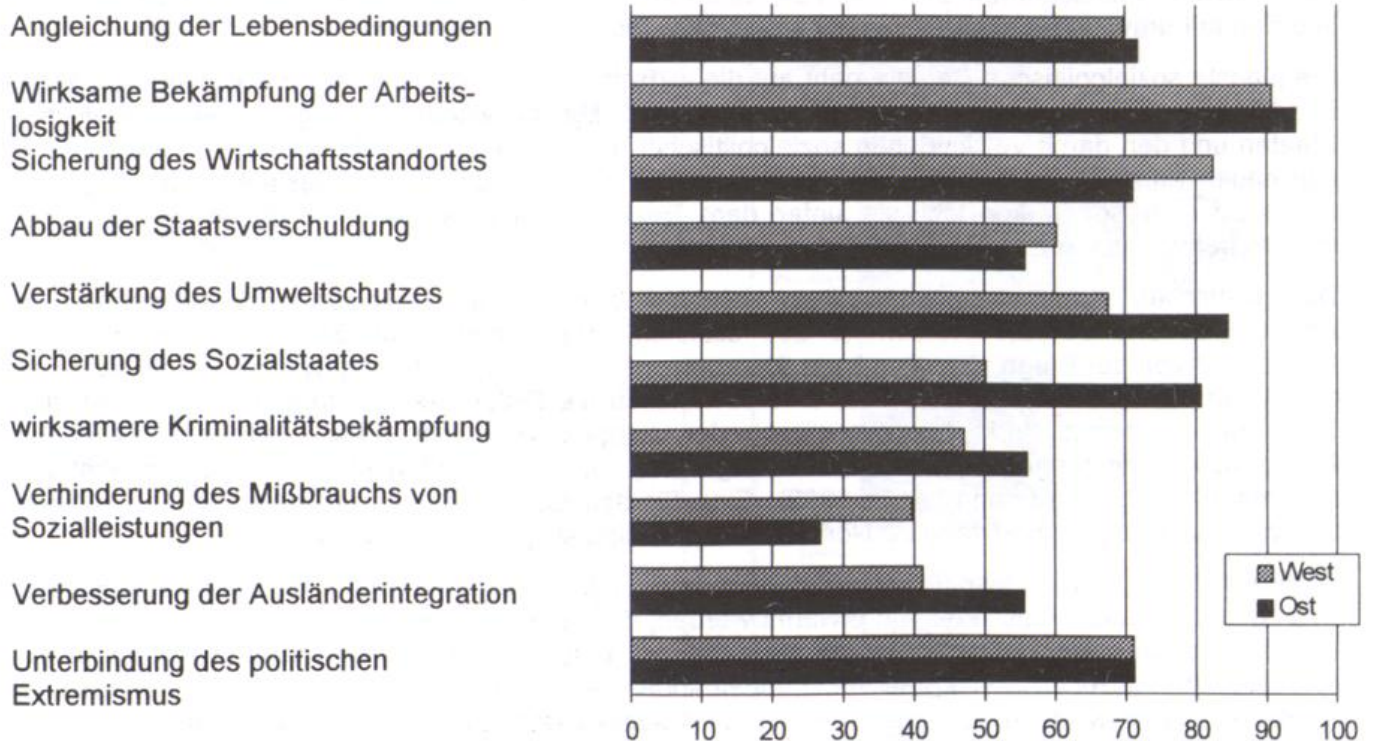
### Thesen

Vor der Erörterung der empirischen Belege werden folgende Thesen aufgestellt: (1) Auf Grund unterschiedlicher Sozialisation und aktueller Interessenlagen weisen die Positionsinhaber ost- bzw. westdeutscher Herkunft unterschiedliche Einstellungen zum Umfang staatlicher Verantwortung auf. (2) Ostdeutsche Eliten sind weniger als westdeutsche bereit, Abstriche am Umfang staatlicher Aufgaben zu machen. Sie weisen insbesondere in den Bereichen der sozialen Absicherung und hinsichtlich der Verteilungsgleichheit von Wohlstand dem Staat grössere Verantwortung zu als Eliten westdeutscher Herkunft. (3) Die tradierten Einstellungsmuster Ostdeutscher haben sich unter dem Einfluss von Institutionenkontexten weitgehend denen westdeutscher Führungskräfte angeglichen.

### Empirische Belege

Über alle Befragten hinweg wird die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als das wichtigste Ziel der Politik in Deutschland angesehen (91%).

Graphik 1: Wichtigkeit politischer Ziele: Befragte ost- und westdeutscher Herkunft



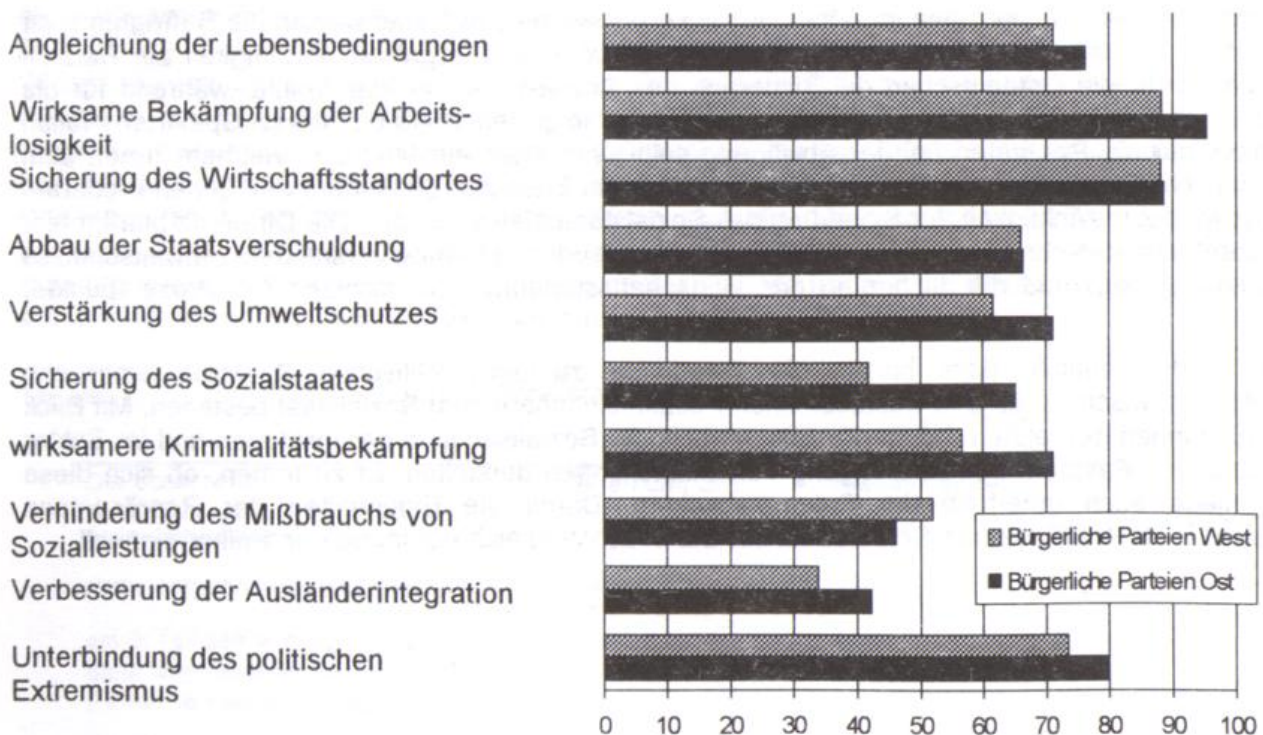
In der Ost-West-Dimension zeigt sich, dass sowohl von den ostdeutschen als auch den westdeutschen Befragten die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als gleichermassen wichtig eingestuft wird. Jedoch treten dann schon erste Differenzen auf: Ostdeutsche messen nach der Arbeitslosigkeit der Verstärkung des Umweltschutzes und der Sicherung des Sozialstaates grösste Bedeutung zu. Ihre westdeutschen Kollegen sehen hingegen die Sicherung des Wirtschaftsstandortes und die Unterbindung des politischen Extremismus als vordringlichere Ziele der Politik. Neben der

unterschiedlichen Setzung von Prioritäten fallen grosse Differenzen zu einzelnen Bereichen auf: Besonders deutlich sind die Unterschiede hinsichtlich der Sicherung des Sozialstaates mit 30 Prozentpunkten. Etwas weniger gross, aber nicht minder deutlich sind die Unterschiede in der Umweltpolitik, bzgl. der Ausländerintegration und der Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen.

Diese hier aufscheinenden Differenzen zeigen sich auch sehr deutlich, wenn die Aussagen der Positionsinhaber ost- bzw. westdeutscher Herkunft nach ihrer Zuordnung zu parteipolitischen Spektren untersucht werden. Um die Fülle der Daten in der Kürze der Zeit in einem überschaubaren Mass präsentieren zu können, wurden die Parteipräferenzen der Befragten, gebildet aus aktuellen Mitgliedschaften oder der Wahlabsicht, zu einem bürgerlichen (CDU/CSU, FDP, Republikaner) und einem linken (SPD, Bündnis '90/Die Grünen, PDS) parteipolitischen Spektrum zusammengefasst. Lässt man die regionale Herkunft ausser acht, differenziert die Befragten also nur nach deren Zuordnung zu den parteipolitischen Spektren, so ist eine deutliche Abbildung der zur Feldzeit aktuellen öffentlichen Debatte zu erkennen: Während von allen Befragten die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als wichtigstes Ziel angesehen wird, weisen die Führungskräfte des linken Spektrums des weiteren dem verstärkten Umweltschutz sowie der Standortsicherung und die des bürgerlichen Spektrums der Standortsicherung und der Unterbindung des politischen Extremismus höchste Prioritäten zu. Die grössten Differenzen gibt es zu Themen, wie dem Missbrauch von Sozialleistungen und der Sicherung des Sozialstaates. Darauf folgen hinlänglich bekannte Streitpunkte, wie die wirksamere Kriminalitätsbekämpfung (Stichwort: Debatte zum 'grossen Lauschangriff'), die Verbesserung der Ausländerintegration (Stichwort: Grundgesetzänderung zum Asylrecht) und die Verstärkung des Umweltschutzes.

Bislang könnte man vermuten, dass es sich um einen Reflex der unterschiedlichen Positionierungen der politischen Parteien handelt. Wesentlich interessanter ist deshalb die Frage, ob sich die Ost-West-Unterschiede in den einzelnen parteipolitischen Spektren wiederfinden. Diese Frage kann mit 'Ja' beantwortet werden. In beiden Spektren gibt es zum Teil erhebliche Divergenzen zwischen den Befragten ost- bzw. westdeutscher Herkunft.

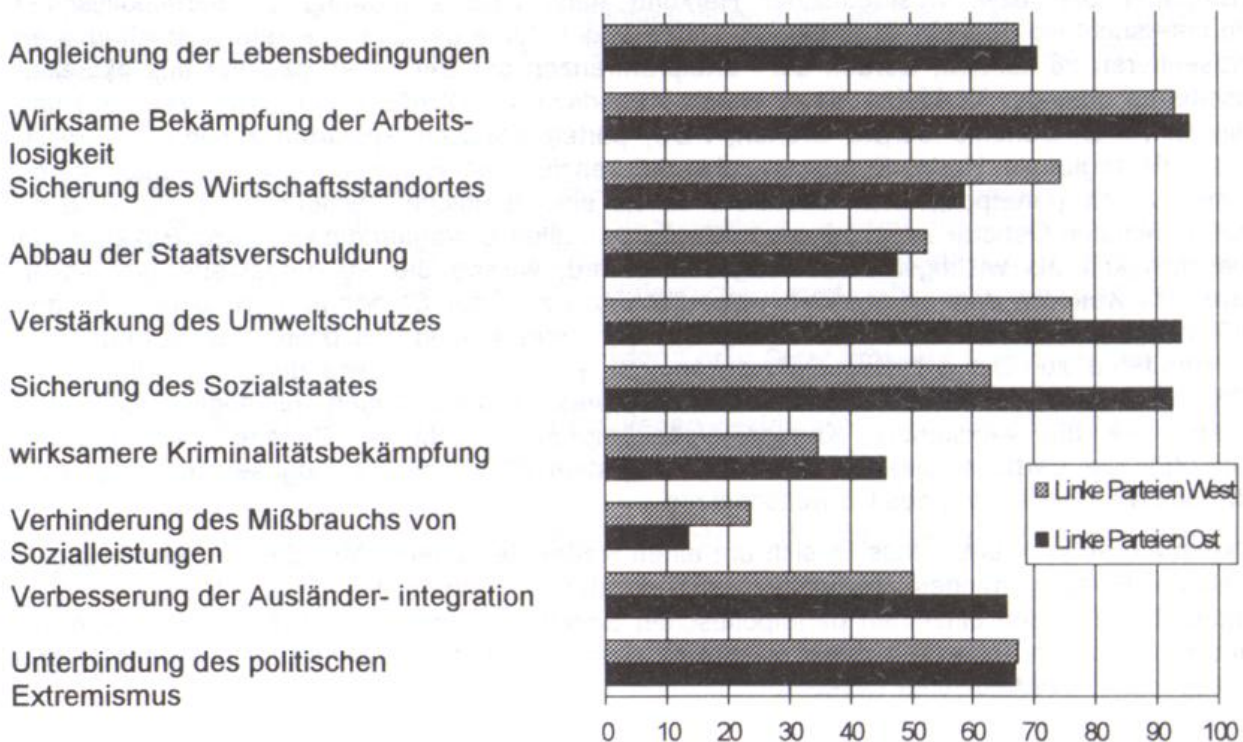
Graphik 2: Wichtigkeit politischer Ziele: Befragte des bürgerlichen Parteienspektrums ost- und westdeutscher Herkunft



Betrachtet man zunächst die Befragten des bürgerlichen Spektrums in der Ost-West-Dimension wird deutlich, dass Ost- wie Westdeutsche gleichermaßen der Arbeitslosigkeit, der Standortsicherung und dem politischen Extremismus grösste Wichtigkeit beimessen. Jedoch tritt auch hier wieder die Frage der Sozialstaatssicherung mit 23 Prozentpunkten Differenz als Bereich des grössten Gegensatzes

zutage. Etwas weniger divergend ist die Positionierung zu einer wirksameren Kriminalitätsbekämpfung mit 14,5 Prozentpunkten Differenz.

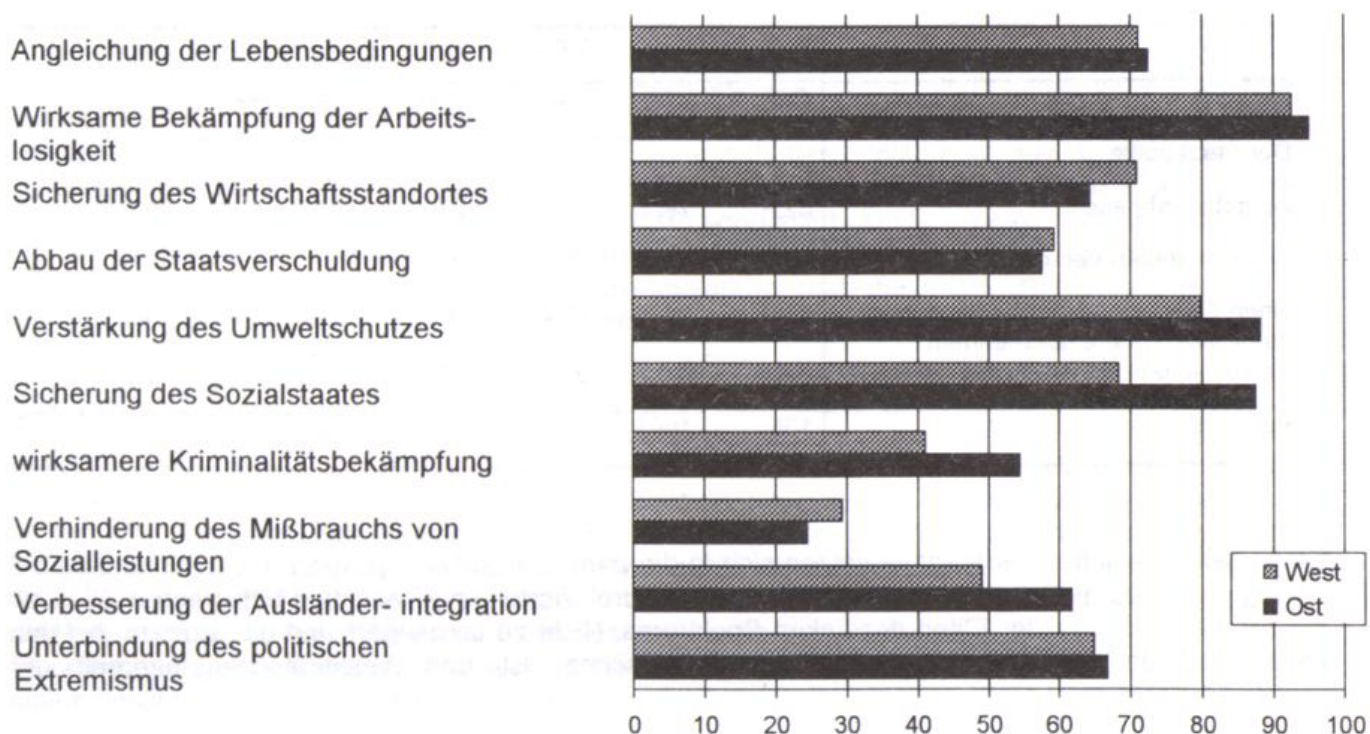
Graphik 3: Wichtigkeit politischer Ziele: Befragte des linken Parteienspektrums ost- und westdeutscher Herkunft



Noch stärkere Differenzen treten innerhalb des linken Spektrums auf. Hier weisen die Befragten zwar jeweils dem Problem der Arbeitslosigkeit und des Umweltschutzes grösste Wichtigkeit zu. Danach steht jedoch für die Ostdeutschen die Sicherung des Sozialstaates an der Spitze, während für die Westdeutschen hier das Problem der Standortsicherung folgt. Innerhalb des linken Spektrums fallen aber nicht nur die Prioritäten bei der Abwägung politischer Ziele auseinander. Vielmehr treten zum Teil erhebliche Differenzen bei der Einschätzung einzelner Ziele auf. Besonders weit gehen wiederum die Aussagen zur Wichtigkeit der Sicherung des Sozialstaates auseinander. Die Differenz beträgt hier 30 Prozentpunkte. Sehr unterschiedlich fällt auch die Beurteilung eines verstärkten Umweltschutzes (18 Prozentpunkte) und der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland (16 Prozentpunkte) aus.

Bisher wurde deutlich, dass bis in die Zuordnung zu parteipolitischen Spektren erhebliche Divergenzen zwischen ost- und westdeutschen Positionsinhabern zum Sozialstaat bestehen. Mit Blick auf Forschungen der letzten Jahre, die zeigen, dass die Sozialisation in der Institution und im Sektor die wichtigsten Faktoren bei der Prägung von Einstellungen darstellen, ist zu fragen, ob sich diese Unterschiede auch innerhalb der Sektoren zeigen. Durch die Eigenheiten der Repräsentanz ostdeutscher Herkunft über die Sektoren ist ein Ost-West-Vergleich nur im Sektor 'Politik' sinnvoll.

Graphik 4: Wichtigkeit politischer Ziele: Befragte des Sektors 'Politik' ost- und westdeutscher Herkunft



An der Spitze der wichtigsten politischen Ziele befragter ost- und westdeutscher Politiker steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verstärkung des Umweltschutzes in Deutschland. Während für ostdeutsche Politiker sodann die Sicherung des Sozialstaates folgt, räumen westdeutsche der Angleichung der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland und der Sicherung des Wirtschaftsstandortes grosse Wichtigkeit ein. Die grösste Differenz nach der regionalen Herkunft besteht in der Frage der Sozialstaatssicherung mit ca. 20 Prozentpunkten. Wie bei den bisherigen Vergleichen sind es auch hier wieder die Ostdeutschen, die mit deutlichem Abstand die Wichtigkeit des Sozialstaates herausstellen. Für die anderen Sektoren, in denen Ostdeutsche Positionen innehaben gilt im wesentlichen folgendes: Wenn auch die differenzierenden Ziele in Zahl und Inhalt variieren - wohl als Reflex der je spezifischen Interessenlagen - bleiben doch deutliche Ost-West-Unterschiede als Grundmuster erhalten. Diese Unterschiede treten noch deutlicher hervor, wenn man sich die Verteilung der Einstellungen zum Umfang staatlicher Aufgaben ansieht.

Tabelle 1: Einstellungen zum Umfang staatlicher Aufgaben nach Herkunft (Spaltenprozent)

Der Staat sollte ...	Herkunft Ost	Herkunft West	Gesamt
Aufgaben abgeben.	44,4	71,3	68,1
mehr Aufgaben übernehmen.	8,6	2,0	2,8
einen Teil seiner Aufgaben abgeben, dafür aber andere übernehmen.	38,1	18,4	20,7
Es soll so bleiben wie bisher.	9,0	8,3	8,4
Basis (n)	268	2014	2282

Wie Tabelle 1 zeigt wünschen nahezu drei Viertel der Positionsinhaber westdeutscher Herkunft eine Reduktion des Umfanges staatlicher Aufgaben. Diese Meinung teilt noch nicht einmal die Hälfte der

Osteliten. Diese sprechen sich vielmehr für eine Erweiterung bzw. inhaltliche Umstrukturierung des bisherigen Kataloges von Staatsaufgaben aus.

Tabelle 2: Einstellungen zum Umfang staatlicher Aufgaben nach parteipolitischen Spektren (Spaltenprozent)

Parteien	Bürgerliche		Linke		Bürgerliche	Linke
	Ost	West	Ost	West		
Herkunft	Gesamt		Gesamt		Gesamt	
Der Staat sollte ...						
Aufgaben abgeben.	62,9	79,1	29,1	57,4	77,7	53,2
mehr Aufgaben übernehmen.	7,6	1,3	9,3	3,1	1,8	4,0
einen Teil seiner Aufgaben abgeben, dafür aber andere übernehmen.	21,0	11,1	50,3	26,7	11,9	30,3
Es soll so bleiben wie bisher.	7,6	6,1	9,9	10,2	6,3	10,1
Basis (n)	105	1095	151	846	1200	997

Diese sehr deutlichen Differenzen setzen sich in die parteipolitischen Spektren fort. Hier sind es die Befragten der bürgerlichen Parteien, die zu mehr als drei Viertel eine Reduktion befürworten. Dies gilt nur für gut die Hälfte der Eliten des linken Spektrums. Nicht zu übersehen sind die grossen, bei den linken Parteien recht drastischen, Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen innerhalb der jeweiligen Spektren.

Tabelle 3: Einstellungen zum Umfang staatlicher Aufgaben nach Sektoren (Spaltenprozent)

Sektor	Politik		Massenmedien		Kultur		Wirtschaftsverbände	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Der Staat sollte ...								
Aufgaben abgeben.	40,0	61,9	57,6	69,4	7,7	64,8	71,4	84,9
mehr Aufgaben übernehmen.	9,4	3,2	6,1	0,8	-	2,3	7,1	1,9
einen Teil seiner Aufgaben abgeben, dafür aber andere übernehmen.	42,5	26,5	24,2	21,8	69,2	17,0	21,4	5,7
Es soll so bleiben wie bisher.	6,9	4,4	12,1	6,0	23,1	15,9	-	3,8
Basis (n)	160	339	33	248	13	88	14	159

Das gleiche Bild im Sektor 'Politik': Westdeutsche sprechen sich deutlich für eine Aufgabenreduktion aus. Demgegenüber wünschen die ostdeutschen Politiker eher eine Umstrukturierung der Aufgabenbereiche bzw. die Beibehaltung des Status quo.

Die bisherigen empirischen Belege verdichten sich immer stärker zu der Annahme, dass hinter den Aussagen zur Wichtigkeit politischer Ziele und zum Umfang staatlicher Aufgaben der ost- und westdeutschen Positionsinhaber unterschiedliche Staatskonzepte stehen. Dabei sehen Osteliten die wichtigsten Funktionen des Staates in einer umfassenden Verantwortung für wirtschaftliche Steuerung und Initiativen sowie eine breite Absicherung des Individuums in allen sozialen Risikolagen. Konsequenterweise sehen nur 5% von ihnen die soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik verwirklicht (im Gegensatz zu ca. 23% der Westeliten) und nur ein Achtel die soziale Sicherheit (jedoch 58% der Westeliten). Demgegenüber stehen westdeutsche Führungskräfte einer derartig hohen Regulierungsforderung eher ablehnend gegenüber.

Geben die Befragten einer Reduktion des Umfanges staatlicher Aufgaben den Vorzug, dann stehen insbesondere drei Bereiche im Vordergrund: (a) die Vereinfachung von Verwaltungsprozeduren und

die Verringerung der Regelungsdichte; (b) die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (v.a. Müll-/Abfallentsorgung) sowie (c) die Abgabe staatlich wahrgenommener sozialer Aufgaben in private Hände oder freie Trägerschaften.

Für die Abrundung des Bildes dieses Einstellungsbereiches ist es notwendig, die Eigenart der ostdeutschen Eliten etwas näher zu beleuchten. Neben der sehr ungleichmässigen sektoralen Verteilung ostdeutscher Führungskräfte haben sie auch von ihren westdeutschen Kollegen sehr verschiedene parteipolitische Orientierungen. Während knappe 60% der Westdeutschen Mitglieder von Parteien des bürgerlichen Spektrums sind oder diese präferieren, sind ebenso viele Ostdeutsche dem linken Spektrum zuzuordnen. Interessanterweise ist auch die Zusammensetzung der beiden parteipolitischen Spektren in Ost und West unterschiedlich. Während das linke Spektrum in Ostdeutschland je zu gleichen Teilen von der SPD, dem Bündnis '90/Die Grünen und der PDS gestellt wird, ist es in Westdeutschland deutlich SPD-dominiert. Ähnlich grosse Unterschiede gibt es bei den bürgerlichen Parteien: Die Unionsparteien haben einen Anteil von mehr als drei Viertel, während dessen in Ostdeutschland die Freidemokraten und die CDU/CSU je zur Hälfte das bürgerliche Spektrum ausmachen. Auch innerhalb der Sektoren ist die Unterschiedlichkeit der parteipolitischen Präferenzen zum Teil erheblich.

## **6. Fazit**

Abschliessend kann festgestellt werden, dass Eliten ost- und westdeutscher Herkunft voneinander verschiedene Einstellungen zum Umfang von Staatsaufgaben haben. Die empirischen Belege weisen darauf hin, dass die auf unterschiedlichen Sozialisationskontexten beruhenden parteipolitischen Differenzen letzten Endes die sektoralen Unterschiede überlagern. Es muss festgehalten werden, dass bis in die Differenzierung in einzelne Parteien hinein, Einstellungsunterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen Führungskräften nachzuweisen sind. Nicht nur, dass die Einstellungen zum Umfang staatlicher Aufgaben auseinanderfallen; sie differieren besonders stark in einem bestimmten Bereich: dem Sozialstaat.

Osteliten präferieren ein Staatskonzept, welches auf eine möglichst umfassende wirtschaftliche Steuerung und Initiative sowie eine sehr weitreichende Absicherung des Individuums gegen soziale Risiken abzielt. Dies steht im Widerspruch zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft mit einer sozialen Grundsicherung, dass von den Westeliten bevorzugt wird. Zudem haben letztere erhebliche Vorbehalte gegenüber staatlicher Überregulierung.

Die Sozialisation in den unterschiedlichen Gesellschaften der beiden deutschen Staaten erweist sich fünf Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer als das prägende Moment. Ganz offensichtlich tritt hier ein deutliches Integrationsproblem zutage, welches, mit Blick auf die Grundkonsensproblematik, ein wesentliches Element der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung berührt. Aus der Sicht des demokratischen Willensbildungsprozesses ist dabei besonders hervorzuheben, dass es sich nicht allein um konfligierende Ansichten zwischen politischen Parteien handelt. Vielmehr durchziehen diese Ost-West-Differenzen alle Parteien - mit Ausnahme der PDS.

Es scheint letztlich schwer möglich, die Fortentwicklung dieses Problems und seiner Folgen für die Integration der bundesdeutschen Führungsschicht abzuschätzen. Möglicherweise werden Ostdeutsche in Zukunft in ausgewogenerem Masse in den Eliten vertreten sein. Vorausgesetzt, die sektorspezifische Prägung von Einstellungen überlagert allmählich die Effekte der DDR-Sozialisation, dann könnte es zu einer Angleichung in den für die Bildung eines Grundkonsenses wichtigen Orientierungen kommen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, ist es möglich, dass sich die Ost-West-Unterschiede als ein neuer, regional verwurzelter, Konflikt etablieren.

## Wertorientierung im Eliten-Bevölkerungsvergleich: Avantgarde vs. Kollektivismus

*Victoria Kaina*

### **Fragestellung**

Seit der Öffnung der „Mauer“, vor allem aber seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 steht immer auch die Frage nach der politischen Kultur der wieder vereinten Deutschen zur Diskussion. Hat die mehr als vierzigjährige Sozialisation in völlig gegensätzlichen Gesellschaftssystemen unterschiedliche Werthaltungen und politische Einstellungen hervorgebracht? Konnten kulturelle Gemeinsamkeiten die Phase der staatlichen Teilung überdauern? Werden vielleicht sogar mit der Betonung der Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen tatsächliche Ähnlichkeiten in den Vorstellungen vom gesellschaftlich Wünschenswerten (vgl. Kluckhohn 1951) zu wenig perzipiert? Oder ist für uns Deutsche ein beschwerlicher kultureller Anpassungsprozeß unausweichlich, in dem regional mobilisierte Friktionen und Konflikte eher die Regel denn die Ausnahme sein werden?

Die Relevanz einer empirischen Analyse der Werthaltungen ost- und westdeutscher Eliten und Bevölkerung resultiert aus demokratiethoretischen Überlegungen zur Persistenz politischer Systeme und Regimestabilität. Voraussetzungen beider sind unter anderem die Bereitschaft der Eliten, auf der Basis eines institutionalisierten Regelnetzes zu handeln (vgl. Field/Higley 1973, 1980) und die Kongruenz von Institutionengefüge und politischer Kultur (vgl. Fuchs 1989). Mit der weitgehenden Übernahme der politischen Institutionenstruktur der Bundesrepublik im Gebiet der ehemaligen DDR kann jedoch weder von einem selbstverständlichen Wertkonsens innerhalb der gesamtdeutschen Führungsschicht noch innerhalb der gesamtdeutschen Bevölkerung ausgegangen werden.

### **Die Sozialisationshypothese**

Die vierzigjährige Entwicklung der DDR hat im Osten Deutschlands Lebensbedingungen geschaffen, die mit denen in einer pluralistischen, demokratischen und modernisierten Wohlstandsgesellschaft wie der Bundesrepublik nicht zu vergleichen sind. In einem von Frank Adler (1991) einmal so bezeichneten „Bermuda-Dreieck“ des Realsozialismus“ aus Machtkonzentration, De-Subjektivierung und Nivellierung/Homogenisierung ankerte die Bereitschaft der DDR-Bevölkerung, sich im Austausch gegen wirtschaftliche Versorgungsleistungen anzupassen und politisch zu arrangieren (vgl. Pollack 1992). Vor allem aber motivierte die staatlich induzierte Überpolitisierung des Alltagslebens in der DDR (vgl. Meuschel 1991) zur Suche nach Rückzugsmöglichkeiten in depolitisierte Nischen, förderte privatistische Tendenzen und informelle Sozialbeziehungen und reproduzierte herkömmliche unpolitische Haltungen einer Untertanenkultur (vgl. Almond/Verba 1963).

Als einer der prominentesten Erforscher des Wertewandels in den westlichen Demokratien postulierte Inglehart (1977, 1989) für die Bundesrepublik eine nahezu entgegengesetzte Entwicklung: gestiegene Beteiligungsansprüche der Bevölkerung in Folge von zunehmendem Wohlstand, Bildungsexplosion und wachsendem politischen Interesse drückten den Bedeutungsgewinn von Werten der Selbstbestimmung aus, die mit denen der Selbstentfaltung Schritt hielten.

Ogleich diese Ausführungen nur fragmentarischen Charakter haben, spricht einiges dafür, daß langfristige Wertorientierungen in einem spezifischen DDR-Muster über die Regimetransformation hinweg teilweise bewahrt werden konnten und sich in einer in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen Wertpräferenz niederschlugen. In Hypothesenform gebracht hieße das:

**Je wahrscheinlicher eine unterschiedliche Systemsozialisation die Ausbildung bestimmter Orientierungsmuster erklärt, desto eher ähneln sich die Einstellungsstrukturen zwischen Herkunftselite und Bevölkerung, unterscheiden sich aber von den Vergleichsgruppen im anderen Teil Deutschlands.**

*(Sozialisationshypothese)*

## Die Statushypothese

Während in der Bevölkerung die sozialstrukturelle Verankerung eines Individuums die Inhalte seiner Werthaltungen determiniert (vgl. Barnes/Kaase u.a. 1979; Inglehart 1989, 1994; Groß 1992; Bauer 1993), gelten für Angehörige der Führungsschicht ein höheres Bildungs- und Informationsniveau, die gemeinsame Nähe zu Entscheidungsprozessen und eine sekundäre, institutionelle Rollensozialisation in Verantwortungspositionen als entscheidende Prädiktoren dafür, daß Eliten unter anderem postmaterialistischer eingestellt sind als der Bevölkerungsdurchschnitt (vgl. u.a. Barton 1984; Putnam 1976; McAllister 1991; Hoffmann-Lange 1992). Wenn angenommen wird, daß diese Indikatoren für ostdeutsche Mitglieder von Führungsgruppen ebenfalls Gültigkeit haben, läßt sich folgende Hypothese formulieren:

**Ein Mitglied der gesamtdeutschen Elite zu sein, erhöht die Wahrscheinlichkeit postmaterialistischer Wertorientierungen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt, und zwar unabhängig konträrer Systemsozialisation.  
(Statushypothese)**

## Ergebnisse

Erstens: Die Positionsinhaber zeigen in der Summe und ohne regionalen Unterschied deutliche Affinität zu postmaterialistischen Werthaltungen, wobei sich die ostdeutsche Positionselite sogar zu mehr als der Hälfte als „reine“ Postmaterialisten definiert. In den Bevölkerungen hingegen dominieren die Mischtypen, die jeweils einen Indikator für materialistische und postmaterialistische Werte auf Platz Eins und Zwei ihrer Prioritätenliste setzen. Allerdings definieren sich dabei drei mal so viele West- (21%) wie Ostdeutsche (7%) als Postmaterialisten (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Anteil von Materialisten und Postmaterialisten in ost- und westdeutscher Elite und Bevölkerung (Spaltenprozentwerte)

Wertetypen	WEST		OST	
	Bevölkerung	Elite <sup>1</sup>	Elite <sup>1</sup>	Bevölkerung
	%	%	%	%
MAT	17	5	1	25
MAT/POSTMAT	35	18	18	40
POSTMAT/MAT	27	28	26	28
POSTMAT	21	49	55	7
Basis n	1847	1998	272	1012

<sup>1</sup> Bezeichnet die „Herkunfts“-Elite, bestimmt nach Geburtsort.

Dieses Ergebnis kann als Bestätigung der Statushypothese angesehen werden, wenn darüber hinaus berücksichtigt wird, daß der Grad formaler Bildung als sozialstrukturelle Hintergrundvariable für die Ausprägung postmaterialistischer Werthaltungen unter den gesamtdeutschen Eliten tatsächlich keine, in der Bevölkerung der neuen und alten Länder jedoch die ausschlaggebende Rolle spielt.

Zweitens: Dieser Befund verdeckt jedoch, daß Postmaterialismus von den Eliten in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich interpretiert wird. Betrachtet man die Prozentverteilung der jeweils erstplatzierten Indikatoren für materialistische und postmaterialistische Werte unter den Positionsinhabern, wird deutlich, daß ein partizipatorischer Postmaterialismus im Osten einem freiheitlich-liberalen Postmaterialismus im Westen gegenübersteht (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Erstplazierte Indikatoren für materialistische und postmaterialistische Werthaltungen in ost- und westdeutscher Elite und Bevölkerung (Spaltenprozentwerte)

Items	WEST		OST	
	Bevölkerung	Elite <sup>1</sup>	Elite <sup>1</sup>	Bevölkerung
	%	%	%	%
Ruhe u. Ordnung	43	19	16	55
Mehr Bürgereinfluß	31	26	52	31
Stabile Preise	9	4	3	10
Meinungsfreiheit	17	51	29	4
Basis n	1854	2012	272	1016

<sup>1</sup> Bezeichnet die „Herkunfts“-Elite, bestimmt nach Geburtsort.

Dies kann auch als Ausdruck einer andersartigen Demokratievorstellung gewertet werden, denn der Schutz der Meinungsfreiheit und plebiszitäre Partizipation werden unter ostdeutschen Elite-Mitgliedern stärker als im Westen mit der Funktionstüchtigkeit des politischen Systems in Verbindung gebracht. Wie die Beziehungsmaße in Tabelle 3 veranschaulichen, ist nicht das Fehlen von Freiheitsrechten (die in der Bundesrepublik offenbar als garantiert angesehen werden) Ursache von Systemkritik. Doch je weniger ostdeutsche Eliten den Einfluß der Bürger auf Entscheidungen der Regierung als gesichert ansehen, desto unzufriedener sind sie mit dem System der Bundesrepublik. Hierin manifestiert sich unter ostdeutschen Eliten eine Skepsis gegenüber dem repräsentativen Demokratiemodell der Bundesrepublik, die für eine horizontale Integration unter konsensueller Anerkennung demokratischer Grundwerte und -normen nicht unproblematisch sein dürfte.

Tabelle 3: Beziehung zwischen Postmaterialismus und Systemzufriedenheit<sup>1</sup> in ost- und westdeutscher „Herkunfts“-Elite (Tau b)

Indikatoren für Postmaterialismus	WESTDEUTSCHE ELITE	OSTDEUTSCHE ELITE
„Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“ <sup>2</sup>	.15	.37
„Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“ <sup>2</sup>	-.05	-.24

<sup>1</sup> Operationalisiert über die Frage nach der Funktionstüchtigkeit des politischen Systems. Codierung: 1=„Es funktioniert gut und muß nicht verändert werden“; 2=„Es funktioniert im großen und ganzen gut, muß aber in einigen Punkten verändert werden“; 3=„Es funktioniert nicht gut und muß in vielen Punkten verändert werden“; 4=„Es funktioniert überhaupt nicht und muß völlig verändert werden“.

<sup>2</sup> Ranggeordnete Codierung: niedriger Wert = Rangplatz 4 = niedrigste Priorität - hoher Wert = Rangplatz 1 = oberste Priorität.

Drittens: In der Bevölkerung der Neuen Bundesländer kristallisiert der Materialismus im Wunsch nach Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (vgl. Tab. 2). Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten in dieser Gruppe plazierte dieses Item auf Rang 1 der Prioritätenskala. In der Forderung nach mehr Bürgereinfluß bei politischen Entscheidungen ähnelt sich die Bevölkerung in den alten und neuen Ländern, doch unterscheidet sie sich in der Relevanzbewertung des Schutzes der Meinungsfreiheit. Nicht nur, daß viermal so viele West- wie Ostdeutsche dieses Item auf Platz eins der Prioritätenliste setzen. Für die ostdeutsche Bevölkerung ist dieser Wert sogar von geringstem Gewicht und wird selbst dem Wunsch nach einer stabilen Preisentwicklung nachgeordnet.

Tabelle 4: Mittelwerte bei der Wichtigkeitseinschätzung politischer Ziele in ost- und westdeutscher Elite und Bevölkerung

ITEMS	WEST		OST	
	Bevölkerung	Elite <sup>1</sup>	Elite <sup>1</sup>	Bevölkerung
(1) Gleiche Lebensbedingungen in Ost- u. Westdeutschland	5,5	5,9	5,9	6,6
(2) Abbau Arbeitslosigkeit	6,6	6,5	6,7	6,8
(3) Standortsicherung	6,4	6,2	5,9	6,4
(4) Abbau Staatsverschuldung	6,2	5,7	5,6	5,9
(5) Europäische Vereinigung	4,5	5,3	5,1	3,9
(6) Umweltschutz	6,3	5,9	6,5	6,1
(7) Sicherung Sozialstaat	6,0	5,4	6,2	6,3
(8) Kriminalität bekämpfen	6,4	5,3	5,7	6,7
(9) Sozialmißbrauch verhindern	6,2	4,9	4,2	6,0
(10) Ausländerintegration	4,9	5,2	5,6	4,5
(11) Extremismus unterbinden	6,1	5,9	5,9	6,1
Basis n	1813	2033	265	1008

Unabhängige Item-Einstufung (Rating) auf einer Wichtigkeitsskala von „ganz unwichtig = 1 bis 7 = sehr wichtig“.

<sup>1</sup> Bezeichnet die „Herkunfts“-Elite, bestimmt nach Geburtsort.

Ergänzend dazu macht ein Vergleich der Mittelwerte bezüglich der Wichtigkeitseinschätzung politischer Aufgaben deutlich, daß unter der ostdeutschen Bevölkerung am deutlichsten der kollektive Wunsch nach paternalistischer Fürsorge des Staates formuliert wird, der sozialpolitisch versorgen und maximalen Schutz vor Lebensrisiken gewähren soll (vgl. Tab. 4). Zwar weiß auch ein großer Teil der westdeutschen Bevölkerung die Vorzüge des Sozialstaates zu schätzen und zeigt sich über seine Absicherung in wirtschaftlichen Krisenzeiten besorgt, doch sind die Westdeutschen kaum bereit, für staatliche Leistungen auf individuelle Freiheitsrechte, Selbst- und Mitbestimmung zu verzichten. Dabei begründen offenbar Erfahrungen und Gewohnheiten in der DDR das tendenzielle Einverständnis der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, Freiheiten gegen Sicherheiten, Autonomie gegen Vormundschaft einzutauschen. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist damit kaum Ausdruck eines zivilgesellschaftlichen Verantwortungsgefühls des Individuums für die Gemeinschaft als vielmehr Erbe eines sozialistischen Kollektivismus, der das Prinzip der Egalität höher bewertet als individuelle Rechte und Unterschiede generell zu nivellieren trachtet.

Viertens: Bei dem Versuch, Materialismus und Postmaterialismus in Ost- und Westdeutschland inhaltlich zu charakterisieren, wurde deutlich, daß beide Konstrukte für die Beschreibung der Werthaltungen in den neuen Bundesländern nur bedingt taugen. Dies spiegelt sich in den Beziehungsmaßen zwischen den jeweils erstplazierten Indikatoren für materialistische und postmaterialistische Werte und den erhobenen Politikprioritäten wider.

Tabelle 5: Zusammenhang zwischen Issue-Prioritäten und Erstplatzierung der Indikatoren<sup>1</sup> für materialistische Werte in ost- und westdeutscher „Herkunfts“-Elite (Tau b)

POLITIKZIELE	RUHE UND ORDNUNG		STABILE PREISE	
	Westdeutsche Elite	Ostdeutsche Elite	Westdeutsche Elite	Ostdeutsche Elite
<b>ÖKONOMISCHE</b>				
(3) Standortsicherung	.21	.40	.01	-.19
(4) Abbau Staatsverschuldung	.13	.19	.02	-.04
<b>SOZIALE</b>				
(1) Gleiche Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland	-.02	.03	.00	.07
(2) Abbau Arbeitslosigkeit	-.12	-.05	.03	.13
(7) Sicherung Sozialstaat	-.21	-.25	.02	.19
(9) Sozialmißbrauch verhindern	.32	.44	-.06	-.13
<b>ÖKOLOGISCHE</b>				
(6) Umweltschutz	-.23	-.35	-.01	.12
<b>KULTURELL-TRANSNATIONALE</b>				
(5) Europäische Vereinigung	-.05	.04	-.00	-.13
(10) Ausländerintegration	-.20	-.31	-.02	.15
<b>INNERE SICHERHEIT VORSORGENDE</b>				
(8) Kriminalität bekämpfen	.32	.34	-.04	-.03
(11) Extremismus unterbinden	.08	.18	-.06	-.10

Unabhängige Item-Einstufung (Rating) auf einer Wichtigkeitsskala von „ganz unwichtig = 1 bis 7 = sehr wichtig“.

<sup>1</sup> Codierung: niedriger Wert (1) = 4. Rang - hoher Wert (4) = 1. Rang.

Für die Gruppe der Positionsinhaber fällt zunächst auf, daß die Materialisten in der ostdeutschen Elite die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland mit der Aufrechterhaltung innenpolitischer Stabilität assoziieren, zur Erreichung dieses Ziels aber auch negative Folgen, vor allem zuungunsten einer Preisstabilität, einkalkulieren (vgl. Tab. 5). Allerdings betrachten ostdeutsche Positionsinhaber die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung des Sozialstaates, die Lösung von Umweltproblemen und die verbesserte Integration von Ausländern durchaus im Zusammenhang mit einer stabilen Preisentwicklung. Anders als der Wunsch nach Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ist Preisstabilität damit für ostdeutsche Eliten kein Indikator für im Sinne von Inglehart definierte materialistische Werte. Wahrscheinlich kommt darin vielmehr die in der ehemaligen DDR angestrebte Synthese von Egalitätsidealen und Werten umfassender Sicherheit zum Ausdruck. Gerade die in der DDR eingefrorenen Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten und Betriebskosten galten als sozialistische Errungenschaft und wichtige Voraussetzung sozialer Gleichheit.

Ostdeutsche Positionsinhaber sehen sich in ihrer Wertpräferenz für Stabilität demzufolge einem Zielkonflikt ausgesetzt: zwischen wirtschaftlicher Prosperität in Verbindung mit Ruhe, Ordnung, niedriger Kriminalität und eingerechneten Stabilitätsverlusten in der Preisentwicklung einerseits und sozialer Gerechtigkeit auf der Basis stabiler Preise andererseits.

Tabelle 6: Zusammenhang zwischen Issue-Prioritäten und Erstplatzierung der Indikatoren<sup>1</sup> für postmaterialistische Werte in ost- und westdeutscher „Herkunfts“-Elite (Tau b)

POLITIKZIELE	MEHR BÜRGEREINFLUß		MEINUNGSFREIHEIT	
	Westdeutsche Elite	Ostdeutsche Elite	Westdeutsche Elite	Ostdeutsche Elite
<b>ÖKONOMISCHE</b>				
(3) Standortsicherung	-.02	-.39	-.02	.14
(4) Abbau Staatsverschuldung	-.10	-.14	-.05	-.02
<b>SOZIALE</b>				
(1) Gleiche Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland	.02	-.03	-.00	-.05
(2) Abbau Arbeitslosigkeit	.10	-.01	.00	-.01
(7) Sicherung Sozialstaat	.18	.23	.01	-.12
(9) Sozialmißbrauch verhindern	-.25	-.35	-.07	-.00
<b>ÖKOLOGISCHE</b>				
(6) Umweltschutz	.20	.32	.06	-.04
<b>KULTURELL-TRANSNATIONALE</b>				
(5) Europäische Vereinigung	.00	-.03	.07	.07
(10) Ausländerintegration	.17	.29	.05	-.11
<b>INNERE SICHERHEIT VORSORGENDE</b>				
(8) Kriminalität bekämpfen	-.21	-.31	-.11	-.04
(11) Extremismus unterbinden	-.05	-.16	.00	.06

Unabhängige Item-Einstufung (Rating) auf einer Wichtigkeitsskala von „ganz unwichtig = 1 bis 7 = sehr wichtig“.

<sup>1</sup> Codierung: niedriger Wert (1) = 4. Rang - hoher Wert (4) = 1. Rang.

Weitere Besonderheiten in der ostdeutschen Elite im Vergleich zu den Positionsinhabern westdeutscher Herkunft sind im präferierten Wert des Schutzes der Meinungsfreiheit zu beobachten. Von dieser Befragtengruppe ohnehin für weniger wichtig gehalten als Bürgerbeteiligung, dokumentieren die Korrelationskoeffizienten in Tabelle 6, daß bei ostdeutschen Eliten der Schutz der Meinungsfreiheit an Bedeutsamkeit verliert, je wichtiger die Sicherung des Sozialstaates und die Toleranz gegenüber Fremden eingeschätzt werden. Andererseits läßt die Thematisierung der Standortsicherung auf die Präferenz für den Wert des Schutzes der Meinungsfreiheit schließen. Offensichtlich betrachten Teile der befragten ostdeutschen Eliten eine gesunde Wirtschaft als sicherste Garantie für eine demokratische Entwicklung.

Diese Befunde zusammengenommen, scheinen die Werte der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit unter ostdeutschen Eliten eine Brücke zu schlagen und die Dimensionen von Materialismus und Postmaterialismus punktuell und in funktionaler Weise zu verschmelzen (vgl. Abb.1). Preisstabilität wird zusammengedacht mit Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, ökonomische Prosperität mit der Gewährleistung liberaler Freiheitsrechte. Es scheint bei ostdeutschen Positionsinhabern demnach weniger eine Spannungslinie zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten zu existieren, sondern eher eine multiple Konfliktdimension zwischen Freiheit und Gleichheit, ökonomischer Stabilität und sozialer Gerechtigkeit, Autoritätsakzeptanz und Bürgereinmischung.

Abbildung 1: Issue-Prioritäten im Überschneidungsbereich von materialistischen und postmaterialistischen Werthaltungen ostdeutscher Elite-Mitglieder



Wie Tabelle 7 deutlich macht, kristallisiert in der Bevölkerung der alten und neuen Bundesländer der Wunsch nach Ruhe und Ordnung in der Forderung nach Schutz vor Kriminalität, wobei das Beziehungsmaß im Osten sehr viel schwächer ausgeprägt ist als in der westdeutschen Bevölkerung. Der Zugewinn politischer und persönlicher Freiheiten geht auch mit ihrem Mißbrauch durch kriminelle Enthemmung einher, was von den ehemaligen DDR-Bürgern heute neben einem Mangel an sozialer Sicherheit als größte individuelle Bedrohung empfunden wird. Wünsche nach Abbau der Arbeitslosigkeit, der Verhinderung des Mißbrauchs sozialer Leistungen und der Bekämpfung der Kriminalität sind daher bei der Bevölkerung der neuen Länder kaum oder überhaupt nicht durch die Affinität zu materialistischen Werten erklärbar.

Tabelle7: Zusammenhang zwischen Issue-Prioritäten und Erstplatzierung der Indikatoren<sup>1</sup> für materialistische Werte in ost- und westdeutscher Bevölkerung (Tau b)

POLITIKZIELE	RUHE UND ORDNUNG		STABILE PREISE	
	Westdeutsche Bevölkerung	Ostdeutsche Bevölkerung	Westdeutsche Bevölkerung	Ostdeutsche Bevölkerung
<b>ÖKONOMISCHE</b>				
(3) Standortsicherung	.09	.02	.00	.01
(4) Abbau Staatsverschuldung	.07	.03	-.01	.00
<b>SOZIALE</b>				
(1) Gleiche Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland	-.01	.01	-.12	.06
(2) Abbau Arbeitslosigkeit	.01	-.05	.00	.11
(7) Sicherung Sozialstaat	.00	.01	.01	.03
(9) Sozialmißbrauch verhindern	.17	.08	.01	.02
<b>ÖKOLOGISCHE</b>				
(6) Umweltschutz	-.07	-.03	-.12	-.02
<b>KULTURELL-TRANSNATIONALE</b>				
(5) Europäische Vereinigung	-.00	-.03	-.09	-.02
(10) Ausländerintegration	-.12	-.05	-.14	-.07
<b>INNERE SICHERHEIT VORSORGENDE</b>				
(8) Kriminalität bekämpfen	.23	.11	.03	.08
(11) Extremismus unterbinden	.02	.07	-.10	-.03

Unabhängige Item-Einstufung (Rating) auf einer Wichtigkeitsskala von „ganz unwichtig = 1 bis 7 = sehr wichtig“.

<sup>1</sup> Codierung: niedriger Wert (1) = 4. Rang - hoher Wert (4) = 1. Rang.

Andererseits ist der Postmaterialismus, wie aus Tabelle 8 hervorgeht, in der westdeutschen Bevölkerung durch die Betonung von Umweltschutz und verbesserter Integration von Ausländern charakterisiert. Hingegen bleibt er in Ost-Deutschland nicht nur quantitativ schwach verbreitet, sondern in seinen qualitativen Merkmalen auch relativ diffus. Offensichtlich sind die Wertvorstellungen der ostdeutschen Bevölkerung zu wenig konturiert, um Relevanz für die politische Einstellungsbildung zu haben. Vermutlich ist die ostdeutsche Bevölkerung in ihrer Problemwahrnehmung noch immer vom Transformationsschock und einem vereinigungsbedingten Problemkonglomerat geprägt, in dessen Mittelpunkt die Verunsicherungen durch Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsangst stehen.

Tabelle 8: Zusammenhang zwischen Issue-Prioritäten und Erstplatzierung der Indikatoren<sup>1</sup> für postmaterialistische Werte in ost- und westdeutscher Bevölkerung (Tau b)

POLITIKZIELE	MEHR BÜRGEREINFLUSS		MEINUNGSFREIHEIT	
	Westdeutsche Bevölkerung	Ostdeutsche Bevölkerung	Westdeutsche Bevölkerung	Ostdeutsche Bevölkerung
<b>ÖKONOMISCHE</b>				
(3) Standortsicherung	- .05	- .00	- .05	- .04
(4) Abbau Staatsverschuldung	- .00	- .01	- .06	- .02
<b>SOZIALE</b>				
(1) Gleiche Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland	.03	- .04	.09	- .04
(2) Abbau Arbeitslosigkeit	- .00	- .02	- .01	- .07
(7) Sicherung Sozialstaat	.03	.03	- .03	- .07
(9) Sozialmißbrauch verhindern	- .06	- .04	- .12	- .04
<b>ÖKOLOGISCHE</b>				
(6) Umweltschutz	.07	.06	.12	.01
<b>KULTURELL-TRANSNATIONALE</b>				
(5) Europäische Vereinigung	.00	.01	.08	.04
(10) Ausländerintegration	.10	.08	.16	.05
<b>INNERE SICHERHEIT VORSORGENDE</b>				
(8) Kriminalität bekämpfen	- .12	- .08	- .13	- .11
(11) Extremismus unterbinden	.00	- .01	.06	- .04

Unabhängige Item-Einstufung (Rating) auf einer Wichtigkeitsskala von „ganz unwichtig = 1 bis 7 = sehr wichtig“.

<sup>1</sup> Codierung: niedriger Wert (1) = 4. Rang - hoher Wert (4) = 1. Rang.

Fünftens: Die meisten hier vorgelegten Ergebnisse sprechen für die Sozialisationshypothese. Positionsinhaber und Bevölkerung ostdeutscher Herkunft haben im Unterschied zu ihrer Vergleichsgruppe im Westen gemeinsam, daß sie individuelle Freiheitsrechte kollektiven Partizipationsrechten nachordnen und ihre Werthaltungen nur unzureichend mit den Konstrukten Materialismus und Postmaterialismus beschrieben werden können. Die in der früheren DDR sozialisierten Werte der Gleichheit, Gerechtigkeit und umfassenden Sicherheit sind im Werthaushalt von ostdeutscher Führungsschicht und Bevölkerung nach wie vor feste Bestandteile und die wichtigsten Evaluations- und Selektionskriterien für Problemwahrnehmung und Einstellungsbildung.

Trotz ihrer grundsätzlichen Übereinstimmung in der Präferenz für progressive Werte kann von einer Integration ost- und westdeutscher Eliten nur vorsichtig die Rede sein. Grundsätzliche Unterschiede manifestieren sich in der Prioritätensetzung politischer Werte. Selbst wenn ein Struktureffekt in der Befragtengruppe ostdeutscher Positionsinhaber eingeräumt wird, die sich überproportional im Sektor Politik platzieren, entspricht die unterschiedliche Demokratieauffassung kaum noch dem 1981 in der „Mannheimer Elitestudie“ festgestellten Grundkonsens der Eliten über ein repräsentatives, freiheitlich-liberales Demokratiemodell. Denn die Verknüpfung radikaldemokratischer Elemente mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit und sozialistischen Egalitätsidealen in den Werthaltungen der befragten ostdeutschen Eliten stellen diesen Grundkonsens in Frage.

Dennoch implizieren die dargelegten Befunde neben Skepsis auch Optimismus. Zu den wichtigsten Akteuren im kulturellen Vereinigungsprozeß scheinen sich die Positionsinhaber ostdeutscher Herkunft zu entwickeln, denen eine besondere Integrationsleistung abverlangt wird. In der Summe teilen sie die avantgardistischen Werteaffinitäten westdeutscher Positionsinhaber, ohne jedoch die von der ostdeutschen Bevölkerung als positiv erlebten Leistungen und Werte des sozialistischen DDR-Systems völlig zu negieren. Am dringendsten stellt sich den ostdeutschen Eliten die Aufgabe, zwischen den Ansprüchen und Forderungen, die aus diesen Werthaltungen resultieren, und den demokratischen Strukturen und marktwirtschaftlichen Mechanismen in der Bundesrepublik zu vermitteln. Daraus leitet sich die Forderung ab, Ostdeutsche bei der Rekrutierung in Elitepositionen verstärkt zu berücksichtigen und ihnen auch Zugang in gesellschaftliche Elite-Sektoren zu ermöglichen, in denen sie bislang gar nicht oder unterrepräsentiert sind.

Die Wertorientierungen von Ost- und Westdeutschen erweisen sich trotz vierzigjähriger staatlicher Trennung und gegensätzlicher Systeme nicht als ganz und gar inkompatibel, doch wird ein nur allmählicher kultureller Anpassungsprozeß ost-west-deutsche Interessenkonflikte und die Mobilisierung regionaler Loyalitäten in absehbarer Zeit nicht ausschließen können.

# Vom repräsentativen zum plebiszitären Führungsprinzip. Eine neue Generation in der Führungsschicht?

**Wilhelm Bürklin**

## 1. Einleitung und Fragestellung.

Die mächtigsten Revolutionen vollziehen sich geräuschlos durch den Austausch der Elite im Generationswechsel. Auf diese Charakteristik des generationalen Wertewandels hat erstmals Walter Bagehot in der Einleitung der 1872 erschienenen zweiten Auflage seiner "English Constitution" hingewiesen. Nichts habe einen nachhaltigeren Einfluß auf den "Geist" einer Politik als der permanente Ersatz der alten politischen Elite durch die Mitglieder der jüngeren Generation. Die Theorie des generationalen Wertewandels hat seither eine Reihe bedeutsamer Konkretisierungen erfahren, die von Karl Mannheim (1928) bis Ronald Inglehart (1971/1989) reichen. Für besonderes Aufsehen sorgte in diesem Zusammenhang die These Ingleharts, daß der Wertewandel in der Nachkriegszeit wegen des beispiellosen wirtschaftlichen Wohlstandes einer Revolution gleichkommen werde.

Stehen wir heute vor diesem Generationswandel in der deutschen Elite? Ausgangspunkt der neueren Diskussion war die Studentenbewegung der 60er Jahre (Barnes, Kaase et al 1979). Sie konfrontierte das Establishment mit den neuen Werten der Nachkriegsgeneration. Heute, 30 Jahre später, beginnt die von der Studentenbewegung geprägte Generation, die wichtigsten Führungspositionen im einst bekämpften System zu übernehmen. Damit scheint der von Rudi Dutschke propagierte "lange Marsch durch die Institutionen" vor seinem Ziel zu stehen.

Was hat die Idee des langen Marsches mit der Generationsthese zu tun? Sie geht wie die Inglehart'sche Theorie von der Gültigkeit der Generationsthese aus. Hinter der Aufforderung zum langen Marsch stand die Erwartung der Studentenbewegung, daß es auf lange Sicht eher zum Ziel führe, das System im Sinne der sog. Doppelstrategie zu revolutionieren. Zum einen sollte der Kampf innerhalb der bestehenden Ordnung - als Partisan im Apparat - geführt werden. Flankierend dazu sollte ein Gegenmilieu aufgebaut werden, um die dennoch befürchtete Integration in das System und seine Rollenerwartungen zu verhindern (Langguth 1976).

Hat die Studentenbewegung dieses Ziel heute erreicht? Aus der automatischen Generationenabfolge kann diese These nicht abgeleitet werden. Von einem generationalen Wertewandel kann erst dann die Rede sein, wenn die grundlegenden Wertorientierungen, die diese Generationseinheit in ihrer formativen Jugendphase erwarb, auch in späteren Phasen des Lebenszyklus beibehalten hat.

Im Gegensatz zur Generationsthese steht die sog. situative Theorie des Wertewandels. Sie postuliert, daß ein Individuum - mit einer gewissen Verzögerung - seine Einstellungen und Wertorientierungen anpaßt, wenn sich seine berufliche oder soziale Situation verändert. Am Beispiel des Aufstiegs in eine Eliteposition wäre das der Übergang in einen höheren Sozialstatus, oder, wie es Karl Mannheim formulierte, der Übergang vom unterdrückten zum führenden Generationstyp.

Mit den Daten der Potsdamer Elitestudie 1995 können wir diese beiden konkurrierenden Theorien einem partiellen empirischen Test unterwerfen. Wir können darüber hinaus Antworten auf folgende Fragen geben: Wie weit ist der generationale Wandel der Führungsschicht heute fortgeschritten? In welchen Einstellungen und Wertorientierungen unterscheiden sich die neuen Generationstypen von den Kriegs- und Vorkriegsgenerationen? Hat die Protestbewegung auch in der deutschen Führungsschicht eine generationale Spaltung entstehen lassen, die die traditionell sektoral bestimmten Interessenkonflikte überlagert?

Ich möchte im folgenden vier Thesen entwickeln:

**1. Aus der Protest- und Wohlstandsgeneration kommt heute die Mehrheit der deutschen Führungsschicht. Diese neuen Generationstypen unterscheiden sich in ihren Einstellungen charakteristisch von der Kriegs- und Vorkriegsgeneration.**

**2. Die neue Führungsgeneration vertritt sowohl auf der Wert- als auch auf der Normdimension der Politik unterschiedliche Konzeptionen: Auf der Wertdimension steht sie den politischen Zielen der Neuen Politik näher, auf der Normdimension dem Konzept einer plebiszitären, alle gesellschaftlichen Sektoren umfassenden Demokratie. Dieses Konzept steht in einem Spannungsverhältnis zum Modell der repräsentativen Demokratie.**

**3. Die Zugehörigkeit zu einem Elitesektor prägt die Wertorientierungen stärker als die Generationszugehörigkeit. Neben den sektoralen Unterschieden verstärken eine längere Amtsdauer und eine höhere Elitenposition eher traditionelle Einstellungen. Beide Ergebnisse sprechen für die Geltung der situativen Theorie des Wertewandels.**

**4. Die Einstellungsunterschiede zwischen den verschiedenen Sektoren erklären sich darüber hinaus auch durch ihre Zusammensetzung: In Sektoren mit jüngeren Führungskräften, die kürzere Zeit im Amt sind und sich auf einer mittleren oder unteren Führungsposition befinden, findet auch die plebiszitäre Demokratiekonzeption größere Zustimmung. Die sektoralen Differenzen erweisen sich damit zum Teil ebenfalls als lebenszyklischer Konflikt, d.h. als Konflikt zwischen Führungsgruppen mit unterschiedlich starker Rollensozialisation.**

Diese Ergebnisse deuten auf massive Lebenszykluseffekte von Wertorientierungen in der deutschen Führungsschicht hin, die den generationalen Wertewandel zum Teil konterkarrieren.

## ***2. Die Wohlstandsgeneration und der Wandel der Demokratievorstellung***

Das Konzept der politischen Generationen basiert auf der Annahme, daß ein Individuum seine politische Prägung zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr erhält. Als bester Prädiktor hat sich dabei das 15. Lebensjahr erwiesen (Dalton 1977). Auf der Grundlage dieser Generationseinteilung lassen sich für die Bundesrepublik sechs historische Phasen unterscheiden, die generationsprägende Kraft besaßen (Baker/Dalton/Hildebrandt 1981):

das Kaiserreich (bis 1918)

die Weimarer Republik (1919-32)

das Dritte Reich (1933-45)

die unmittelbare Nachkriegszeit (1946-55)

die Ära des Wohlstands im "Wirtschaftswunder" (1955-65)

die Ära politischen Protests nach 1966.

Nach dieser Generationseinteilung hat heute eine Mehrheit von 51,5 Prozent der deutschen Führungsschicht ihre politische Prägung in der Zeit des deutschen "Wirtschaftswunders" nach 1956 oder sogar erst in der Protestbewegung nach 1966 erhalten (Tabelle 1). Weitere 40 Prozent gehören der Nachkriegsgeneration an.

Tabelle 1: Politische Generationen in der deutschen Elite 1968-1995

	Jahr der Elitestudie			
	1968	1972	1981	1995
Politische Generation				
Protest (1966-)	-	-	0,1	14,5
Wohlstand (56-65)	0,2	1,7	5,9	37,0
Nachkrieg (46-55)	2,0	8,8	25,7	40,2
3. Reich (33-45)	36,4	50,4	62,2	8,0
Weimar (19-32)	48,8	36,0	5,8	0,3
Kaiserreich (-1918)	12,6	3,1	0,3	-
Summe (N)	100 (808)	100 (1825)	100 (1744)	100 (2341)

Die im Dritten Reich sozialisierte Generation, die noch bei der letzten Elitestudie von 1981 dominant vorherrschte (62%), hat heute ihre Führungsrolle eingebüßt. Damit verfügt Deutschland zum ersten Mal über eine Führungsschicht, die ihre Wertorientierungen überwiegend in einer demokratischen Ordnung erhalten hat. Die Generationserfahrung von Krieg und materieller Not hat die Mehrheit der Elite nicht mehr erfahren.

Diese prägenden Sozialisationserfahrungen spiegeln sich auch in den veränderten Einstellungen der Wohlstandsgeneration in der Führungsschicht wieder. Dabei lassen sich drei Trends feststellen, die mit vergleichbaren Entwicklungen in der Bevölkerung parallel laufen:

Die erste generationale Trennungslinie liegt auf der Wertdimension der Politik und bezeichnet den auch in der Bevölkerung feststellbaren Trend zu den Themen der sog. "Neuen Politik" (Baker/Dalton/Hildebrandt 1981) bzw. des Postmaterialismus (Inglehart 1971). Für die Angehörigen der Protest- und Wohlstandsgeneration haben die meisten der früher dominanten materiellen und sicherheitsbezogenen Ziele an Bedeutung verloren. Hier wirkt sich die fehlende Generationserfahrung des Krieges und der militärischen und wirtschaftlichen Unsicherheit der unmittelbaren Nachkriegszeit aus. Demgegenüber sind für sie die nicht-materiellen Ziele, wie etwa der Schutz von Minderheiten und der Umwelt, wichtiger geworden. Für die neuen Themen scheint der Übergang von den Vor- zu den Nachkriegsgenerationen tatsächlich eine Wasserscheide darzustellen. Diese Differenzierung läßt sich auch mit dem unter Kritik geratenen Inglehart-Index quantifizieren: Nach seiner Klassifizierung sind knapp ein Drittel (28%) der Vorkriegsgeneration gegenüber zwei Dritteln (65%) der Protestgeneration zur Gruppe der Postmaterialisten zu rechnen.

Die zweite Trennungslinie bezieht sich auf die Prozeß- bzw. Normdimension der Politik. Sie betrifft die veränderte Bedeutung politischer Beteiligungsrechte, die sich zu einem alternativen Konzept der plebiszitären, partizipatorischen Demokratie verdichten.

Dazu ist im einzelnen zu rechnen (Schaubild 1, Anhang):

- eine Präferenz für mehr Mitwirkungsrechte der Bürger an Regierungsentscheidungen: 17% der Vorkriegs-, aber 43% der Protestgeneration gibt diesem Ziel Priorität,
- eine Präferenz für die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden als notwendige Ergänzung der repräsentativen Demokratie (39 vs. 78 Prozent Zustimmung),
- eine Präferenz für die Forderung, Demokratie nicht nur auf den politischen Bereich zu beschränken, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu realisieren (60 vs. 83% Zustimmung) sowie die politische Mitwirkung der Bevölkerung nicht nur auf Wahlen zu beschränken (86 vs. 93%),
- die Ablehnung einer traditionellen Staatsvorstellung, einer starken politischen Führung und des Vorrangs von Ruhe und öffentlicher Ordnung: 56 Prozent der Vorkriegsgeneration gegenüber 17 Prozent der Protestgeneration ist bereit, bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung das Streik- und

Prozent der Protestgeneration ist bereit, bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung das Streik- und Demonstrationsrecht einzuschränken. Die Vorstellung, daß Demokratie auf Dauer nur möglich sei, wenn sich eine starke Führung über alle Gruppeninteressen hinwegsetzt, teilen 14 gegenüber 48 Prozent der Vorkriegsgeneration, und dem Ziel der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land räumen 9 vs. 43 Prozent der Vorkriegselite Priorität ein.

Die bezeichneten Generationsunterschiede gewinnen besondere Bedeutung dadurch, daß sie keine singulären Beobachtungen darstellen, sondern sich auch empirisch zu zwei verschiedenen Demokratievorstellungen verdichten: Hier das traditionelle Konzept der repräsentativen Demokratie, mit dem eine Präferenz für politische Stabilität, die Begrenzung unkonventioneller Beteiligungsformen zugunsten der öffentlichen Ordnung und das Konzept der politischen Führung steht. Dort das plebiszitär-partizipatorische Modell, das mit den Themen der Neuen Politik und der Forderung verbunden ist, den Beteiligungsrechten des Individuums in allen gesellschaftlichen Bereichen höchste Priorität einzuräumen (Schaubild 2). Letzteres Demokratiekonzept spitzt die anthropozentrische Staatsvorstellung des Grundgesetzes zu, indem es selbst die dem Rechts- und Parteiensstaat inhärenten Grenzen individueller Selbstbestimmung ablehnt (vgl. zu dieser Diskussion Bürklin/Klein/Ruß 1996).

Der Bedeutungsraum zwischen beiden demokratiethoretischen Konzeptionen wird von den politischen Generationstypen in charakteristischer Weise aufgespannt: Die Protestgeneration unterstützt das plebiszitär-partizipatorische, die Vorkriegsgenerationen dagegen das repräsentative Demokratiemodell ( $\eta^2 = .32$ , bzw.  $.38$  für alle Alterskategorien). Diese Ergebnisse sprechen für den erfolgreichen Marsch durch die Institutionen, da die Protestgeneration ihre plebiszitären Vorstellungen auch noch nach dem Aufstieg in die Führungsschicht beibehalten zu haben scheint.

### **3. Alternative Erklärungen: Sektorzugehörigkeit, Amtsdauer und Positionshöhe.**

Die vorliegenden Ergebnisse der Eliteforschung sprechen gegen diese Vermutung. Gegen die Gültigkeit der Generationsthese spricht vor allem der wiederholt belegte Tatsache, daß die sektorspezifische Sozialisation von Eliten alle anderen Prägungen überlagert

Andererseits steht die Generationsthese zur Erklärung demokratischer Einstellungen in der Führungsschicht im Widerspruch zu dem gut bestätigten Ergebnis der Eliteforschung, daß die sektorspezifische Sozialisation von Eliten alle anderen Prägungen überlagert (Schleth 1971, Hoffmann-Lange 1992). In dieser Perspektive verlieren frühere Prägungen, wie z.B. die soziale Herkunft oder die Generationszugehörigkeit, in dem Maße an Bedeutung, wie ein Mitglied der Führungsschicht die Rolle eines sektoralen Interessenvertreters übernimmt. Als Indikatoren für die

sich schrittweise vollziehende Rollensozialisation können die Amtsdauer und die erreichte Positionshöhe in der Führungsschicht gelten. Zusätzlich ist auf der Grundlage der 1995 noch unvollständigen Einbindung Ostdeutscher in die gesamtdeutsche Führungsschicht auch von der regionalen Herkunft ein Einfluß zu erwarten.

Der empirische Vergleich dieser verschiedenen Indikatoren zeigt zunächst, daß der Generationseffekt tatsächlich jeweils deutlich größer ist als die drei Effekte der Rollensozialisation: die in Jahren gemessene Amtsdauer, die mit einer 7-stufigen Skala gemessene Positionshöhe innerhalb der Führungsschicht sowie die Ost-West-Herkunft. Diese deutlichen Generationseffekte werden allerdings relativiert durch den Effekt der Zugehörigkeit zu einem unterschiedlichen Elitensektor. Der Sektoreffekt ist rund dreimal so groß wie der Generationseffekt ( $\eta^2 = .324$  bzw.  $.564$ ; d.h. erklärte Varianz: 10 bzw. 32%).

Zum zweiten zeigt sich, daß der Generationseffekt durch die verschiedenen Faktoren der Elitensozialisation abgeschwächt wird: Je stärker eingebunden, umso weniger beharrlich werden neue politische Themen und Politikstile vertreten. Der stärkste Effekt geht auch hier wiederum von der Sektorzugehörigkeit aus (Tabelle 2). Werden alle diese Merkmale simultan konstant gehalten, d.h., werden zwischen den Generationen nur Personen mit gleichen Merkmalen verglichen, dann reduziert sich der Generationseffekt auf einen Bruchteil seiner ursprünglichen Erklärungskraft ( $\beta = .124$  bei einer erklärten Gesamtvarianz von 36,4%). Vergleichbare Effekte zeigen sich nicht für die Sektorzugehörigkeit: Werden Amtsdauer, Positionshöhe und Ost-West-Herkunft konstant gehalten, dann bleibt die Prägung durch den Sektor weitgehend bestehen ( $.564$  vs.  $.502$ ). Daraus läßt sich ableiten, daß die sekundäre Prägung von Mitgliedern der Führungsschicht in den verschiedenen Elitesektoren deren politische Einstellungen maßgeblich bestimmt.

Tabelle 2: Generations- und Sektoreffekte plebiszitärer Einstellungen:  
Eine Multiple Klassifikationsanalyse

Erklärungsmodelle:		(eta) Einzeleffekt	beta-Koeffizient nach Kontrolle aller anderen Effekte
I.	Positionshöhe	.164	.041
II.	Amtsduer	.219	.131
III.	Ost-West-Herkunft	.234	.078
IV.	Generation	.324	.124
V.	Sektorzugehörigkeit	.564	.502
		(Netto-) beta-Koeffizient des Generationseffektes	
VI.	Generation, Positionshöhe	.309	
VII.	Generation, Amtsdauer	.296	
IIIX.	Generation, Ost-West-Herkunft	.281	
IX.	Generation, Sektorzugehörigkeit	.164	
X.	Generation, Sektorzugehörigkeit,		
XI.	Generation, Positionshöhe, Amtsdauer, Ost-West-Herkunft (Modellgüte: $R=.603$ , $r^2=.364$ )	.124	

Wie sind diese Ergebnisse zu erklären und zu interpretieren?

Ausgangspunkt unserer Erklärung sind zunächst die Einstellungen der verschiedenen Sektoreliten auf den beiden Demokratie-Dimensionen. Dabei zeigt sich, daß die Partieliten aus dem linken Spektrum der Politik sowie die Gewerkschafts-, Kultur- und Medienelite die plebiszitären Demokratiekonzeption präferiert. Die Eliten der CDU/CSU, der Wirtschaft, der Verbände, der Wissenschaft und des Militärs fühlen sich mehrheitlich dem traditionellen Konzept verbunden ( $\eta = .564$ ). Vordergründig betrachtet zeichnen sich die erstgenannten Teileliten dadurch aus, daß sie politisch eher links eingestellt sind.

Vergleichbar wichtig ist jedoch die unterschiedliche soziale Struktur der Sektoreliten. Die erstgenannten Eliten sind in der Regel jünger: Während etwa die Führung der Grünen durchschnittlich 41 Jahre alt ist, sind die Eliten in Wirtschaft und Verbänden um 15 bzw. 16 Jahre älter (Tabelle 3).

Außerdem verfügen sie über weniger Amtserfahrung und nehmen auch häufiger eine mittlere bzw. untere Führungsposition ein. Überdurchschnittlich häufig sind in diesen Sektoren Führungskräfte aus den Neuen Bundesländern vertreten. Alle diese Merkmale charakterisieren diese Teileliten als weniger stark in ihre Elitenrolle sozialisiert. Damit lassen sich letztlich auch die beobachteten Sektordifferenzen - etwa zwischen Politikern der Grünen und der Verbandselite - nicht als Generationskonflikt, sondern als Ergebnis noch nicht vollzogener Sozialisation in die Elitenrolle interpretieren.

Tabelle 3: Sektordifferenzen Elite 1995

Sektor	Alter	Positionshöhe	Amtsduer	Herkunft: Ost - West
SPD	50,5	5,8	4,1	1,30
CDU/CSU	50,0	5,8	4,4	1,28
FDP	50,0	5,8	4,9	1,22
Grüne	41,1	5,2	2,7	1,26
PDS	42,0	4,9	3,4	1,84
Verwaltung	54,8	5,3	4,7	1,02
Wirtschaft	56,0	6,8	6,8	1,00
Wirtschaftsverbände	57,0	6,5	7,2	1,08
Gewerkschaften	51,0	6,4	7,1	1,12
Massenmedien	48,8	5,7	5,9	1,12
Wissenschaft	57,2	6,5	7,2	1,07
Militär	55,4	5,5	3,0	1,00
Kultur	51,0	5,3	9,5	1,13
Sonstige	57,5	6,4	7,0	1,07
Total	53,0	5,9	5,7	1,12

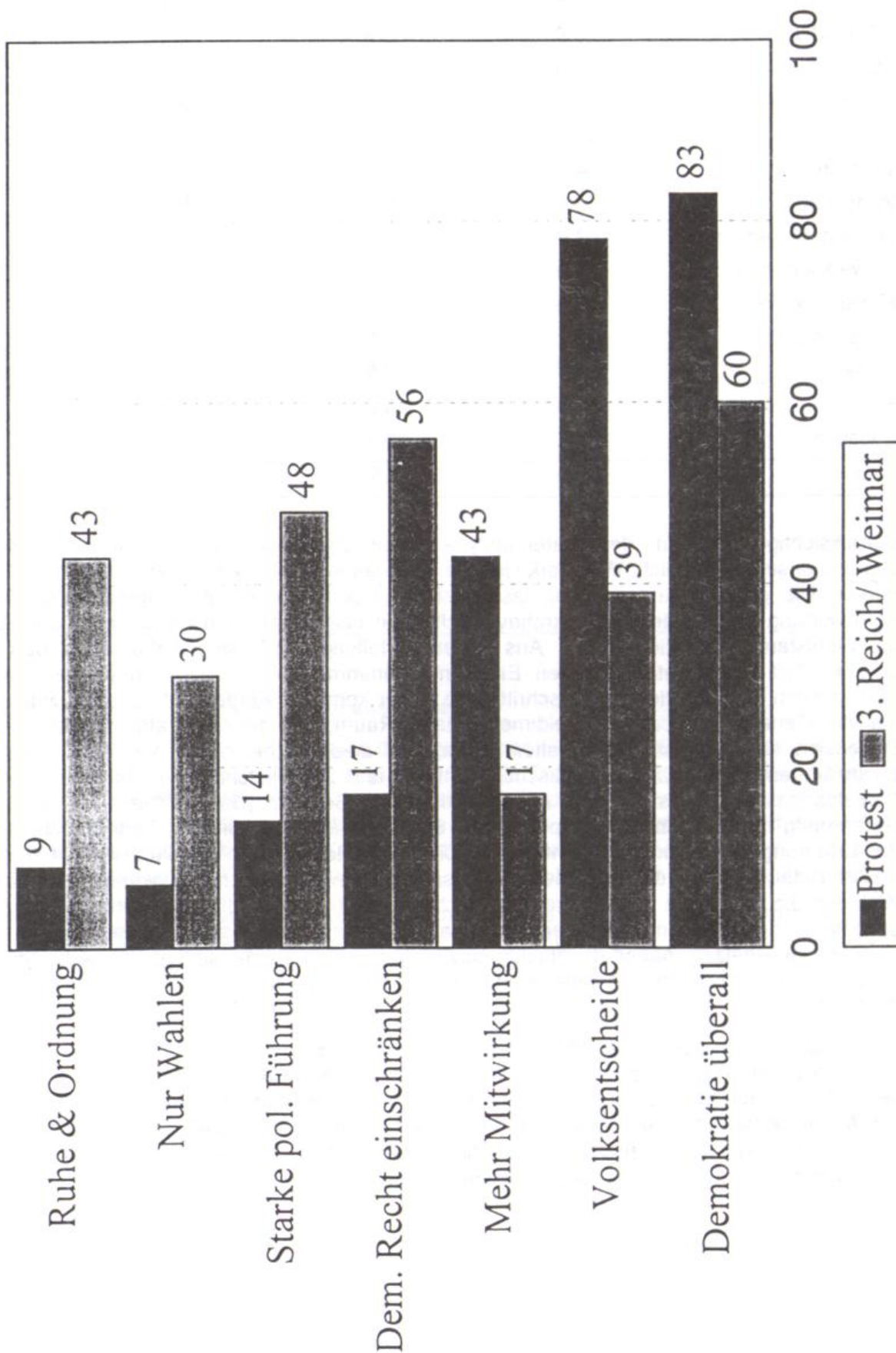
Berücksichtigt man in der Datenanalyse diese Faktoren, dann relativiert sich auch der Generationseffekt deutlich. Wie stark sich die Generationseffekte abschwächen, geht aus Schaubild 3 hervor. Die größten Anpassungen lassen sich dabei in der Protestgeneration feststellen. Deren Befürwortung plebiszitärer Demokratievorstellungen fällt sogar noch leicht hinter die Vorstellungen der Wohlstandsgeneration zurück. Aus diesen Verteilungen läßt sich vorhersagen, daß auch die in jüngster Zeit rasch aufgestiegenen Eliten mit zunehmender Sozialisation in die Elitenrolle dem traditionellen Demokratiekonzept schrittweise näher kommen werden. Gleichzeitig zeigt die Position der vier Generationstypen im zweidimensionalen Raum, daß der Generationseffekt auf der zweiten Dimension sehr viel stärker erhalten bleibt. Auf dieser Dimension finden sich unterschiedliche Einstellungen zur Legitimität politischer Konflikte und zur Einschätzung, daß die Erweiterung der Partizipationsrepertoires in den unkonventionellen Bereich (Barnes/Kaase et al. (1979) eine Gefährdung für die Stabilität des politischen Systems bedeuten könnten. Es läßt sich vermutlich mit der Erfahrung der nunmehr 50jährigen Stabilität der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik erklären, daß sich auf dieser Dimension tatsächlich ein generationaler Wertewandel vollzogen hat. Während die Eliten, die die unmittelbare Nachkriegszeit und vor allem das Dritte Reich erlebten, die unkonventionellen bis nicht-legalen Partizipationsformen noch als Bedrohung der demokratischen Ordnung einschätzen, haben die Nachkriegsgenerationen hier erheblich geringere Bedenken. Für sie gehören diese Aktionsformen zunehmend zur Normalität, die das politische System zu verarbeiten in der Lage ist.

Wenn wir die eingangs gestellte Frage wieder aufnehmen, dann kommen wir zu folgender Schlußfolgerung: Der lange Marsch durch die Institutionen hat die Protestgeneration in die Ämter gebracht; er hat aber nicht verhindern können, daß sich darüber ihre Weltbilder veränderten. Offensichtlich führt die Übernahme von Verantwortungsrollen dazu, daß auch die Wertorientierungen der Führungsschicht, insbesondere hinsichtlich der Wünschbarkeit einer umfassenden partizipatorischen Demokratie, pragmatischer werden.

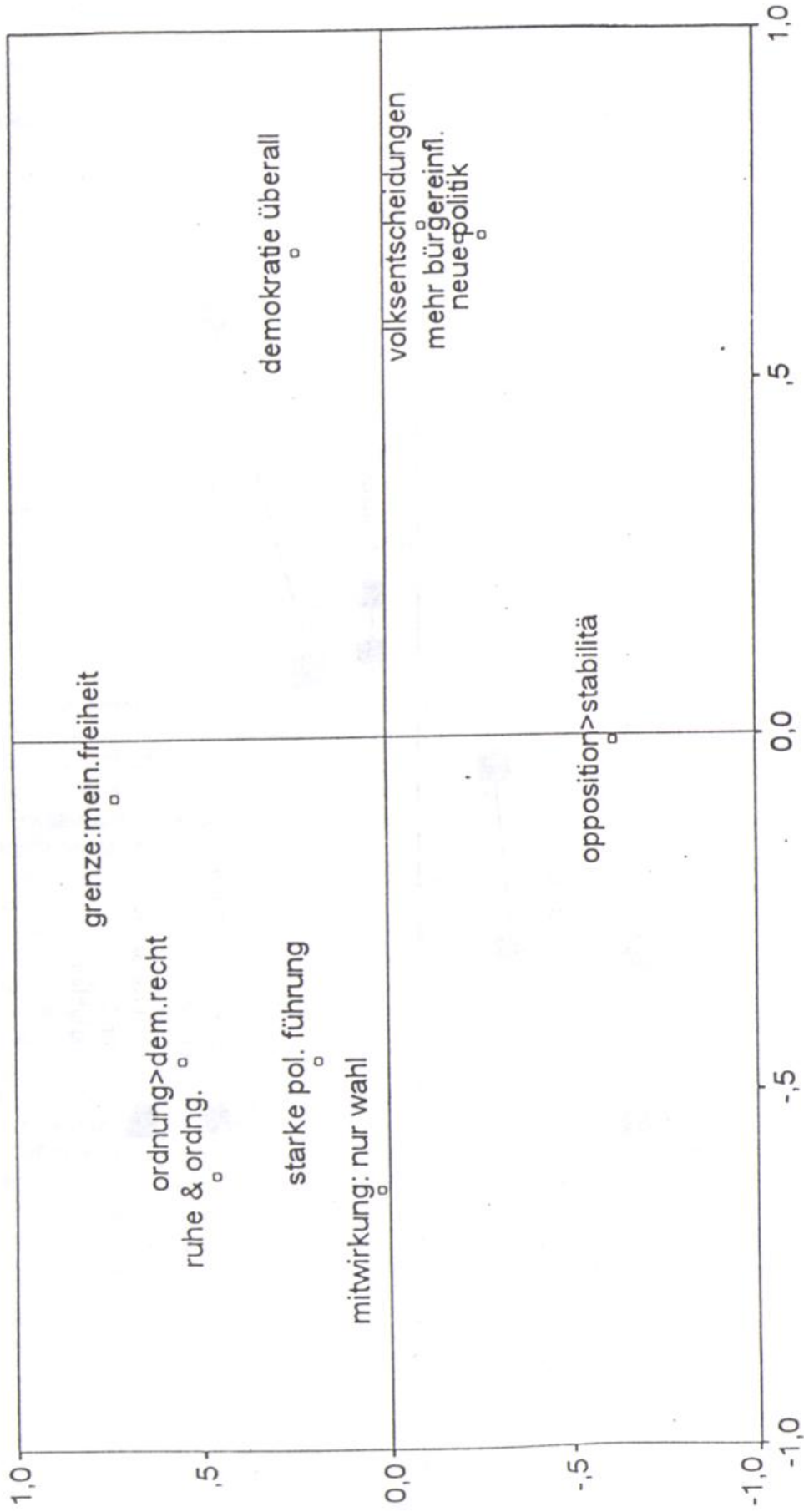
**Tabellenanhang**

Schaubild 1

Demokratische Einstellungen in zwei Generationen



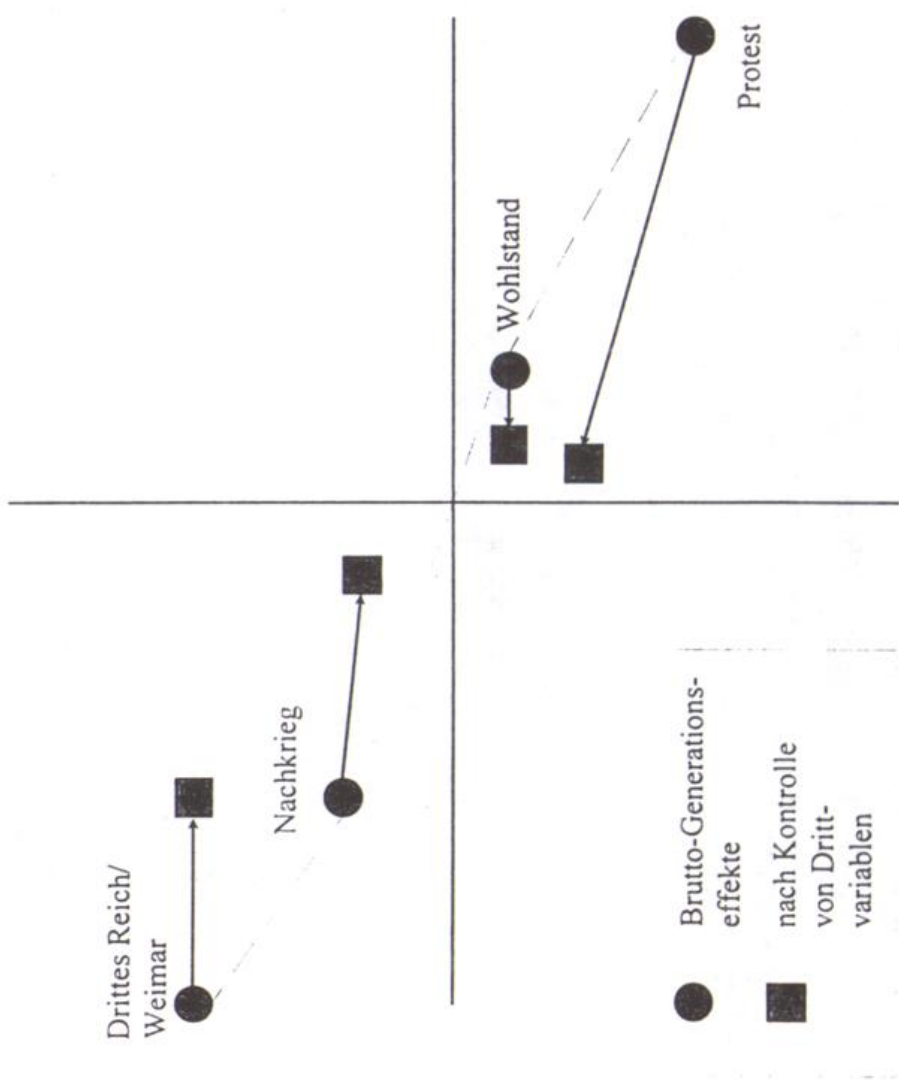
# Dimensionen demokratischer Einstellungen:



# Plebiszitäre vs. repräsentative Demokratie

Stabilitäts- vs. Konfliktorientierung

Schaubild 3

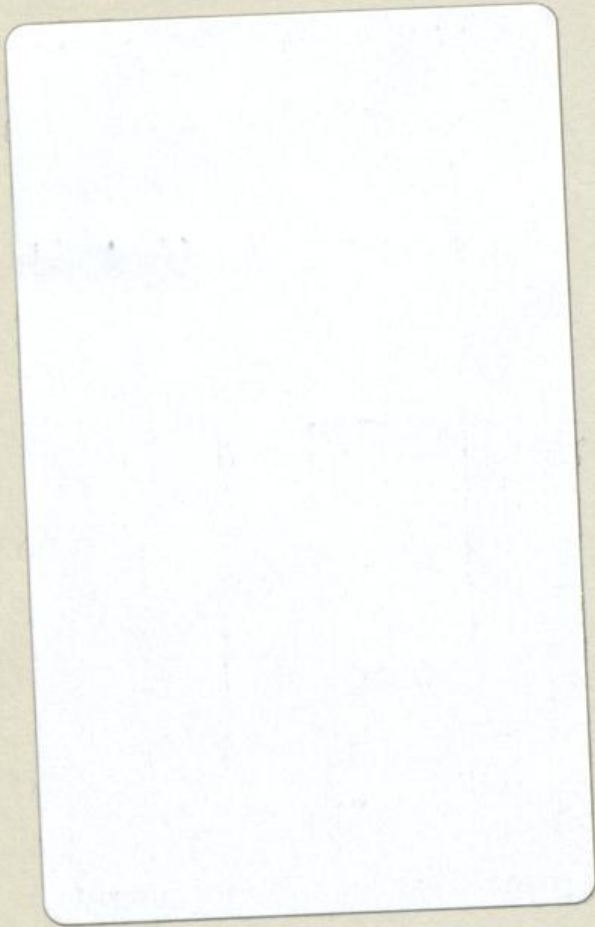


## Literatur

- Adler, F. (1991a): Das „Bermuda-Dreieck“ des Realsozialismus: Machtmonopolisierung - Entsubjektivierung - Nivellierung. Rückblicke auf die Gesellschafts- und Sozialstruktur der DDR und ihre Erosion, in: BISS public, 1, S. 5-46.
- Adler, F. (1991b): Ansätze zur Rekonstruktion der DDR-Sozialstruktur, in: Berliner Journal für Soziologie, 1991, Heft 2, S. 157-175.
- Almond, G. A./Verba, S. (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, 2. Aufl., Boston.
- Andorka, R. (1993): Regime Transition in Hungary in the 20th Century. The Role of National Counter Elites, in: Derlien, H.-U./Szablowski, G. J. (Hrsg.), Regime Transition, Elites, and Bureaucracies in Eastern Europe, Oxford, S. 358-371.
- Baker, K. L./Dalton, R. J./Hildebrandt, K. (1981): Germany Transformed. Cambridge.
- Barnes, S. H./Kaase, M. et al. (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills, London.
- Barton, A. H. (1984): Determinants of Elite Policy Attitudes, in: Linden, R. H./Rockman, B. A. (Hrsg.), Elite Studies and Communist Politics, Pittsburgh, S. 191-235.
- Bauer, P. (1993): Ideologie und Politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung politischer Überzeugungssysteme, Opladen.
- Baylis, Th. A. (1994): Plus Va Change? Transformation and Continuity Among East European Elites, in: Communist and Post-Communist Studies, 27, S. 315-328.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, R., Soziale Ungleichheiten. Göttingen, S. 183-198.
- Bourdieu, P. (1988): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, 2. Aufl, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, P. (1991): Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg.
- Bürklin, W. (1996): Einstellungen und Wertorientierungen ost- und westdeutscher Eliten 1995. Gesellschaftliches Zusammenwachsen durch Integration der Elite?, in: Gabriel, O.W. (Hrsg.), Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozeß, Opladen, S. 238-264.
- Bürklin, W./Klein, M./Ruß, A. (1996): Vom postmateriellen zum anthropozentrischen Wertewandel. Eine Erwiderung auf Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann, in: Politische Vierteljahresschrift, 37, S. 517-537.
- Czudnowski, M. M. (1975): Political Recruitment, in: Handbook of Political Science, Bd. 2: Miropolitical Theory, S. 155-242.
- Czudnowski, M. M. (1983): Toward a Second Generation of Empirical Elite and Leadership Studies, in: ders. (Hrsg.), Political Elites and Social Change. Studies of Elite Roles and Attitudes, DeKalb, S. 243-255.
- Dahrendorf, R. (1964): Recent Changes in the Class Structure of European Societies, in: DAEDALUS, 93, S. 225-270.
- Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München.
- Dalton, R. J. (1977): Was there a revolution? A note in generational versus life-cycle explanations of value differences, in: Comparative Political Studies, 9, S. 459-475.
- Derlien, H.-U. (1994): Karrieren, Tätigkeitsprofil und Rollenverständnis der Spitzenbeamten des Bundes - Konstanz und Wandel, in: Verwaltung und Fortbildung, Schriften der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung, 22, S. 255 - 274.
- Diewald, M./Sfrensen, A. (1994): Entwertung und Umwertung von Laufbahnkapital? Erwerbsverläufe und soziale Mobilität von Männern und Frauen in Ostdeutschland (Arbeitsberichte aus dem Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Nr. 13), Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.
- Edinger, L. J./ Searing, D. D. (1967): Social Background in Elite Analysis. A Methodological Inquiry, in: American Political Science Review, 61, S. 428-445.
- Endruweit, G. (1987): Wissenschaftler als potentielle Elite in der DDR, in: Voigt, D. (Hrsg.), Elite in Wissenschaft und Politik, Berlin, S. 13-25.
- Etzioni-Halevy, E. (1993): The Elite Connection. Problems and Potential of Western Democracy, Blackwell, Cambridge.
- Field, L. G./Higley, J. (1973): Elites and Non-Elites: The Possibilities and Their Side Effects, Andover.

- Field, L. G./Higley, J. (1983): Eliten und Liberalismus. Ein neues Modell zur geschichtlichen Entwicklung der Abhängigkeit von Eliten und Nicht-Eliten: Zusammenhänge, Möglichkeiten und Verpflichtungen, Opladen.
- Fuchs, D. (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Goldthorpe, J. (1982): On the service class, its formation and future, in: Giddens, A./Mackenzie, G., Social Class and the Division of Labour. Essays in Honour for Ilya Neustadt.
- Gouldner, A. (1980): Die Intelligenz als neue Klasse, Frankfurt a.M./New York.
- Groß, H. (1992): Postmaterialistische Einstellungen in Elite und Bevölkerung, in: Klages, H./Hippler, H.-J./Herbert, W., Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt a.M./New York, S. 230-251.
- Hankiss, E. (1991): Reforms and the Conversion of Power, in: Brunner, G./Tokes, R.L./Weilemann, P.R.; (Hrsg.), Abheaven against the Plan, Oxford, NY, S. 27-39.
- Herz, T. (1990): Die Dienstklasse, in: Berger, P. A./Hradil, S. (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen, S. 231-252.
- Herzog, D. (1975): Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen.
- Herzog, D. (1982): Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt.
- Herzog, D. (1991): Brauchen wir ein Politische Klasse?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 50/91, S. 3-14.
- Higley, J./Kullberg, J./Pakulski, J. (1996): The Persistence of Postcommunist Elites, in: Journal of Democracy, 7, S. 133-147.
- Hoffmann-Lange, U. (1985): Structural Prerequisites of Elite Integration in the Federal Republic of Germany, in: Moore, G. (Hrsg.), Studies of the Structure of National Elite Groups, Greenwich/London, S. 45-96
- Hoffmann-Lange, U. (1987): Eliten als Hüter der Demokratie? Zur Akzeptanz demokratischer Institutionen und freiheitlicher Werte bei Eliten und Bevölkerung in der Bundesrepublik, in: Berg-Schlosser, D./Schissler, J. (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Sonderheft 18 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen, S. 378-391.
- Hoffmann-Lange, U. (1992): Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen.
- Huinink, J./Mayer, K.-U./Trappe, H. (Hrsg.) (1995): Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin.
- Inglehart, R. (1971): The silent revolution in Europe: Intergenerational change in postindustrial societies, in: American Political Science Review, 65, S. 991-1017.
- Inglehart, R. (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton.
- Inglehart, R. (1989): Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt a.M./New York.
- Inglehart, R. (1994): The World Values Survey: Goals, Organization and Some Findings thus far, Presentation to the Paul Lazarsfeld Society, Berlin.
- Keller, S. (1963): Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society, New York.
- Kluckhohn, C. (1951): Values and Value Orientation in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification, in: Parsons, T./Shils, E. (Hrsg.), Toward a General Theory of Action, Cambridge, S. 338-433.
- Konrad, G./Szelenyi, I., 1978: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt a.M.
- Konrad, G./Szelenyi, I., 1991: Intellectuals and Domination in Post-Communist Societies, in: Bourdieu, P./Coleman, J. S. (Hrsg.), Social Theory for a Changing Society, Boulder.
- Langguth, G. (1976): Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968-1976. Köln.
- Lasswell, H. D./Lerner, D. (1965): World Revolutionary Elites, Cambridge.
- Lasswell, H. D./Lerner, D./Rothwell, C. E. (1952): The Comparative Study of Elites, Stanford.
- Ludz, P. Chr. (1968): Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Elite, Opladen.
- Luhmann, N. (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M.
- Machatzke, J. (1995): Nationale Führungspositionen in der Bundesrepublik Deutschland. Beschreibung der Positionsauswahl für die Studie „Erste Gesamtdeutsche Elitestudie 1995“, Manuskript, Universität Potsdam.
- Mannheim, K. (1928): Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahresshefte für Soziologie, 7, S. 157-185, 309-330.
- Mateju, P./Rehakova, B. (1993): Revolution for Whom? Analysis of Selected Patterns of Intragenerational Mobility in 1989-1992, in: Czech Sociological Review, 1, S. 73-90.

- Mayntz, R. (1987): Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme, in: Ellwein, T. et al. (Hrsg.), Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 1, Baden-Baden, S. 89 - 110.
- Mayntz, R. (1988): Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung, in: dies. et al. (Hrsg.), Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme, Frankfurt a.M., S. 11-44.
- McAllister, I. (1991): Party Elites, Voters and Political Attitudes: Testing Three Explanations for Mass-Elite-Differences, in: Canadian Journal of Political Science, 24, S. 237-268.
- Meuschel, S. (1991): Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation, in: Zapf, W. (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt a.M./New York, S. 558-575.
- Meyer, G. (1992): Die DDR-Machtelite, Tübingen.
- Pareto, V. (1968): The Rise and the Fall of Elites (1. Aufl. 1901), Bedminster.
- Parsons, T. (1972): Das System moderner Gesellschaften, Weinheim/München.
- Parsons, T. (1976): Zur Theorie sozialer Systeme, Opladen.
- Pollack, D. (1992): Sozialstruktur und Mentalität in Ostdeutschland, in: Meyer, H. (Hrsg.), Soziologentag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Berlin, S. 272-285.
- Putnam, R. D. (1976): The Comparative Study of Political Elites, Englewood Cliffs.
- Putnam, R. D. (1977): Elite Transformation in Advanced Industrial Societies, in: Comparative Political Studies, 10, 383-412.
- Rohrschneider, Robert (1994): Report from the Laboratory: The Influence of Institutions on Political Elites'. Democratic Values in Germany, in: American Political Science Review, 88, S. 927-941.
- Roller, E. (1995): Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Einigung, Manuskript für das KSPW-Projekt „Wandel politischer Orientierungen und Verhaltensmuster in Deutschland seit dem Beitritt der fünf neuen Länder“, Dresden.
- Scharpf, F. W. (1989): Politische Steuerung und Politische Institutionen, in: Hartwich, H.-H. (Hrsg.), Macht und Ohnmacht politischer Institutionen, 17. Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW 1988, Opladen, S. 18 - 29.
- Scharpf, F. W. (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Politische Vierteljahresschrift, 32, S. 621 - 634.
- Scharpf, F. W. (1992): Einführung: Zur Theorie von Verhandlungssystemen, in: Benz, A./Scharpf, F./Zintl, R., Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt a.M., S. 11 - 27.
- Schleth, U. (1971): Once again: Does it pay to study social background in elite analysis?, in: Wildenmann, R. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, 2, München, S. 99-118.
- Schneider, E. (1994): Die Funktionseelite der DDR, Opladen.
- Staniszki, J. (1991): Patterns of Change in Eastern Europe, in: Brunner, G./Tokes, R. L./Weilemann, P. R. (Hrsg.), Upheaval Against the Plan, Oxford/New York, S. 5-26.
- Sterbling, A. (1993): Überlegungen zur Schlüsselbedeutung der Intelligenz in Südosteuropa, in: Südosteuropa, 42, S. 42-59.
- Vester, M./Oertzen, P. von/Geiling, H./Hermann, T./Müller, D. (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln.
- Wasilewski, J. (1994): La Nomenclatura. Vers Quel Destin Social?, in: Revue d'Etudes Comparatives Est-Ouest, 25, S. 33-46.
- Welzel, Chr. (1996): Eliten und Intelligenz im Postsozialismus. Herkunft, Demokratieverständnis und politische Integration am Beispiel der ostdeutschen Nach-Wende-Elite (Dissertationsschrift), Universität Potsdam.
- Weßels, B. (1993): Politische Repräsentation als Prozeß gesellschaftlich-parlamentarischer Kommunikation, in: Herzog, D./Rebenstorf, H./Weßels, B., Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie, Opladen, S. 99-137.
- Westle, B. (1994): Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46, S. 571-596.
- Zapf, W. (1965): Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919 - 1961, München.
- Zapf, Wolfgang (1994): Einige Materialien zu Gesellschaft und Demokratie im vereinten Deutschland, in: Peisert, H./Zapf, W., Gesellschaft, Demokratie und Lebenschancen, Festschrift für Ralf Dahrendorf, Stuttgart, S. 291-312.



Universitäts-  
bibliothek

Inventarnr.



\*97055335\*

Universitätsbibliothek Potsdam



bibliothek

Auslehnr.



\*97055335\*